

Organisation und Struktur des türkischen Bankwesens

von

TEVFIK PEKIN

1962

ORGANISATION UND STRUKTUR DES TÜRKISCHEN BANKWESENS

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

Vorgelegt von
Tevfik Pekin
aus
Divrigi (Türkei)

München 1960-



Referent: Professor Dr. Otto H i n t n e r

Korreferent: Professor Dr. Bernhard P f i s t e r

Tag der mündl. Prüfung: 21. 2. 1961

DISPOSITION

Vorwort

Seite

Erster Teil

DIE ENTWICKLUNG DES TÜRKISCHEN BANKWESENS ZUR ZEIT DES OSMANISCHEN REICHES

A. <u>Die Zeit vor der politischen Reform des Jahres 1839</u>	1
B. <u>Die Zeit nach der politischen Reform des Jahres 1839</u>	5
I. <u>Ausländische Banken zu dieser Zeit</u>	6
1. Die Istanbuler Bank	6
2. Die Ottoman Bank (L'Ottoman Banque)	6
3. Die Türkische Bank	7
4. Die Ottoman Bank (La Banque Impériale Ottomane)	8
5. Andere ausländische Banken	11
II. <u>Einheimische Banken zu dieser Zeit</u>	12
1. Die Agrarbank	13
2. Die Nationalkreditbank	15

Zweiter Teil

DIE STRUKTUR DES TÜRKISCHEN BANKWESENS

Allgemeines	16
A. <u>Die Gliederung nach der Rechtsform</u>	18
I. Die als Handelsgesellschaften gegründeten Banken	18
II. Die auf Grund spezieller Gesetze gegründeten Banken	19

	<u>Seite</u>
B. <u>Die Gliederung nach den Quellen des aufgebrachten Kapitals</u>	20
I. Die mit Privatkapital gegründeten Banken	20
II. Die mit Staatskapital gegründeten Banken	20
III. Die mit Staats- und Privatkapital gegründeten Banken	21
C. <u>Die Gliederung nach der ökonomischen Zwecksetzung.</u>	21
I. Die erwerbswirtschaftlich orientierten Bankbetriebe	21
II. Die versorgungswirtschaftlich orientierten Bankbetriebe	22

Dritter Teil

DAS TÜRKISCHE BANKRECHT

A. <u>Die Periode vor dem Inkrafttreten des neuen Bankgesetzes vom 23.6.1958</u>	24
B. <u>Das neue Bankgesetz</u>	27
I. Allgemeine Vorschriften	27
II. Die Gründung betreffende Vorschriften	28
III. Die Organisation betreffende Vorschriften ...	35
IV. Das Depositengeschäft betreffende Vorschriften	37
Anhang :	
Die Prämienverteilung der Banken	42
V. Die Disponibilität und die Rücklagen betreffenden Vorschriften	46
VI. Das Kreditgeschäft betreffende Vorschriften .	47
Anhang :	
Das Komitee für die Regelung von Bankkrediten	50

VII. Die Beteiligungen der Banken betreffende Vorschriften	52
VIII. Die Bilanzen betreffende Vorschriften .	55
IX. Die Bankaufsicht betreffende und sonstige Vorschriften	55
Anhang:	
Die Bank-Union	58
C. <u>Der Zinsfuss in der Türkei</u>	61
D. <u>Das Handelsrecht und das Recht der Schuldverhältnisse in ihrer Beziehung zum Bankgesetz</u> .	63

Vierter Teil

DIE TÜRKISCHEN BANKBETRIEBE

Allgemeines	64
A. <u>Die Türkische Zentralbank</u>	71
1. Kapital	71
2. Organisation	73
3. Aufgaben und Geschäfte	75
4. Mittel der Zentralbankpolitik	78
5. Wochenausweise, Jahresabschluss, Gewinnverteilung	84
B. <u>Öffentliche Bankbetriebe</u>	87
I. Die Istanbuler Vertrauenskasse	87
1. Die Rechtsform	88
2. Organisation	88
3. Kapital und Aufgabengebiet	89
II. Die Türkische Agrarbank	94
1. Kapital	97
2. Agrarkredite	99
3. Organisation	104

	<u>Seite</u>
III. Die Immobilien- und Kreditbank	108
1. Kapital	108
2. Aufgabengebiet	110
3. Baukredite der Bank	110
4. Organisation	113
IV. Die Sümerbank	116
1. Gründung	117
2. Kapital	118
3. Aufgabengebiet	120
4. Beteiligungen der Bank	122
5. Organisation	122
V. Die Etibank	125
1. Kapital	125
2. Aufgabengebiet	127
3. Beteiligungen der Bank	128
4. Organisation	129
VI. Die Volksbank	131
1. Kapital	132
2. Aufgabengebiet	135
3. Handwerker- und Kleinhändlervereinigungen und Bürgschaftsgenossenschaften	138
4. Organisation	140
C. <u>Private Wirtschaftsbanken</u>	143
I. Die Türkische Handelsbank	143
II. Die Türkische Arbeitsbank	146
III. Die Aufbau- und Kreditbank	152
IV. Die Bank für industriellen Aufbau	155
1. Aufgabengebiet	156
2. Kapital	157
3. Investitionstätigkeit der Bank	158

	<u>Seite</u>
4. Beteiligungen der Bank	160
V. Die ausländischen Banken	162
Schluss	163
Literaturverzeichnis	165



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555225_0070

VORWORT

Das türkische Bankwesen befindet sich noch in der Entwicklung. Obwohl die erste Bank vor über hundert Jahren gegründet wurde, kann ohne weiteres behauptet werden, daß unser Bankwesen eine nur vierzigjährige Vergangenheit hat, da man in den Jahren davor keine die Interessen des Landes wahrnehmende Bank antreffen konnte.

Die Tatsache, daß sich das Bankwesen in einem Land nur seiner wirtschaftlichen Lage entsprechend entwickeln kann, ist der Grund, weshalb das türkische Bankwesen europäischen Ländern gegenüber in der Entwicklung zurückgeblieben ist.

Dieser Umstand, daß unser Bankwesen noch eine weite Strecke Weges zurücklegen muß, bis es sich europäischen Vorbildern angepaßt hat, hat mich veranlaßt, dieses Thema, über das bisher noch wenig publiziert worden ist, zu bearbeiten. Darüber hinaus war es für mich besonders interessant, die Rolle der Banken - insbesondere der Staatsbanken - bei der Durchführung der von der am 28. Mai 1960 gestürzten Regierung bestimmten und den politischen Zwecken sowie dem Ehrgeiz der Politiker zum Opfer gefallenen Wirtschaftspolitik kennenzulernen.

Die Dissertation besteht aus vier Teilen.

Im ersten Teil wird die geschichtliche Entwicklung der türkischen Banken geschildert.

Der zweite Teil befaßt sich mit der Struktur des türkischen Bankwesens.

Der Schwerpunkt der Dissertation liegt im dritten und vierten Teil. Im dritten Teil wird insbesondere auf das neue Bankgesetz Nr. 7129 vom 23.6.1958 ausführlich eingegangen, das für das Verständnis der Organisation und Struktur des türkischen Bankwesens von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Das neue türkische Bankgesetz soll durch diese erstmalige Übersetzung, durch seine Kommentierung und durch die Darlegung seiner nicht ganz unkomplizierten Beziehungen zum türkischen

Handelsrecht auch deutschen Interessenten zugänglich gemacht werden.

Im letzten Teil werden die "türkischen Bankbetriebe" behandelt. Hierbei wird nicht jeder Bankbetrieb im einzelnen, sondern nur diejenigen Institute gebracht, die ein Charakteristikum oder eine Besonderheit des türkischen Bankwesens darstellen. Ich habe mich dabei bemüht, im wesentlichen auch die wirtschaftliche Lage der Türkei, besonders bei den Ausführungen über die Zentralbank und über die anderen staatlichen Banken, mit einzubeziehen.

Ich hoffe, dass die Dissertation für diejenigen von Nutzen ist, die sich in Zukunft mit den wirtschaftlichen Problemen unseres Landes befassen wollen.

An dieser Stelle möchte ich allen jenen den gebührenden Dank aussprechen, welche mir die Arbeit ermöglichten und förderten, insbesondere meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr.O.Hintner und Herrn Dr.G.Mann sowie Herrn Dr. R.Hammerschmidt.

München, August 1960

...Gülfik Pekin...

Erster Teil

DIE ENTWICKLUNG DES TÜRKISCHEN BANKWESENS ZUR ZEIT DES OSMANISCHEN REICHES

Das Bankwesen in der Türkei blickt auf eine 113-jährige Vergangenheit zurück. Die erste Bank wurde 1847 in Istanbul gegründet. Die 76-jährige Bankgeschichte von 1847 bis zur Gründung der Republik 1923 - die Bankorganisation also zur Zeit des Osmanischen Reiches - wird in diesem Teil behandelt, während das Bankwesen seit der Gründung der türkischen Republik, das sich auch heute noch in einem Entwicklungsprozeß befindet, im vierten Teil unter dem Titel "Die türkischen Bankbetriebe" gebracht werden soll.

A. Die Zeit vor der politischen Reform des Jahres 1839

Bis zur politischen Reform des Jahres 1839 hat es in der Türkei weder eine Bank noch einen Bankier gegeben. In dem Zeitalter des Verfalls des Osmanischen Reiches herrschte im Lande eine völlige Unstabilität des Geldes. Das Reich nahm dauernd Münzverschlechterungen vor und bevor eine bestimmte Menge Geld fertig geprägt worden war, wurde bereits ein anderes minderwertiges Geld auf dem Markte eingeführt. Dadurch waren immer verschiedene Geldsorten im Umlauf. Zu jener Zeit gab es Geldwechsler (Sarraf), die die verschiedenen Geldmünzen wechselten und dadurch oft unrechtmässige Gewinne erzielten. "Während die innere Verwaltung und die finanzielle Macht des Imperiums immer schwächer wurden, und die Staatskasse in Not und Geldverlegenheit geriet, gewannen die Geldwechsler, von denen die meisten Griechen, Armenier und Juden waren, immer mehr Macht und Ansehen".¹⁾

1) Ulutan, Burhan: "Bankaciligin Tekamülü", Ankara 1957, S.137

Obwohl die Wechsler neben dem Geldwechsel auch fremdes Geld verwalteten und sich mit Anleihen und dem An- und Verkauf von Wechseln beschäftigten, waren ihre finanziellen Beziehungen zum Osmanischen Palast und zur Osmanischen Kasse doch ihre gewinnbringendste Tätigkeit, weil

- a) die Steuerpächter "Teminat Akcesi" das Garantiegeld, das sie der Finanzkasse auf einmal bezahlen sollten bei den Wechslern besorgten, indem sie ihnen entweder hohe Zinsen bezahlten oder sie an ihrem eigenen Gewinn beteiligten,
- b) der Staat, wenn er in finanzielle Verlegenheit geriet und Geld brauchte, auf zukünftige Steuereinkommen der Provinzen Obligationen ausgeben liess und sie bei den Wechslern diskontierte,
- c) diejenigen schliesslich, denen der Staat Gehalt, Lohn oder sonstige Gelder schuldete, ihre Forderungen gegen hohen Diskont bei den Wechslern verkauften.

"Die Führenden dieser Wechsler nannte man Galata-Wechsler und später Galata-Bankiers, weil ihr Handelsplatz sich in Galata (Istanbul) befand".¹⁾

Das Osmanische Reich war zu jener Zeit ständig in finanz. Schwierigkeiten; die Schulden wurden aus diesem Grunde immer grösser und man war gezwungen, neue Geldquellen zu suchen, wo man allerdings nur Geld unter schweren Bedingungen und hohen Zinsen ausleihen konnte. Durch diese Situation profitierten die nichttürkischen Galata-Wechsler auf Kosten des Staates in beachtlichem Ausmasse. Nach König Soliman dem Prächtigen (1520-1566), zu einer Zeit also, in der die Entwicklung des Reiches rückläufig zu werden begann, lebte das Osmanische Reich ohne Plan, ohne Rechnung und ohne jeglichen Gedanken an Vorsicht. Die natürliche Folge dieser Entwicklung war, dass der Staat oft in Geldverlegenheit geriet und sich genötigt sah, seine künftigen Einnahmen aus Steuergeldern etc. schon vorher um eine geringe Summe zu ver-

1) Ulutan, Burhan, a.a.O., S.138

kaufen. So wurden - mit Hilfe der Paschas und der Steuerpächter, die auf Kosten des Volkes lebten - die besten Voraussetzungen geschaffen, dass sich eine Klasse armenischer und jüdischer Wucherer frei entwickeln konnte.

Man nannte diese Geldwechsler von Galata, die im Laufe der Zeit enge finanzielle Beziehungen zum Imperium knüpften "Bankiers"; 1842 gelang es ihnen unter dem Namen "Anadolu ve Rumeli Kumpanyalari" zwei Organisationen zu gründen und durch Ausschaltung der Konkurrenz untereinander waren sie in der Lage, die Höhe des Zinses beliebig festzusetzen und ihre Kreditbedingungen dem Staat zu diktieren. Schliesslich begannen diese Gesellschaften, sich Befugnisse des Reichs-Schatzmeisters anzueignen, indem sie die Steuern vom Volk erhoben und sie entweder an die Staatskasse oder an die von der Kasse angewiesenen Stellen abführten. "Der grösste Teil des Volkes, der eine geschlossene Hauswirtschaft führte, bezahlte seine Steuern nicht in Geld, sondern mit landwirtschaftlichen Produkten. Diese zu sammeln und gegen Geld zu verkaufen, hatte die Steuerpächterei zur Folge und schaffte den Wechslern eine neue Beschäftigung".¹⁾

Die Bankiers von Galata haben neben ihren korrupten und wucherischen Geschäften, Geldmanipulationen und -transaktionen keine eigentlichen Bankgeschäfte getätigt. Das war u.a. auch eine Ursache für die geringen Fortschritte, die sich im Handel und Handwerk zeigten und wodurch sich ein Kreditbedürfnis im herkömmlichen Sinne nicht entwickeln konnte.

Die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes ausserhalb Istanbuls in jener Zeit wird von Burhan Ulutan²⁾ folgendermassen erklärt: "Im übrigen Teil des Landes waren die Bauern dem Willen und dem Gewissen der Stadthändler und der grausamen Steuerpächter überlassen. Das Handwerk, das auf Handarbeit und persönlicher Geschicklichkeit beruh-

1) Zarakolu, Avni: "Para ve Banka", Ankara 1959, S.114

2) Ulutan, Burhan, a.a.O., S.139

te, bedurfte eigentlich keines Kredits. Es ist möglich, dass in den ersten Zeiten manche Zunftorganisationen gegründet worden sind. Aber diese gegenseitige Hilfe ist nie richtig organisiert worden. Der Niedergang und Verfall der Handarbeit in letzter Zeit hat das Handwerk gänzlich sich selbst und dem Schicksal überlassen".

B. Die Zeit nach der politischen Reform des Jahres 1839

Den wichtigsten Teil der Verbesserungen, die man durch die Reform von 1839 zu erreichen beabsichtigte, bildeten die Entschlüsse, die die Verbesserung der finanziellen Lage und der Stabilität des Geldes zum Ziele hatten. Während dieser Zeit musste das Osmanische Reich viele Kriege (Aufstand in Griechenland, Russenkriege, Ägyptenfrage usw.) führen; dadurch wurde die bestehende finanzielle Unordnung noch grösser und schliesslich musste Abdülmecid zum ersten Male das Drucken von Papiergeld im Jahre 1840 gestatten.

Das türkische Bankwesen jener Zeit lässt sich folgendermassen charakterisieren:

Man konnte grosse Institutionen antreffen, die Bankgeschäfte tätigten. Es handelte sich jedoch dabei nicht um türkische, sondern um fremde ausländische Organisationen, deren Zweck es war, mit Devisen zu spekulieren und den dabei erzielten hohen Gewinn ihren in der Türkei lebenden Landsleuten zufließen zu lassen und diesen Kredite zu gewähren. Diese Banken haben der Türkei weder Dienste geleistet, noch haben sie dazu beigetragen, dass ein dem Lande nutzbringendes Bankwesen gegründet wurde und normale Banksitten und -gepflogenheiten sich entwickeln konnten.

Diese unter Kontrolle der Fremden stehenden Institute beherrschten völlig den Finanzmarkt des Imperiums und höhlten die innere Stabilität des Landes aus. Hier trifft die osmanischen Staatsmänner schwere Schuld, denn sie haben den ausländischen Banken die Möglichkeit gegeben, durch den Goldabzug aus der Türkei grosse Reichtümer anzusammeln zu Lasten der türkischen Volkswirtschaft, die dadurch in ihrer Entwicklung stark gehemmt wurde.

I. Ausländische Banken zu dieser Zeit

1. Die Istanbuler Bank

(La Banque de Constantinople)

Dass 1840 zum ersten Mal Papiergeld gedruckt werden musste, wurde bereits erwähnt.

Am Anfang bestand zwischen Goldmünzen und Papiergeld keine grosse Wertdifferenz. Da aber der Staat, sooft er in Finanznot geriet, die Summe des Papiergelds vergrösserte, begannen bald die ersten Wechselkursschwierigkeiten. Auf Grund dieser Tatsache schloss das Reich mit den Bankiers von Galata - Baltazzi und Aleon - einen Vertrag und beauftragte diese mit der Durchführung der Wechselkursstabilisierung. Als der Staat 1847 seinen Vertrag mit den beiden Bankiers erneuerte, erlaubte er ihnen auch die Gründung einer Bank unter dem Namen "Istanbuler Bank". Damit wurde die erste Bank im Osmanischen Reich gegründet. Die Bank konnte aber die ihr gestellte Aufgabe der Wechselkursstabilisierung nicht lösen, - sie machte unter dem Einfluss der Krise von 1848 manche Agiotagen-Geschäfte und begann, Papiergeld in Umlauf zu setzen und es nachher zu einem billigeren Preis zu kaufen. Dazu kam, dass der Staat seine Schulden der Bank gegenüber nicht bezahlen konnte. Die Folge war, dass die Bank in den Jahren 1852-1853 bankrott machte.

2. Die Ottoman Bank

(L'Ottoman Banque)

Bei der Reform vom Jahre 1856 war das Ziel des Staates gewesen, Massnahmen zu treffen, die den allgemeinen Wohlstand mehrten und eine Finanz- und Geldverbesserung herbeiführen sollten. Zu diesem Zweck sollten Banken und ähnliche Anstalten gegründet werden. Man wollte sich dafür die wissenschaftlichen Erkenntnisse Europas auf wirtschaftlichem Gebiete zunutze machen und ausserdem fremdes Kapital im Land investieren.

Als sich das Sultanat bemühte, diese Pläne zu verwirklichen, kam der erste Vorschlag einer Bankgründung von einer englischen Kapitalgruppe, die früher schon einmal dem Osmanischen Reich Anleihen aus England vermittelt hatte. Der Antrag der englischen Kapitalgeber in der Türkei eine Bank zu gründen, wurde von dem Grosswesir Resit Pascha angenommen. So kam es zur Gründung einer Depositenbank, die keinerlei besondere Privilegien hatte. Neben der eigentlichen Geschäftszentrale in Istanbul bestand ein zweites Verwaltungsbüro in London. Die Bank durfte überall im Imperium - ausser in Ägypten - Filialen haben. Ihr Anfangskapital betrug 500.000 £ Sterling und sollte auf 2 Millionen erhöht werden.

Da die Bank jedoch keine besonderen Leistungen aufweisen konnte wurde sie im Jahre 1863 aufgelöst. Ihre Kapitalgeber beteiligten sich an der im gleichen Jahr gegründeten "Banque Impériale Ottomane", die mit besonderen Vorrechten ausgestattet wurde (s.S. 8).

3. Die Türkische Bank (La Banque de Turquie)

In den Jahren nach 1860 waren der Aussenhandel und die finanzielle Lage des Osmanischen Reiches in heilloser Unordnung. Goldmünzen waren nicht mehr im Umlauf, Papiergeld dafür um so mehr. Die "Bankiers von Galata" schlugen daher dem Staat vor, eine Bank mit einem Kapital von 320.000 Lira zu gründen (Union Financière). Diese Finanzgemeinschaft sicherte dem Staat zu, die Wechselkursstabilisierung zu erreichen und 1 £ Sterling zum Kurs von 110 Kuruş zu verkaufen.

Die Absicht der Gründer war, diese Bank zur offiziellen Bank des Staates zu machen und das Privileg der Notenausgabe zu erlangen. Auch diese Bank konnte die ihr gesteckten Ziele nicht realisieren und wurde im folgenden Jahr wieder aufgelöst.

4. Die Ottoman Bank

(La Banque Impériale Ottomane)

Die Notwendigkeit einer Bank für das Reich war nun offensichtlich. Der Umstand, dass manche der Unternehmungen keinen positiven Erfolg zu verzeichnen hatten, liess den Staat an die Notwendigkeit und Dringlichkeit eines zentralen Geldinstituts denken.

1862 wurde das Papiergeld gänzlich aus dem Umlauf gezogen; damit war dem Staat die Möglichkeit genommen, beliebig viel Geld zu drucken. Da die türkische Volkswirtschaft eine überwiegend landwirtschaftliche Struktur hatte, wurde für den Staat die Gründung einer Bank, die ihm in Zeiten geringer Staatseinnahmen Kredit gewähren konnte, besonders dringlich. Denn ebenso wie die Einnahmen der Staatskasse in jedem Monat wechselten waren auch die Ausgaben immer verschieden hoch. Jetzt pflegte der Staat sein Einkommen nicht mehr vorher zu verkaufen, denn die Nachteile dieses Systems hatte man zur Genüge kennengelernt.

Wichtiger als das war aber, dass der Staat auf Anleihen vom Pariser und Londoner Geldmarkt angewiesen war und diese nur durch Vermittlung von Kreditanstalten, die das Vertrauen des Auslands genossen, erhalten konnte.

Unter dem Zwang dieser o.a. Gründe haben die Paschas Ali und Fuad im Jahre 1863 der Gründung einer Bank mit englischen und französischen Geldgebern zugestimmt. Die Bank sollte "La Banque Impériale Ottomane" genannt werden und das Privileg besitzen, Noten auszugeben. Ausserdem sollte sie dem Staat als Schatzverwalter dienen.

Die englischen Kapitalgeber der Bank waren die ehemaligen Gründer der alten "Ottoman Bank". Die herrschende französische Gruppe in der neuen Bank bestand aus "La Société Générale de Crédit Mobilier", "Le Comptoir National d'Escompte de Paris", die zu der internationa-

len Gruppe dieser Bank gehörte, und aus den Privatbankiers von Paris "Les Frères Mallet et Cie." Später beteiligte sich auch "La Banque de Paris et de Pays-Bas" an dem Kapital der neuen Ottoman Bank".¹⁾

Die Bank gewann mit der Zeit grosses Ansehen. Die Dauer des Privilegs wurde im Jahre 1875 verlängert, neue Vorrechte wurden gewährt. Sie hat seit ihrer Gründung bis heute mit dem Osmanischen Reich und der türkischen Republik vier Verträge abgeschlossen. Seit dem letzten Vertrag im Jahre 1952 unterliegt die Ottoman Bank den Vorschriften des Bankgesetzes für die ausländischen Banken, die Filialen in der Türkei haben.

Es sollen kurz die wichtigsten Bedingungen dieser vier Verträge aufgezeigt werden:

1. Die wichtigsten Punkte der Verträge von 1863 und 1875:

- a) Im Osmanischen Reich durfte kein Institut - der Staat einbezogen - Noten ausgeben (Punkt 12). Die Bank sollte den begebenen Banknoten entsprechend im Verhältnis 3 : 1 Gold besitzen, d.h. Golddeckung bestand zu 33%.
- b) Die Bank war die Schatzkammer des Staates mit weitgehender Befugnis. Sie hatte das Recht, das Budget des Staates zu kontrollieren. Der Staat musste sein ganzes Einkommen bei der Bank deponieren und die Begleichung seiner Ausgaben über die Bank abwickeln. Der Staat durfte die im Budget vorgeschriebene Grenze für die Ausgaben nicht überschreiten, wenn es keine ausserordentlichen Gründe dafür gab (Punkt 3). Die Voraussetzungen dazu waren aber nie gegeben.
- c) Der Verkauf von Obligationen, Schuldscheinen und anderen Wertpapieren, die der Staat herausgab, war im In- und Ausland Monopol der Bank.

1) Ulutan, Burhan, a.a.O., S.144

d) Der Staat hatte keinen Anteil an dem Gewinn der Bank.

"Als der Erste Weltkrieg begann, befolgte die Ottoman Bank, - ausgestattet mit Rechten, die nicht einmal einheimischen Geldinstituten zugestanden wurden -, die Anordnungen des Staates nicht. Im Gegensatz zu den Zentralbanken anderer Länder weigerte sie sich, eine zusätzliche, dem vermehrten Geldbedürfnis des Staates entsprechende Notenausgabe vorzunehmen. Daher sah sich das Osmanische Reich gezwungen, ihr Befugnis zur Notenausgabe und das Vorrecht als Staatsbank aufzuheben. Unter diesen Bedingungen begann der Staat selbst Noten auszugeben und die Obliegenheiten der Staatsbank der einheimischen Nationalkreditbank zu übertragen, deren Kapital zum grössten Teil vom Staat aufgebracht wurde".¹⁾

2. Die Bedingungen der Verträge von 1924/25 nach der Gründung der Republik:

- a) Die Bestimmungen, die die Geldausgabe durch den Staat verhinderten, wurden aufgehoben. (Die Gründung der türkischen Zentralbank im Jahre 1930 geht auf diesen Vertragspunkt zurück).
- b) Die Bank wurde verpflichtet, für die umlaufende Geldmenge 15% Zins zu bezahlen.

3. Die wichtigsten Punkte des Vertrages von 1933:

Die Bank verpflichtete sich, in der Türkei 30 Filialen zu errichten, ihr Kapital auf eine Mill. £ Sterling zu erhöhen und dem Staat einen ungedeckten Kredit in laufender Rechnung von 1,2 Mill. £ Sterling zu eröffnen.

Als Gegenleistung

wurde die Frist des Vertrages bis zum 1. März 1952 verlängert;

1) Ulutan, Burhan, a.a.O., S.146

die Bank ausser der Einkommensteuer von allen Steuern befreit, und der Bank erlaubt, alle Vorteile und Vorrechte, die den nationalen Banken zuerkannt waren und später zuerkannt werden sollten, mit Recht und ohne Beschränkung zu benutzen.

4. Nach dem letzten Vertrag vom 11. Juni 1952, der mit dem Gesetz Nr. 6113 v. 7.3.1953 bestätigt wurde, soll
 - a) die Ottoman Bank den Vorschriften des Bankgesetzes für ausländische Banken, die Niederlassungen in der Türkei haben, unterliegen;
 - b) das Kapital der Bank auf 8 Mill. TL. erhöht werden;
 - c) dieser Vertrag bis zum 1. Mai 1975 gültig sein.

Die Ottoman Bank führt ihre Tätigkeit im Rahmen dieses letzten Vertrages fort. Ihre frühere Stellung als "Staat im Staate" musste sie aufgeben. Heute muss die Bank die Vorschriften des Bankgesetzes für die Filialen der ausländischen Banken befolgen.

5. Andere ausländische Banken

Während des Krimkrieges begab das Osmanische Imperium Anleihen auf Pariser und Londoner Märkten. Aus diesen Anleihen zogen die Kapitalgeber wegen günstiger Ausgabe- und Amortisationsmöglichkeiten grossen Gewinn. Ausserdem wurde den fremden Kapitalgebern für die Finanzierung von Eisenbahn- und Bergbauinvestitionen unter sehr günstigen Bedingungen Vorrechte gewährt, was die Türkei für fremdes Kapital sehr lohnend und anziehend machte. Jede fremde Kapitalistengruppe suchte eine Gelegenheit, von dem Imperium ein Privileg zu bekommen. Von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg wurden daher mindestens 30 kleine oder grosse ausländische Banken im Imperium gegründet. Ein

Teil ausländischer Anlagesuchender hatte sich mit den Bankiers von Galata vereint und Banken mit gemeinschaftlichem Kapital gegründet.

Wie schon angeführt, waren die Ziele dieser Banken immer die gleichen: Gewinnbringende Geschäfte zu tätigen, das Wohl ihrer Nation im Auge zu behalten, indem sie das finanzielle Chaos des Osmanischen Imperiums in jeder Beziehung ausnützten, und nach dem erwarteten "Tod des kranken Mannes am Bosphorus" hohe Gewinne zu machen. Ausserdem war jede Bank bemüht, die politischen Ziele ihres eigenen Landes zu verwirklichen.

Von den in dieser Zeit gegründeten Banken sind die Filialen von Crédit Lyonnais in Istanbul und Izmir, die Istanbuler Filiale der Deutschen Bank, die Deutsche Orient-Bank, Deutsche Philisten-Bank, die Russische Aussenhandelsbank, Banco di Roma und die Tessaloniki-Bank zu nennen.

II. Einheimische Banken zu dieser Zeit

Die Zahl der im Osmanischen Reich gegründeten nationalen Banken war im Verhältnis zu fremden Banken sehr gering. Es handelt sich dabei um die Agrarbank, Adapazari Islâm Handelsbank, die Nationalkreditbank und die Vertrauenskasse. Von diesen Banken sollen Gründung und Entwicklung der Agrarbank bis zum Ersten Weltkrieg und die Nationalkreditbank bis zur Fusion mit der Arbeitsbank in diesem Teil behandelt werden.

Über die ebenfalls zu dieser Zeit gegründeten Banken, wie Istanbuler Vertrauenskasse und Adapazari Islâm Handelsbank, wird im Teil IV. "Die türkischen Bankbetriebe", S. 64 berichtet.

1. Die Agrarbank

Die Agrarbank wurde 1888 gegründet. Sie entstand durch den Zusammenschluss einiger Kreditinstitute, die zuvor von Mithat Pascha geschaffen worden waren, um die Bauern vor den Wucherern zu retten und ihnen unter günstigen Bedingungen Kredit zu geben.

Die Bank war lt. Gründungsverordnung von 1888 dem Handelsministerium unterstellt und wurde mit der Besorgung folgender Geschäfte beauftragt:

- a) Gegen Verpfändung von unbeweglichen Gütern oder persönliche Bürgschaft den Bauern Darlehen zu gewähren;
- b) Depositengelder aufzunehmen;
- c) Landwirtschaftliche Wechselgeschäfte zu tätigen.

Um diese Pflichten erfüllen zu können, wurde der Bank ein nominelles Kapital von 10 Mill. Lira zuerkannt. Das Kapital sollte mit der "Asar-Steuer" zusammen erhoben werden. Ein bestimmter Prozentsatz des jährlichen Einkommens bzw. der Ernte war als "Asar-Steuer" abzuführen. Mit einem zehnprozentigen Aufschlag auf diese "Asar-Steuer" wurde das Grundkapital der Agrarbank aufgebracht. Dazu kamen im Laufe der Zeit die Bankgewinne, von denen ein Drittel des jährlichen Gewinns zur Auffüllung des Grundkapitals verwendet werden musste. Der Abzweigesatz von der "Asar-Steuer" wurde 1909 von 1/10 auf 1/20 gesenkt, der Anteil der Agrarbank blieb bis zur Aufhebung dieser Steuer im Jahre 1925 bestehen.

Mit dem neuen Agrarbankgesetz von 1916 traten im Wesen der Bank grosse Veränderungen ein. Die Bank wurde auf Grund eines für sie geschaffenen Gesetzes in eine Staatsanstalt umgewandelt. Nach dem neuen Gesetz wurde das Nennkapital der Bank auf 15 Mill. Lira erhöht und ihr folgende Pflichten auferlegt:

- a) den landwirtschaftlichen Betrieben Kredit zu gewähren,
- b) sich an Gesellschaften zu beteiligen, die landwirtschaftlich orientiert sind,
- c) den Bauern gegen Barzahlung oder in Raten Vieh, Saat und Landwirtschaftsgeräte zu verkaufen,
- d) Depositengelder anzunehmen.

"Als im Jahre 1923 der Nationalstaat gegründet wurde, übernahm er die Agrarbank, die sich in einer sehr schwachen finanziellen Lage befand. Einerseits wurden die mit der "Asar-Steuer" eingesammelten Agrarbank-Anteile nicht auf die Bank gebracht, sondern von den Reichskassen ausgegeben, andererseits wurden die Mittel der Bank durch dauernde Anleihen durch den Staat reduziert. Infolgedessen waren die finanziellen Mittel und die Möglichkeiten der Bank sehr begrenzt".¹⁾

Auf Grund dieser Umstände hat die türkische Republik mit einem im Jahre 1924 verabschiedeten Gesetz der Bank die Befugnis erteilt, Kredite jeder Art einzuräumen und Bankgeschäfte jeder Art zu betreiben. Ausserdem wurde die Bank in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das nominelle Kapital der Bank wurde auf 30 Mill. TL erhöht.²⁾

Nach Aufhebung der "Asar-Steuer" im Jahre 1925 ging man dazu über, das nominelle Kapital der Bank mit einem Zuschlag von 6% auf die Bodensteuer aufzubringen. Wenn der von einem Landwirt gezahlte Zuschlag 100 TL betrug, so sollte ihm eine Aktie, d.h. ein Anteil an der Agrarbank gegeben werden.

Die Weiterentwicklung und heutige Lage der Bank werden im IV. Teil dieser Arbeit gebracht.

1) Ulutan, Burhan, a.a.O., S.163

2) 2,148 TL = 1,-- DM

2. Nationalkreditbank

In den Jahren des Ersten Weltkrieges wurde in Istanbul eine neue Bank gegründet. Sie besass ein Kapital von 4 Mill. Lira. Die Aktien waren alle von Türken gezeichnet. Die staatliche Beteiligung betrug mehr als die Hälfte des nominellen Kapitals.

Die Tatsache, dass die Ottomanbank um 1917 ihre Beziehungen zum Staat aufgab und viele andere fremde Banken ihre Tätigkeit beendeten, vergrösserte das Bedürfnis des Staates nach einer eigenen Bank. Es führte zur Gründung der Nationalkreditbank im Jahre 1917.

Um die Konkurrenz der Bank mit den ausländischen Banken, die bereits seit längerem eine feste Marktposition besaßen und über akquisitorisches Potential verfügten, zu ermöglichen, schuf der Staat der Bank durch ein Gesetz viele Vorrechte und Monopole. Ausserdem wurde der Bank die Kupfergrube von Ergani zur Ausbeutung überlassen.

Die Bank geriet während des Ersten Weltkrieges in finanzielle Schwierigkeiten. Sie entwickelte sich aber zur Zeit der Republik gut und vereinigte sich im Jahre 1927 mit der "İş Bankası" (Türkische Arbeitsbank A.G.).

Zweiter Teil

DIE STRUKTUR DES TÜRKISCHEN BANKWESENS

Die Aufgliederung des türkischen Bankwesens ist recht schwierig. In den bis heute über die türkischen Banken veröffentlichten Büchern trifft man keine systematische und eindeutige Einteilung an. Zwischen der theoretischen Gliederung und den vorhandenen Banktypen wird es immer Unterschiede geben, da sich eine große Zahl von Mischtypen herausgebildet haben, deren Struktur sich immer wieder den der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung entspringenden Gegebenheiten angepasst hat.

Bei der Einteilung müssen selbstverständlich die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die juristischen Bedingungen und die Lage des Kapitalmarktes in dem betreffenden Land berücksichtigt werden. Wenn es sich um ein Land handelt, das - wie die Türkei - wenig kapitalkräftig ist, ist es nur zu verständlich, dass das Privatunternehmertum keine Rolle bei der Gründung der Banken spielen konnte. In Anbetracht dessen, wird bei solchen hohes Kapital benötigenden Betrieben, an denen der Staat interessiert ist, immer dieser als Unternehmer auftreten müssen, da dem Privatunternehmertum das dafür nötige Kapital und der Mut zu solchen Investitionen fehlt. Die gegenwärtige Situation des türkischen Bankwesens ist dadurch gekennzeichnet, dass die Staatsbanken in weit grösserem Masse über Kapital und Reserven verfügen als die Privatbanken. In der Türkei waren im Jahre 1958 59 Banken mit 1 500 Niederlassungen tätig. Sie verfügen über insges. 1,92 Mrd TL Kapital und Reserven. Mehr als 75% davon gehören den Staatsbanken.¹⁾

Um der geschilderten Situation gerecht zu werden, teilen wir die türkischen Kreditinstitute zunächst in Staatsbanken und Privatbanken ein. Daneben werden auch die Banken aufgeführt, die mit gemischtem Kapital gegründet wurden. Es besteht wohl die Möglichkeit, neben der nachfolgenden (s.u.) Gliederung Einteilungen von

1) Zarakolu, Avni, a.a.O., S.118

zunehmen, die von anderen Gesichtspunkten ausgehen. Zweckmässigkeit und Vollkommenheit dieser Gliederungen sind aber immer umstritten. Z.B. können die türkischen Banken nicht auf Grund der getätigten bankmässigen Geschäfte wie dies in England, Frankreich und in USA der Fall ist, unterteilt werden, in denen eine Trennung der Geschäftszweige des Bankwesens deutlich erkennbar ist. Eine solche Aufteilung wäre für das türkische Bankwesen nicht zweckmässig, da hier die Arbeitsspezialisierung nicht so weit durchgeführt ist wie in den o.a. Ländern. In der Gegenwart betätigen sich unsere Banken neben den Bankgeschäften, die ihrem Gründungszweck entsprechen, mit jeglichen anderen Bankgeschäften. Sie sind sog. Universalbanken.

Es wäre willkürlich, das türkische Bankwesen nach der Grösse in Gross-, Mittel- und Kleinbanken einzuteilen. Eine solche Einteilung hat zweierlei Schwierigkeiten:

- a) Welches Kriterium soll dabei entscheidend sein - die Höhe des Eigenkapitals, des Gesamtkapitals, des Umsatzes oder die Zahl der Belegschaftsmitglieder?
- b) Unter der Voraussetzung, dass das Eigenkapital Kriterium sei, muss die Eigenkapital grenze zwischen den Gross-, Mittel- und Kleinbanken festgelegt werden.

Nach Meinung Burhan Ulutan's bietet das neue Bankgesetz die Möglichkeit, die Banken nach der Grösse einzuteilen. "Nach § 6 des neuen Bankgesetzes sind die Banken als Grossbanken anzusprechen, die über 10 Mill. TL oder mehr eingezahlten Kapitals zuzüglich Reserven verfügen. Für diesen Banktyp sind in § 6 bezüglich der Niederlassungseröffnung günstige Bedingungen vorgesehen. Ebenfalls besteht ein Unterschied zwischen den über weniger als 5 Mill. TL und den über mehr als 5 Mill. TL Eigenkapital verfügenden Banken, denn in § 47 - er bezieht sich auf die Wahl der Vertreter für das Komitee zur Regelung von Bankkrediten - ist die Entsendung von Vertretern entsprechend dem Grundkapital der Banken festgelegt. Diese Zahl kann als Kriterium für die Klassifizierung von Mittel- und Kleinbanken angenommen

werden".¹⁾

Eine zweckmässig und annähernd vollkommene Einteilung des türkischen Bankwesens soll nachfolgend gebracht werden.

A. Die Gliederung nach der Rechtsform

Der zweite Paragraph des neuen Bankgesetzes Nr. 7129 vom 23.6.1958 lautet folgendermassen:²⁾ "Die Banken können nur als Aktiengesellschaft gegründet werden. Ausländische Banken, die sich in der Türkei betätigen wollen, müssen nach dem Gesetz des Landes, in dem sie gegründet werden, entweder die Aktiengesellschaft oder den ihr entsprechenden Status im ausländischen Recht als Rechtsform haben. Hiervon machen eine Ausnahme: die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden einheimischen und die Niederlassungen der ausländischen Banken, schliesslich die auf Grund spezieller Gesetze errichteten Banken und die Istanbuler Vertrauenskasse". Nach dieser Vorschrift können die Banken, die ab 23.6.1958 gegründet werden, von den handelsrechtlichen Unternehmungsformen nur die Rechtsform der Aktiengesellschaft wählen. Nach dem durch dieses Gesetz ausserkraftgesetzten Bankgesetz Nr. 2999 standen den Banken früher die Rechtsform der AG, KGaA und GmbH zur Verfügung. Trotz dieser Möglichkeit wurde von den in der Türkei gegründeten Banken nur die AG als Rechtsform gewählt.

Nach der rechtlichen Struktur können wir die türkischen Banken in zwei Gruppen einteilen:

I. Die als Handelsgesellschaften gegründeten Banken.

Alle anderen in der Türkei tätigen Banken ausser den auf Grund spezieller Gesetze gegründeten Banken, deren Kapital vom Staat aufgebracht wurde, gehören dieser Gruppe an.

1) Ulutan, Burhan, a.a.O., S.202

2) Diese und die folgenden Übersetzungen des Bankgesetzes sowie aller anderen Gesetze stammen vom Verfasser.

Wie bereits gesagt, sind diese Banken als Aktiengesellschaften gegründet worden. Hiervon sind erwähnenswert: die Türkische Arbeitsbank, die Türkische Handelsbank, die Aufbau- und Kreditbank, die Akbank und die Türkische Kreditbank.

II. Die auf Grund spezieller Gesetze gegründeten Banken

Eine Reihe von Banken wurden auf Grund eines für sie geschaffenen Gesetzes gegründet und weisen eine abweichende Rechtsform auf. Davon sind manche sog. Staatsanstalten mit kaufmännischer Geschäftsführung. Zu dieser Gruppe gehören die Türkische Agrarbank, Sümerbank, Etibank und die Bank der Städte.

Nach dem Agrarbankgesetz 3202 ist "die Türkische Agrarbank ein staatliches Kreditinstitut, welches den Bestimmungen eines für sie geschaffenen Gesetzes und dem Privatrecht unterworfen ist. Die Bank ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts und wird von den durch dieses Gesetz bestellten Organen verwaltet und kontrolliert".

Die Sümerbank - nach dem Sümerbankgesetz Nr. 2262 - ist eine Staatsbank. "Diese Bank ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts, welche den Bestimmungen eines für sie geschaffenen Gesetzes und dem Privatrecht unterworfen ist". Durch das am 17.6.1938 inkraftgetretene Gesetz Nr. 3460 wurde die Bank in eine Staatsanstalt mit kaufmännischer Geschäftsführung umgewandelt.

In § 1 des Etibankgesetzes Nr. 2805 heißt es: "Sie ist eine juristische Person, welche den Bestimmungen eines für sie geschaffenen Gesetzes und dem Privatrecht unterworfen ist". Diese Staatsbank wurde auch durch das Gesetz Nr. 3460 unter die Staatsanstalten mit kaufmännischer Geschäftsführung eingereiht.

Es muss hier erwähnt werden, dass es in der Türkei auch Banken gibt, die weder der ersten noch der zweiten Gruppe zugerechnet werden können. Es sind solche Banken, die zwar auf Grund eines speziellen Gesetzes gegründet worden sind, aber die Rechtsform der Aktiengesellschaft haben. Dazu gehören z.B. die Türkische Volksbank sowie die Türkische Immobilien- und Kreditbank.

B. Die Gliederung nach den Quellen des aufgebrachten Kapitals

Hier liegt als Maßstab die Kapitalquelle zugrunde. Wir unterscheiden drei Gruppen:

I. Die mit Privatkapital gegründeten Banken

Es gibt keine Bank in der Türkei, die als Einzelfirma tätig ist. Der Grund ist darin zu sehen, dass es in der Türkei, wie bereits erwähnt, an dem dazu nötigen Kapital und an Mut des Privatunternehmertums fehlt.

Dagegen sind die besonders innerhalb der letzten zehn Jahre gegründeten Privatbanken erwähnenswert, die als Aktiengesellschaften von den Privatunternehmern errichtet wurden. Zu nennen sind hier die Türkische Arbeitsbank, die Türkische Aufbau- und Kreditbank, die Türkische Handelsbank, die Türkische Garantiebank und die Akbank.

II. Die mit Staatskapital gegründeten Banken

Nach der Gründung der neuen türkischen Republik war wegen des nur zaghaft sich entwickelnden Kapitalmarktes das Privatunternehmertum nicht in der Lage, das notwendige Kapital aufzubringen, das zu einer Bankgründung erforderlich war. Dazu kam, dass in der damaligen Zeit für das Privatunternehmertum nicht von Interesse war, das Risiko eines derartigen Unternehmungszwecks auf sich zu nehmen.

Auf Grund dieser Situation schaltete sich der Staat ein

und gründete Banken mit dem Zweck, die volkswirtschaftlichen Belange und öffentlichen Interessen, insbesondere die Verwirklichung der geplanten Industrialisierung zu erfüllen (Agrarbank, Sümerbank und Etibank).

III. Die mit Staats- und Privatkapital gegründeten Banken

Manche Banken wurden unter der Führung des Staates, teils mit dessen Kapitalbeteiligung, teils mit Kapitalbeteiligung des Privatunternehmertums gegründet. Es handelt sich dabei um die Volksbank, Seewesenbank und die Türkische Immobilien- und Kreditbank.

C. Die Gliederung nach der ökonomischen Zwecksetzung¹⁾

I. Die erwerbswirtschaftlich orientierten Bankbetriebe

Dieser Banktyp wurde in der Türkei vom Privatkapital-Unternehmertum gegründet. Ziel dieses Banktyps ist die Verzinsung des investierten Kapitals, die Bildung von Rücklagen und die Gewährung eines Geldeinkommens für alle Mitarbeiter. Bei den Aktiengesellschaften wird ein Teil des Ertrags als Dividende ausgeschüttet. Ein bestimmter Minimalertrag muss also erwirtschaftet werden, um den Bestand des Unternehmens zu gewährleisten. Darauf weisen besonders auch Obst-Hintner hin:

"Nur wenn Erträge in einer Höhe erwirtschaftet werden, welche hierfür ausreicht, ist der Betrieb auf die Dauer existenzfähig und kann seine volkswirtschaftlichen Aufgaben im Rahmen des nationalen Kreditwesens erfüllen. Reicht hingegen das vom Betrieb erworbene Geldeinkommen für die genannten Zwecke nicht aus, so muss dieser sein Eigenkapital verwirtschaften, und auch dies ist nur so lange möglich, als eben Eigenkapital noch vorhanden ist;

1) In Anlehnung an Obst-Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Stuttgart 1955, S.186 ff.

mit dem Schwinden des Eigenkapitals aber mindert sich zugleich für die Einleger das Garantiekapital und das bankmässige Risiko geht dementsprechend mehr und mehr vom Bankunternehmer auf den Bankeinleger über. Bei der Bank liegt darüber hinaus noch eine besondere Gefahr darin, dass die Einlagen zur Bestreitung laufender Betriebsunkosten und zum Ausgleich von Verlusten verwendet werden".¹⁾

Die oben mehrfach erwähnten türkischen Privatbanken gehören zu dieser Gruppe.

II. Die versorgungswirtschaftlich orientierten Bankbetriebe

Bei diesen Banken treten die erwerbswirtschaftlichen Zwecke in den Hintergrund. Sie haben die Aufgabe, Aufbau und Industrialisierung des Landes zu ermöglichen und die allgemeinen Interessen zu verwirklichen und darüber hinaus in manchen Fällen der Unterstützung einer geschlossenen Gemeinschaft zu dienen.

Die versorgungswirtschaftlich orientierten Banken lassen sich in zwei Gruppen unterteilen:

1. Der Versorgung einer geschlossenen Gemeinschaft dienende Bankbetriebe.

Hierfür bilden die Türkische Agrarbank und die Türkische Volksbank ein charakteristisches Beispiel.

Der Gründungszweck der Türkischen Agrarbank ist in dem Agrarbankgesetz Nr. 3102 wie folgt dargelegt: "...neben den anderen Bankgeschäften hat die Bank hauptsächlich die Aufgabe, die Agrarproduktion des Landes zu fördern, dabei den Bauern die nötigen Agrarkredite zu gewähren und diesen Volksstand mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen".

1) Obst-Hintner, a.a.O., S.187

Auf gleiche Weise definiert das Volksbankgesetz Nr.2284 den Errichtungszweck der Bank. "Zweck der Bank ist die Beschaffung und Bereitstellung von Krediten für die Klein- händler, Handwerker und für die Volkskassen". Dem Gesetzes- text ist weiter zu entnehmen, dass die Volksbank - neben anderen Bankgeschäften - im besonderen die Aufgabe hat, Kleinhändlern und Handwerkern die nötigen Kredite zu ge- wahren und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die- ser Gemeinschaft ihre Unterstützung angeeignet zu lassen.

Darüber hinaus sind auch die landwirtschaftlichen Kredit- sowie Verkaufsgenossenschaften und die sog. Bürgschafts- genossenschaften für Kleinhändler und Handwerker "einer geschlossenen Gemeinschaft dienende Kreditinstitute". Sie sollen einer örtlich begrenzten und bestimmten Gemein- schaft Kredite gewähren, um die Erzeugung und den Absatz landwirtschaftlicher und gewerblicher Güter zu fördern.

2. Die gemeinwirtschaftlich orientierten Bankbetriebe.

Die Sümerbank, Etibank und die Bank der Städte gehören zu den gemeinwirtschaftlich orientierten Bankbetrieben. Sü- merbank und Etibank haben den Zweck und die Aufgabe, die Industrialisierung des Landes zu unterstützen. Die Bank der Städte sorgt für die Finanzierung des Aufbaus und der Elektrizitätsversorgung der Städte und Dörfer.

Dritter Teil

DAS TÜRKISCHE BANKRECHT

A. Die Periode vor dem Inkrafttreten des neuen Bankgesetzes vom 23.6.1958

Um Ordnung auf dem Gebiet des türkischen Kreditwesens zu schaffen, das sich erst nach der Gründung der neuen türkischen Republik im eigentlichen Sinne entwickelte, wurden bisher von der Grossen Nationalversammlung drei Gesetze verabschiedet. Davon sind zwei Gesetze im Laufe der Zeit ausser Kraft gesetzt worden.

Die türkischen Banken unterliegen heute den Vorschriften des am 23.6.1958 in Kraft getretenen Bankgesetzes Nr. 7129.

Es sei hier bemerkt, dass die auf Banken und Bankgeschäfte Anwendung findenden sonstigen Gesetze hier ebenfalls genannt werden sollen. Neben dem Bankgesetz ist besonders zu beachten das türkische Handelsrecht, das Recht der Schuldverhältnisse und das Darlehensgesetz.

Nach der Gründung der neuen türkischen Republik erfuhr das Bankwesen in der Türkei eine rasche Entwicklung. Im Jahre 1920 gab es in der Türkei 10 Banken, deren nominelles Kapital insges. 17.793.959 TL betrug. Diese Zahlen erhöhten sich im Jahre 1933 auf 44 Banken bzw. 76.195.850 TL. Die natürliche Folge war, dass die Banken im Wirtschaftsleben des Landes eine immer grössere Rolle zu spielen begannen. Das Volk fand die Banken vertrauenswürdig und legte seine Ersparnisse bei ihnen zinsbringend an. Angesichts dieser Tatsache sah sich der Staat veranlasst, eine gesetzliche Ordnung für die Banken und Vorschriften für die Sicherheit der Einlagen zu schaffen, um die öffentlichen Interessen zu wahren.

Auf diese Weise ist am 30.Mai 1933 das erste Kreditwesengesetz der Türkei in Kraft getreten. In der Begründung des

Gesetzes vom 23.6.1958 heißt es: "Die fortschrittliche Beteiligung der Banken nach dem Jahre 1925 am Wirtschaftsleben des Landes machte es notwendig, die Geschäfte dieser Institutionen gesetzlich zu regeln. Die Entwicklung der Banken hat den Sparsinn des Volkes gefördert und eine Steigerung der Spareinlagen bei den Instituten herbeigeführt. Um die für das Wirtschaftsleben des Landes günstige Sparneigung weiter zu entwickeln, mussten die Rechte und Interessen des Sparers vom Staat unterstützt werden. Zu diesem Zweck wurde das "Gesetz zum Schutz von Bankeinlagen" Nr.2243 am 30.Mai 1933 von der Grossen Nationalversammlung verabschiedet. Durch dieses Gesetz wurde festgelegt, unter welchen Bedingungen die Banken Spar- und sonstige Einlagen annehmen durften". Mit diesem Gesetz legte man den Grundstein zum türkischen Bankrecht.

Es dauerte nicht lange bis man feststellen musste, dass das "Gesetz zum Schutz von Bankeinlagen" mangelhaft und nicht mehr in der Lage war, im Wirtschaftsleben der damaligen Zeit die Geschäfte der Banken lückenlos zu regeln. Nach dreijährigem Bestehen des ersten Gesetzes wurde der Grossen Nationalversammlung von der Regierung ein neuer Bankgesetz-Entwurf vorgelegt.

Die Notwendigkeit eines neuen Bankgesetzes wurde in der Begründung des Gesetzes vom 9.6.1936 unterstrichen: "Sowohl die Vorschriften des Handelsgesetzes als auch das "Gesetz zum Schutze von Bankeinlagen" waren unzureichend und ein Versuch auf diesem Gebiet. Es war daher unbedingt nötig, ein neues Bankgesetz zu schaffen, das die wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen der Banken berücksichtigt und auch die Organisationsfrage regelt. Dieses Gesetz wird neben den neuen Vorschriften auch den Leitgedanken des alten Gesetzes umfassen.

Mit dem Zweck, einerseits dem Nationalkapital und den Spareinlagen die notwendige Sicherheit zu geben, andererseits auf einem festen Fundament die Entwicklung der Banken zu

beschleunigen, legen wir Ihnen diesen Gesetzentwurf vor".

Das mit dieser Begründung der Grossen Nationalversammlung vorgelegte Gesetz wurde am 9.6.1936 verabschiedet. Es war das zweite und verfeinerte Gesetz des türkischen Bankrechts.

Dieses Gesetz war mit neunzehn Jahren Geltungsdauer langlebiger als das erste; es hat zwei Änderungen erfahren. Am 2. Juni 1941 wurden unter dem Gesetz Nr. 4060 verschiedene Paragraphen geändert. Eine weitere Änderung erfolgte im Jahre 1947 mit dem Gesetz Nr. 5072.

Nach 19 Jahren stand die Regierung aber wieder vor dem gleichen Problem: Seit 1936 hatte sich das Wirtschaftsleben und der Handelsverkehr des Landes weiter entwickelt. Nach dem Wahlsieg der demokratischen Partei im Jahre 1951 wurde die Industrialisierung des Landes von der Regierung in wesentlich stärkerem Masse vorangetrieben. Dadurch hatte sich innerhalb kurzer Zeit das Volkseinkommen erheblich vermehrt und alle Wirtschaftszweige des Landes einen noch nicht dagewesenen Umsatz erreicht. Dieser Aufschwung musste normalerweise die Tätigkeitsbereiche und Geschäfte der Banken positiv beeinflussen. Diese Tatsache wurde auch in der Begründung des Gesetzes vom 23.6.1958 angeführt: "Parallel zu der im Wirtschaftsleben des Landes zu beobachtenden Entwicklung, zeichnete man auch, besonders nach dem Jahre 1950, denselben Aufschwung bei den Banken. In den letzten vier Jahren wurden mehrere Banken gegründet und die bereits vorhandenen Banken haben ihr Kapital und ihre Reserven erheblich erhöht.

Im Juli 1950 gab es 46 Banken, deren Nennkapital betrug insgesamt 1.122 Mill. TL, ihr eingezahltes Kapital 431 Mill. TL und die Reserven beliefen sich auf 128 Mill. TL. Die Zahl der Banken erhöhte sich bis zum März 1955 auf 52 - ausser der Zentralbank und der Bank für Industriellen Aufbau - deren nominelles Kapital insgesamt 2.288 Mill. TL betrug, davon 1.274 Mill. TL eingezahltes Kapital; die Reserven wuchsen auf 304 Mill. TL an.

Die Gesamteinlagen und gewährten Gesamtkredite der Banken stiegen von 1950 mit 1.118 Mill. TL bzw. 1.563 Mill. TL bis 1955 bereits auf 3.438 Mill. TL bzw. 5.138 Mill. TL an".

Aus dieser natürlichen Entwicklung entstanden verschiedene, mit dem Wesen und der Tätigkeit der Kreditinstitute eng verbundene Fragen und Probleme, die ihrerseits gründlicher Behandlung und Lösung bedurften. Diese Lage veranlasste die Regierung, ein neues Bankgesetz vorzubereiten.

Die Vorlage für das neue Bankgesetz, die gegen Ende des Jahres 1955 eingebracht wurde und zahlreichen Revisionen und Prüfungen unterworfen wurde, ist am 26. Juni 1958 verabschiedet und im Amtsblatt vom 2. Juli 1958 veröffentlicht worden.

B. Das neue Bankgesetz

In diesem Abschnitt soll das neue Bankgesetz eingehend und im einzelnen besprochen werden.

I. Allgemeine Vorschriften

In § 1 Abs. 1 ist der Geltungsbereich des Gesetzes geregelt. Danach unterliegen den Vorschriften dieses Gesetzes die Banken, welche

- a) nunmehr in der Türkei gegründet werden,
- b) bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehen

und die ausländischen Banken, welche

- a) in der Türkei Niederlassungen eröffnen wollen,
- b) bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Niederlassungen unterhalten.

Der zweite Absatz bestimmt die Beziehungen zwischen dem Bankgesetz und den anderen Gesetzen: "Falls in diesem eine Regelung nicht getroffen wird, so finden die allgemeinen Gesetze Anwendung". Hierbei ist in erster Linie an das türkische Handelsgesetz zu denken.

In dem dritten Absatz heisst es: "Die Bestimmungen der auf Grund spezieller Gesetze gegründeten Banken bleiben hiervon unberührt". Gemäss diesem Absatz unterliegen die Staatsbanken nicht den Vorschriften des Bankgesetzes, sondern ihren eigenen Gesetzen.

§ 2 sieht folgende Begriffsbestimmungen vor:

- a) Die Nationalbank: Unter diesen Begriff fallen alle Banken, die nach türkischen Gesetzen gegründet, von türkischen Beamten beaufsichtigt und verwaltet werden, und deren Kapital zu mehr als 50% mit TL eingezahlt worden ist.
- b) Eingezahltes oder für die Türkei bestimmtes Kapital¹⁾ ist das eingezahlte Kapital oder für die Türkei bestimmte Kapital abzüglich entstandener Verluste, die mit den Reserven nicht gedeckt werden können. Massgebend für die Bemessung des eingezahlten oder für die Türkei bestimmten Kapitals ist die letzte für den Schluss eines Geschäftsjahres festgestellte Bilanz.
- c) Die Reserven im Sinne dieses Gesetzes sind die Summe der gem. § 35 dieses Gesetzes und den eigenen Satzungen der Bank sowie gem. §§ 466 und 467 des Handelsgesetzes gebildeten Reserven abzüglich entstandener Verluste.

Das Bankgesetz definiert den Begriff "Bank" nicht.

II. Die Gründung betreffende Vorschriften

"Die Banken können nur als Aktiengesellschaften gegründet werden. Ausländische Banken, die sich in der Türkei betätigen wollen, müssen gemäss dem Gesetz des Landes, in dem sie gegründet wurden, den Status einer Aktiengesellschaft oder einen ihr entsprechenden als Rechtsform haben".

1) Unter "für die Türkei bestimmtes Kapital" wird im Sinne des Bankgesetzes das von einer ausländischen Bank ihrer in der Türkei tätigen Filiale zur Verfügung gestellte Kapital verstanden.

Nach dem alten Bankgesetz konnten die türkischen Banken von den handelsrechtlichen Rechtsformen die einer AG, KGaA oder GmbH wählen.

Nach dem neuen Gesetz können die türkischen Bankbetriebe nur noch als Aktiengesellschaften betrieben werden. Die Notwendigkeit dieser Vorschrift begründet das Gesetz wie folgt: "Das Bankwesen in seinem gegenwärtigen Entwicklungsgrad spielt im Wirtschaftsleben des Landes eine wichtigere Rolle als die üblichen Handelsgesellschaften. In Anbetracht dessen sind diese wichtigen Anstalten nur mit der handelsrechtlichen Unternehmungsform einer Aktiengesellschaft zu vereinbaren, da sie vor allem Kapital in grösserem Umfange aufbringen und darüber hinaus in Verwaltung und Aufsicht die Prinzipien einer Demokratie walten lassen müssen. Im übrigen war diese Rechtsform in unserem Lande beliebt. Die bisher gegründeten Banken hatten diese Rechtsform immer gewählt".

Im zweiten Absatz des obigen Paragraphen sind Ausnahmefälle vorgeschrieben:

"Hiervon machen eine Ausnahme: die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden einheimischen und Niederlassungen ausländischer Banken, schliesslich die auf Grund spezieller Gesetze gegründeten Banken sowie die Istanbuler Vertrauenskasse".

Die Istanbuler Vertrauenskasse hat gegenüber anderen Banken eine besondere Rechtsform. Nach dem o.a. Absatz darf sie diese beibehalten (siehe Teil IV).

§ 4 behandelt die Vorschriften über die Aktionäre und die Ausgabe der Aktien. Danach müssen

- a) die Aktien der Bank gegen bar, und zumindestens zu 51% auf den Inhaber lautend ausgegeben werden. (Dagegen können die Aktionäre gem. § 139 des türkischen Handelsgesetzes - es gilt subsidiär für das neue türkische Bankrecht - statt Bargeld andere Werte als "Sacheinlagen" in die AG einbringen).

- b) der Höchstsatz des Nennbetrages der Aktien soll 1000 TL nicht überschreiten. (Nach § 399 des türkischen Handelsgesetzes ist der Mindestnennbetrag der Aktien aller Nicht-Banken-AG 500 TL);
- c) die Aktien der Banken müssen zum Börsenhandel zugelassen werden;
- d) an der Schliessung des Gesellschaftsvertrages zur Gründung einer Bank müssen sich mindestens 20 Personen beteiligen, die Aktien übernehmen, während bei der Gründung "gewöhnlicher" Aktiengesellschaften das Handelsgesetz Anwendung findet, das nur 5 Gründer vorschreibt.

In § 6 schreibt das neue Bankgesetz für die Banken ein Mindestkapital vor. Die bereits bestehenden Banken haben sich innerhalb von drei Jahren darauf einzustellen: "Die Summe des eingezahlten Kapitals zuzüglich Reserven der Banken muss zusammen mindestens 2 Mill. TL betragen". Dieselbe Vorschrift gilt für die Niederlassungen ausländischer Banken.

"Das Mindestkapital beträgt für Städte mit mehr als 1 Mill. Einwohner 5 Mill. TL und für Städte mit mehr als 0,5 Mill. Einwohner 3 Mill. TL.

Nach § 272 des Handelsgesetzes darf das Grundkapital der Aktiengesellschaften 500.000 TL nicht unterschreiten.

"Die Banken sollen für ihre Niederlassungen, der Einwohnerzahl der Städte entsprechend, das Grundkapital bestimmen".

In Städten über 1 Mill.Einwohner	mindestens	5.000.000 TL
" " bis einschl.1 Mill.Einw.	"	3.000.000 TL
" " " " 500.000	" "	2.000.000 TL
" " " " 250.000	" "	1.000.000 TL
" " " " 100.000	" "	500.000 TL
" " unter 50.000	" "	250.000 TL.

Bei Feststellung der Kapitalminimalgrenze einer Bank, die

in mehreren Städten Niederlassungen hat, wird unterstellt, dass die Bank ihren Hauptsitz in der Stadt mit der höchsten Einwohnerzahl hat. Unterhält eine Bank in einem Ort mehrere Niederlassungen, so gelten alle als eine.

Die Banken müssen innerhalb eines Jahres nach Veröffentlichung der letzten Volkszählungsergebnisse entsprechend diesem Gesetz das "Kapital-Limit" erreicht haben.

Von der Vorschrift über die Kapitalminimalgrenze ist die Istanbuler Vertrauenskasse nicht betroffen.

In diesem Zusammenhang dürfte es von Interesse sein, die Einwohnerzahl der türkischen Städte (1955) aufzuführen:¹⁾

<u>Zahl der Städte</u>	<u>Einwohnerzahl</u>
1 (Istanbul)	mehr als 1 Mill.
-	500.001 - 1.000.000
2 (Ankara, Izmir)	250.001 - 500.000
3 (Adana, Bursa, Eskişehir)	100.001 - 250.000
11	50.001 - 100.000
39	20.001 - 50.000
379 (kleine Städte)	2.000 - 20.000

In § 7 heisst es: "Aktiengesellschaften, welche Geschäfte von Kreditinstituten im Inland betreiben wollen, bedürfen dazu einer Erlaubnis. Für die Erteilung der Erlaubnis ist der Ministerrat zuständig". Aus dieser Bestimmung ist zu entnehmen, dass in der Türkei bei Gründung von Banken das Konzessionssystem Anwendung findet. Um eine Konzession zu erhalten, müssen sich die Gründer an das Wirtschafts- und Handelsministerium wenden, unter Beifügung von Unterlagen, aus denen Leumund und Besitz der zur Bankführung erforderlichen Eigenschaften der Gründer zu ersehen sind. Dieser Konzessionsantrag wird dem Ministerrat von dem betreffenden Ministerium vorgelegt. Die

1) Atasagun, Yusuf Saim, "Bankalar Kanunu", Ankara 1958, S.59

Erlaubniserteilung des Ministerrats ist an gewisse Voraussetzungen geknüpft:

- a) Die Satzung der Bank muss den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechen.
- b) Die Gründer müssen ehrbar und dürfen nicht vorbestraft sein.

Sind diese Bedingungen erfüllt, so wird der betreffenden Bank die Gründungskonzession erteilt.

Die ursprünglich nach dem Handelsrecht gegründeten Aktiengesellschaften, die sich später als Banken betätigen wollen, bedürfen gem. obiger Vorschrift auch einer Erlaubnis. Eine Satzungsänderung bedarf ebenfalls einer Genehmigung. Für diese Erteilung ist das Handelsministerium zuständig.

Nach § 273 des türkischen Handelsgesetzes sind für die Erteilung der Erlaubnis zur Gründung einer Aktiengesellschaft die Ministerien für Wirtschaft und Handel zuständig. Der Gesetzgeber betrachtet jedoch diese Vorschrift für die Banken als unzureichend.

§ 8 fordert die Erlaubnis für ausländische Kreditinstitute, die Filialen in der Türkei errichten wollen. Die Genehmigung kann versagt werden, wenn

- a) die Satzungen der ausländischen Banken in Widerspruch zu den Vorschriften des türkischen Bankgesetzes stehen,
- b) der Bank in dem Lande, in dem sie gegründet wurde, wegen ungesetzlichen Verhaltens die Fortführung des Geschäftsbetriebes untersagt ist,
- c) die Rechtsform der Bank eine andere als die der Aktiengesellschaft ist.

Daneben besteht die Bestimmung, dass der Ministerrat ausser diesen Bedingungen noch andere spezielle Bedingungen stellen kann. Diese Bedingungen sind jedoch im Gesetz nicht genannt. Daraus ist zu ersehen, dass dem Minister-

rat für die Erteilung der betreffenden Erlaubnis eine umfassende Entscheidungsbefugnis erteilt ist.

"Der Ministerrat zieht die Genehmigung zurück, wenn der Geschäftsbetrieb, auf den sich die Erlaubnis bezieht, nicht innerhalb eines Jahres seit der Erteilung der Erlaubnis eröffnet wird, oder wenn dieser mindestens ein Jahr lang nicht mehr ausgeübt worden ist".

Nach § 8 Abs.2 dürfen diejenigen Unternehmungen die Bezeichnung "Bank" zur Bezeichnung des Geschäftszweckes oder zu Werbezwecken nicht führen, welche die dazu nötige Erlaubnis zur Gründung nicht erhalten haben, oder denen die bereits erteilte Erlaubnis wieder entzogen worden ist.

In § 10 heisst es: "Bei der Eröffnung von Niederlassungen im Inland von einheimischen sowie ausländischen Banken muss vom Finanzminister eine Erlaubnis eingeholt werden. Zugleich ist auch innerhalb 15 Tagen die Einstellung des Betriebes von Niederlassungen anzuzeigen".

Alle auf Grund eines für sie geschaffenen Gesetzes gegründeten Banken - mit Ausnahme der Zentralbank - unterliegen dieser Vorschrift.

"Banken, welche sich an einem Ort, in dem bereits eine oder mehrere Banken oder Niederlassungen bestehen, betätigen wollen, müssen, um die erforderliche Gründungserlaubnis zu erhalten, mit dem Konzessionsersuchen beiliegend einen Bericht einreichen. In diesem Bericht muss von den Antragstellern erklärt werden, dass in diesem Ort eine neue Bank oder Niederlassung zu gründen von der wirtschaftlichen Notwendigkeit geboten und unter Berücksichtigung der örtlichen und gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse gerechtfertigt erscheint". (§ 11)

Daraufhin wird vom Finanzministerium eine Untersuchung eingeleitet. Ergibt sich dabei, dass eine Neugründung von Banken oder Niederlassungen in diesem Ort aus wirtschaftlichen Gründen nicht erforderlich ist, dann werden wei-

tere Konzessionsanträge - innerhalb eines Jahres - für denselben Ort ohne erneute Prüfung' abgelehnt.

§ 13 entsprechend bedürfen Banken, welche nach §§ 7 und 11 bereits die Gründungserlaubnis erhalten haben, noch einer besonderen Erlaubnis, "um mit der Aufnahme der Bankgeschäfte und der Annahme von Depositengeldern" beginnen zu können. Wenn die Bank die im Bankgesetz vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt hat, wird ihr die erforderliche Erlaubnis vom Finanzminister in Gemeinschaft mit dem Wirtschaftsminister erteilt. Kann die Erlaubnis nicht sofort erteilt werden, wird der Bank eine bestimmte Frist zur Beseitigung der Mängel gesetzt.

Wenn ein Schaden bei Fortführung des Geschäftsbetriebes für die Volkswirtschaft zu befürchten ist, kann diese vom Ministerrat, unter Hinzuziehung des "Komitees für die Regelung von Bankkrediten" untersagt werden. Diese Untersagung kann sich auf einen Teil des Geschäftsbetriebes sowie auf einzelne Niederlassungen beschränken.

Die §§ 7, 11 und 13 machen also, um eine Bank gründen und Bankgeschäfte betreiben zu können, den Erwerb einer dreistufigen Konzession erforderlich. Die erste Erlaubnis gem. § 7 und auch die zweite - wenn die Voraussetzungen des § 11 vorliegen - erteilt der Ministerrat. Bevor die Bank, die inzwischen ihre Gründungsformalitäten erledigt hat, Bankgeschäfte betreiben darf, muss sie noch eine Erlaubnis (die dritte) einholen, die vom Finanzminister unter Hinzuziehung des Wirtschaftsministers erteilt wird.

Die Unzweckmässigkeit eines solchen dreistufigen Konzessionssystems in der Praxis liegt klar auf der Hand. Es wäre daher sinnvoller und praktischer, die erforderlichen Genehmigungen in einem Verfahren zu erteilen.

III. Die Organisation betreffende Vorschriften

§§ 14-23 regeln die Organisationsfragen der Banken. Die Organisationsfragen der Aktiengesellschaften unterliegen den Vorschriften des Handelsrechts. Da die Banken Aktiengesellschaften sind, wäre daher die Anwendung dieser Vorschriften bei Organisationsfragen der Banken möglich. Der Gesetzgeber begnügt sich aber nicht mit den Vorschriften des Handelsgesetzes, sondern gibt im Bankgesetz einige besondere Bestimmungen.

In § 15 ist die Mitgliederzahl des Verwaltungsrats und die Zahl der Prüfer der Banken festgelegt. Der Verwaltungsrat der Banken muss mindestens 5 Mitglieder umfassen; die Anzahl der Prüfer soll mindestens zwei betragen. Der Generaldirektor der Bank ist vollstimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrats.

Laut § 317 des Handelsgesetzes wird die Aktiengesellschaft von dem Verwaltungsrat geleitet und vertreten. Die Banken sind Aktiengesellschaften und da dem Handelsgesetz kein Paragraph des Bankgesetzes entgegensteht, ist diese Vorschrift auch für die Banken anzuwenden.

Verwaltungsrat und Prüfer werden von der Hauptversammlung gewählt. Nach dem Handelsgesetz darf die Amtsdauer der Verwaltungsratsmitglieder höchstens drei Jahre betragen, wobei wiederholte Bestellung zulässig ist, wenn die Satzung nichts anderes vorschreibt. Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Falls Stimmengleichheit vorliegt, so ist die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu verschieben, in der bei wiederholter Stimmengleichheit die Sache als abgelehnt betrachtet wird.

Bei Prüfung der in Frage kommenden Paragraphen ist festzustellen, dass es zwischen dem üblichen Verwaltungsrat einer AG und einem Bankverwaltungsrat untenstehende zwei Unterschiede gibt:

- a) Bei den Banken muss der Verwaltungsrat aus mindestens 5 Mitgliedern bestehen, während bei den üblichen Aktiengesellschaften der Verwaltungsrat aus mindestens 3 Personen bestehen soll (Handelsgesetz § 312).
- b) Die Bankdirektoren sind die stimmberechtigten Mitglieder des Verwaltungsrates. Dagegen besitzen die Direktoren der Aktiengesellschaften dieses Recht nicht.

Ebenso müssen bei den Banken - gemäss § 15 - mindestens zwei Prüfer bestellt werden. Sie sind verpflichtet, die Hauptversammlung davon in Kenntnis zu setzen, wenn die Vorschriften des Bankgesetzes und die Satzung von den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Kreditausschusses sowie von dem Generaldirektor und anderen verantwortlichen Bankbeamten nicht eingehalten werden. Darüber hinaus müssen die Prüfer eine Abschrift des gesamten Berichts beim Finanzminister einreichen.

Die Prüfer dürfen keine Beschlüsse fassen und sind nicht befugt, die Bank Dritten gegenüber zu vertreten.

Nach § 15/II dürfen Personen das Amt als Präsident oder als Mitglied des Verwaltungsrats oder als Prüfer sowie des Generaldirektors und seiner Stellvertreter nicht bekleiden, wenn sie je bankrott gemacht haben oder wegen Verletzung des Bankgesetzes sowie eines ehrverletzenden Vergehens wegen vorbestraft sind.

Der Präsident und die Mitglieder des Verwaltungsrates müssen Aktien der Bank besitzen, in der sie tätig sind. Der Wortlaut der Vorschrift ist folgender: "Der Präsident und jedes Mitglied des Verwaltungsrates müssen Aktien im Wert von 1% des Bankkapitals besitzen, welche unmittelbar nach dem Amtsantritt bei der Zentralbank angelegt werden sollen. Falls 1% des Kapitals mehr als 20.000 TL beträgt, so ist dies die Höchstgrenze".

"Die Präsidenten und Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses der ausländischen Banken unterliegen ebenfalls dieser Regelung".

Die Gründung eines Kreditausschusses behandelt § 19. Die Banken

müssen ausser den Organen, die im Handelsgesetz für die Aktiengesellschaften aufgezählt sind, einen Kreditausschuss zur Erfüllung der ihm in diesem Gesetz vorgeschriebenen Aufgaben bilden.

Er soll aus 3 Mitgliedern bestehen, von denen zwei aus dem Verwaltungsrat bestellt werden sollen. Das dritte Mitglied des Kreditausschusses ist der Generaldirektor oder sein Stellvertreter.

§§ 44 und 45 des Bankgesetzes beauftragen den Kreditausschuss mit der Krediteinräumung. Weitere Aufgaben bestehen nicht.

Die von dem Kreditausschuss einstimmig gefassten Beschlüsse werden sofort, dagegen die mit Mehrheit gefassten Beschlüsse nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat durchgeführt.

Der Verwaltungsrat hat die Tätigkeit des Kreditausschusses zu überwachen. Jedem Mitglied des Verwaltungsrats steht das Recht zu, erforderliche Auskünfte vom Kreditausschuss zu verlangen und erforderliche Prüfungen vorzunehmen.

In der Türkei tätige Niederlassungen ausländischer Banken sind verpflichtet, einen aus drei Mitgliedern bestehenden geschäftsführenden Ausschuss zu bilden, welcher die Verantwortung und Befugnisse des Verwaltungsrates und Kreditausschusses innehat.

IV. Das Depositengeschäft betreffende Vorschriften

In § 24/I heisst es, dass ausser den Banken keine natürlichen oder juristischen Personen Depositengeschäfte haupt- oder nebenberuflich tätigen und Fremdgelder in Empfang nehmen dürfen.

Dadurch möchte der Gesetzgeber dafür sorgen, dass die Depositengelder sich in den Banken sammeln, die ja immer der Kontrolle des Staates unterstehen. Auf diese Weise können Spargelder und sonstige Einlagen am besten sichergestellt werden.¹⁾

1) Atasagun, Yusuf Saim, a.a.O., S.233

Das Bankgesetz unterscheidet die Bankeinlagen nach den Quellen, aus denen sie stammen. "Die Banken sind verpflichtet, die Depositengelder in Einlagen der öffentlichen Hand, Handelseinlagen, Nostroeinlagen und Spareinlagen und ausserdem in Sicht- und befristete Einlagen zu gliedern sowie in ihren Bilanzen unter den entsprechenden Posten auszuweisen". (§ 26)

"Auf ein Jahr oder mehr befristete Einlagen sind "befristete Einlagen".

In den einzelnen Absätzen des § 26 sind die oben genannten Einlagen beschrieben. Danach gehören

- a) zu Einlagen der öffentlichen Hand die von den Staatsstellen und Behörden, Kommunalbehörden, Gerichtsämtern, Vollstreckungsämtern, Konkursämtern, Nachlassgerichtsämtern und von den staatlichen Sozialversicherungen eingelegten Gelder;
- b) zu den Handelseinlagen die von den handelsrechtlichen Gesellschaften und Firmen und sog. Staatsanstalten mit kaufmännischer Geschäftsführung eingelegten Gelder, sowie die Einlagen, welche von den mit Staatskapital gegründeten Gesellschaften oder von deren gegründeten Unternehmungen eingebracht worden sind;
- c) zu den Nostrogeldern die Gelder einer Bank, die von anderen Banken eingelegt werden;
- d) zu den Spareinlagen die Gelder, welche zu o.a. Gruppen nicht zählen.

Der § 26 gibt also für die Spargelder eine Legaldefinition ex contrario.

Es muss jedoch hierbei hervorgehoben werden, dass durch diese Klassifizierung manche Einlagen als Spareinlagen gewertet werden, die sie an sich nicht sind. Bankeinlagen, die nach dieser Vorschrift als Spareinlagen angesehen werden müssen, obwohl sie keine "echten" sind, hat Atasagun zusammenfassend dargestellt.¹⁾

1) Atasagun, Yusuf Saim, a.a.O., S.249

- a) Die den in der Türkei bestehenden Gesandtschaften und Botschaften gehörenden Gelder.
- b) Die den Vereinen gehörenden Gelder. Den Genossenschaften und Verbänden gehörenden Gelder, die nicht dem Unternehmungszweck zu dienen bestimmt sind.
- c) Die den politischen Parteien gehörenden Gelder.
- d) Die von Notariaten zur Aufbewahrung gegebenen Gelder.

Ausser diesen von Atasagun aufgeführten Gelder müssen an sich die verschiedenen Guthaben von Privatkunden, welche nicht der Anlage dienen, auch als Spargelder gewertet werden, - wie das ja auch aus dem § 26 des Bankgesetzes zu entnehmen ist -, obwohl sie keine echten sind.

Wie oben schon erwähnt, beabsichtigt der Gesetzgeber den Sparsinn des Volkes zu fördern und die Interessen und Rechte des Sparers zu unterstützen. Die türkischen Sparer benötigen besondere Hilfestellung, da die Spargelder überwiegend von Personen kommen, die minderbemittelt und ihres niedrigen Einkommens wegen in Bank- und Geldangelegenheiten schlecht informiert sind. Daher wäre es besonders zweckmässig, diese Klein-Einlagen, die eine grosse Wertanlage für ihre Besitzer darstellen, zu aktivieren und die zur Förderung des Sparsinnes von den Banken verteilten Prämien nur auf diese Spargelder zu beschränken.

Aus § 26 ist zu ersehen, dass die Definition der Spareinlagen nicht zweckmässig und umfassend genug ist. Es entstehen daher falsche Begriffsbestimmungen, wenn z.B. die den politischen Parteien oder Gesandtschaften und Botschaften gehörenden Gelder als Spareinlagen betrachtet werden. Dazu geniessen sie auch noch die den Spareinlagen vorbehaltenen Begünstigungen.

In § 27 sieht das Gesetz Sicherheitsmassnahmen für die Spargelder vor: "Die Sparer sind für den halben Betrag - ihrer bei den Banken hinterlegten Gelder - in dem Aktivbestand der Bank Vorrechte geniessende Gläubiger".

"Falls die Bank in Konkurs gerät, werden die Vorrechte ge-

niessenden Teile der Spargelder ohne Konkurseröffnung den Einlegern zurückerstattet".

Der § 28 nennt die maximale Summe der von den Banken aufzunehmenden Spargelder expressis verbis: Die Summe der hereingenommenen Spargelder darf bei Banken mit bis zu

5 Mill.TL Grundkapital u. Reserven, den siebenfachen Betrag				
10 Mill.TL	"	"	"	achtfachen "
25 Mill.TL	"	"	"	zehnfachen "
50 Mill.TL	"	"	"	zwölffachen "
Über 50 Mill.TL	"	"	"	fünfzehnfachen "

nicht überschreiten.

Die Banken können diese Grenze nur dann überschreiten, wenn der Betrag, der zu 50% über dem Limit der aufzunehmenden Spargelder liegt, gem. § 33 dieses Gesetzes bei der Zentralbank angelegt wird. Der erwähnte § 33 soll später geprüft werden (siehe B/V).

"Die Türkische Agrarbank und Istanbuler Vertrauenskasse werden im Sinne des § 28 als eine Bank behandelt. Die Summe des Kapitals zuzüglich Reserven von beiden Banken ist massgebend für die Einnahme von Spargeldern jeder einzelnen Bank".

Diese Vorschrift wurde vom Gesetzgeber aus folgenden Gründen erlassen:

- a) Die Istanbuler Vertrauenskasse besitzt kein eigenes Kapital. Die Reservensumme der Bank liess es lt. § 28 nicht zu, eine bedeutende Menge Spargelder aufzunehmen.
- b) Die Istanbuler Vertrauenskasse ist ausserdem eine juristische Person, die der Türkischen Agrarbank untersteht.

Durch die o.a. Bestimmung wurde es der Bank ermöglicht, eine bedeutende Summe Spargelder aufzunehmen.

In § 31 ist die Verjährungsfrage bei den bei der Bank angelegten Depositengeldern und anderen Guthaben geregelt.

Gemäss § 31/I müssen die Banken ihren Kunden zum Jahresbeginn einen Kontoauszug senden.

In der Türkei erhält der Kunde bei der Eröffnung eines Depositenkontos in der Regel ein Depositenbuch, da die maschinelle Buchführung in den Banken noch nicht eingeführt ist. In diese Depositenbücher werden alle Ein- und Auszahlungen eingetragen; dadurch erübrigt sich die Erteilung von täglichen Kontoauszügen, die ohne Maschinenbuchhaltung sehr umständlich wäre.

Depositengelder und alle anderen Schulforderungen, die von den Besitzern seit zehn Jahren nicht mehr beansprucht wurden, sind auf dem Konto des Finanzministeriums bei der Zentralbank anzulegen. Beträge, die über 25 TL liegen, werden bei der Zentralbank noch 5 Jahre aufbewahrt. Innerhalb dieser Zeit von den Besitzern nicht angeforderte Gelder gehen in Staatseigentum über. Unter 25 TL liegende Beträge gelten - ohne Einräumung einer Frist - als Staatseigentum.

"In der Praxis werden bei den kleinen Krediten in laufender Rechnung die Banken ihren Kunden keinen der o.a. Kontoauszüge senden, sondern es wird im Kontobuch vermerkt, dass nach Ablauf von 10 Jahren das Geld an die Zentralbank überwiesen wird, wenn es innerhalb dieser Zeitspanne nicht nachgesucht wurde".¹⁾

Die Prämienverteilung der Banken behandelt der § 32. Danach sind die Banken berechtigt, Werte durch Auslosung als Prämien zu verteilen, um den Sparsinn des Volkes zu fördern. Die Höhe und Verhältnisse der Werte, die durch Auslosung als Prämien von der Bank an die Inhaber eines Sparkontos verteilt werden dürfen und andere diesbezügliche Grundprinzipien werden vom Komitee zur Regelung von Bankkrediten nach Konsultation der Bankunion festgelegt.

"Die für die Teilnahme an der Auslosung erforderliche Mindesthöhe der Einlagen darf bei befristeten Einlagen höchstens 50% der unbefristeten Einlagen betragen".

Diese Vorschrift verleiht den Banken das Recht, an die Inhaber von Sparkonten Prämien zu verteilen, um den Sparwillen anzuregen. Aber hierbei sind die Einzelheiten der Prämienverteilung nicht im Bankgesetz geregelt; diese Aufgabe fällt vielmehr dem Komitee zur Regelung von Bankkrediten zu. Im Anschluss soll nun die Prämienverteilung der Banken in der Türkei en detail behandelt werden.

Anhang:

Die Prämienverteilung der Banken

Die alten Bankgesetze kannten das Instrument der Prämienverteilung der Banken nicht. Daher konnten die Banken nach eigenem Gutdünken die Prämienverteilungen regeln.

1936 wurden in der Türkei von der Türkischen Agrarbank zum ersten Mal Prämien im wert von 1.000 TL an 100 Personen verteilt. Die auf diese weise beginnende Prämienverteilung hat sich im Jahre 1954 so entwickelt, dass sich sowohl die Höhe als auch die Arten der verteilten Prämien" erheblich vermehrten. Die in diesem Jahr von dem Privatunternehmertum gegründete "Aufbau- und Kreditbank" förderte die Konkurrenz zwischen den Banken sehr, was zur Folge hatte, dass die Banken nunmehr in ihren Ziehungsplänen nicht nur Geldbeträge, sondern auch Wohnhäuser, möblierte Wohnungen und Grundstücke auszulosen begannen. Daneben erhöhten sich die Geldbeträge der Prämien immer mehr.

Die als Prämien verteilten Wohnhäuser, möblierten Wohnungen und die anderen Immobilienwerte fanden beim Publikum ganz besonders grossen Anklang. Für den Sparer war es besonders anziehend, dass der langersehnte Traum eines eigenen Heimes durch die Prämienverlosung auf einmal verwirklicht werden konnte.

Über das Für und wider von Prämienverteilungen durch die Banken ist in der Türkei oft debattiert worden. Schliesslich hat die Regierung durch das neue Bankgesetz diese Frage geregelt. In der Regierungserklärung zum betreffenden Paragraphen heisst es: "Es kann angenommen werden, dass die Prämienverteilung der Banken bei der Förderung des Sparsinnes eine nennenswerte Rolle spielt und die Vermehrung von Spareinlagen bei den Banken ermöglicht. Dagegen ist bedenklich, dass die Prämienverteilungen, hervorgerufen durch die Konkurrenz unter den Banken, eine derartige Gestalt annahmen, dass solche Auswüchse nicht mit den Funktionen von Kreditinstituten zu vereinbaren waren. Ferner verursachten die sich immer aus diesem Grunde erhöhenden Prämien die Teuerung der von den Banken eingeräumten Kredite".

Der Gesetzgeber setzte sich für eine begrenzte und zweckmässige Prämienverteilung in der Türkei ein, wobei er unterstellte, dass das gegenwärtige Prämienverteilungssystem einiger Verbesserungen bedürfe. "Die in unseren Banken eingelegten Depositengelder betragen durchschnittlich 500-700 TL. Für diese kleinen Summen bieten nun die Zinsen allein keinen genügend starken Anreiz zum Sparen. Es muss hierbei hervorgehoben werden, dass die Spar- und sonstigen Einlagen in den letzten 10 Jahren nicht nur der Zinsen, sondern vielfach der Prämien wegen zu den Banken gebracht wurden. Darüber hinaus möchten die Einleger - wegen mancher Eigenheiten unserer Wirtschaft - ihre Ersparnisse nicht als befristete Gelder einlegen. Dabei wurde festgestellt, dass es nunmehr notwendig sei, dass die Kontoinhaber ihre Gelder auf eine gewisse Dauer bei den Banken anlegen müssen, - die man für türkische Verhältnisse als lang bezeichnen kann -, um auch an der Prämienauslosung teilnehmen zu können".

Wie aus den vorstehenden Erläuterungen zu entnehmen ist, hält der Gesetzgeber eine Prämienverteilung bei Beseitigung des unlauteren Wettbewerbs und der Teuerung von Krediten für die Türkei als prinzipiell zweckmässig.

Welche Grundprinzipien die türkischen Banken in der Prämien-

verteilung 1959 zu berücksichtigen haben, wurde vom Komitee für die Regelung von Bankkrediten am 26.12.1958 festgelegt und im Amtsblatt Nr. 10 096 vom 30.12.1958 veröffentlicht. Eine Zusammenfassung des betreffenden Beschlusses entnehmen wir der "Wirtschafts-Rundschau".¹⁾

1. Höhe und Verhältnis der Prämien zur Förderung des Sparsinns:

- a) Den Banken, die Prämien verteilen wollen, wird ein gleichmässiger Plafond von je 500 000 TL zuerkannt.
- b) Darüber hinaus sind diese Banken berechtigt bis zu 6% ihrer vorhandenen Einlagen als Prämien zu verteilen.
- c) Bei der Berechnung dieser Einlagen wird der Stand per 30.9.1958 zu Grunde gelegt, worüber die Banken eine Zwischenbilanz aufzustellen haben.
- d) Es ist den Banken gestattet, die Prämiensumme entsprechend zu erhöhen, wenn die Höhe der Einlagen nach der quartalsmässigen Bilanz gestiegen ist.

2. Werte, die durch Auslosung als Prämien verteilt werden dürfen:

- a) Um den Sparsinn anzuregen, sind die Banken berechtigt, Geldbeträge, nicht möblierte Häuser, Wohnhäuser, Wohnungen, Grundstücke, Ausbildungskosten, Versicherungsrenten und ähnliche Werte zu verteilen.
- b) Der Gesamtwert der als Prämien zu verteilenden Immobilien darf 50% der jährlichen Prämien-Gesamtsumme nicht übersteigen.
- c) Den Kontoinhabern, die einen beweglichen oder unbeweglichen Wert als Prämie gewonnen haben, steht es frei, diesen in Natura oder dessen Gegenwert zu verlangen.

Die Banken sind berechtigt, bei der Eröffnung eines Sparkontos oder einer neuen Zahlstelle bzw. Niederlassung Ge-

1) Wirtschafts-Rundschau, Ankara. Namens der "İş Bankası". Herausgeber: Agetullah Üsküdarlı. Nov./Dez.1958, S.10

schenke oder Andenken aus Anlass der Eröffnung zu verteilen.

Darüber hinaus steht es den Banken frei, ausser ihrem Prämienplan bzw. Plafond, die alljährlich üblichen Geschenke, wie Taschenkalender, Bücher und Zeitschriften zu verteilen.

Die anfallenden Nachlass- und Übertragungssteuern der durch Prämie gewonnenen Geldbeträge bzw. beweglichen und unbeweglichen Güter haben die Begünstigten zu tragen. Die Banken dürfen diese Steuern auf keinen Fall übernehmen.

3. Die Zahl der Ziehungen und die Dauer der Einlage bei der Bank, die eine Ausloseberechtigung begründen:
 - a) Die Zahl der Ziehungen darf jährlich 6 nicht übersteigen. Eine Ausnahme bilden die Sonderverteilungen anlässlich neuer Filialeröffnungen. In diesem Falle werden die verteilten Werte vom jährlichen Fonds abgezogen.
 - b) Um auslosungsberechtigt zu sein, muss eine Einlage mindestens vom letzten Einzahlungstag ohne Unterbrechung auf dem Konto gestanden haben. Dieser letzte Einzahlungstag muss mindestens 60 Tage vor der Ziehung liegen und wird von der betreffenden Bank selbst bestimmt.
 - c) Die für die Teilnahme an der Auslosung erforderliche Mindesthöhe der Einlagen wird ebenfalls von der Bank selbst festgelegt. Diese darf aber bei befristeten Einlagen höchstens 50% der unbefristeten Einlagen betragen.
 - d) Die Banken sind verpflichtet, ihren mit dem Ziel zur Förderung des Sparsinns ausgearbeiteten Ziehungsplan sowie die diesbezüglichen Umänderungen mindestens 15 Tage vor der Veröffentlichung mit allen Details der Bank-Union einzusenden.

Nach der obigen über die Prämienverteilungsfragen der Banken gegebenen Übersicht setzen wir die Ausführungen über das Bankgesetz fort.

V. Die Disponibilität und die Rücklagen betreffende Vorschriften

Gemäss § 33/I haben die Banken ihren Verpflichtungen entsprechend eine Barreserve zu halten. Die Barreserve muss mindestens den vom "Komitee für die Regelung der Bankkredite" festzusetzenden Hundertsatz der Verpflichtungen ausmachen.

Ferner sind die türkischen Banken verpflichtet, ausser der oben genannten Barreserve eine zusätzliche Deckung zu bilden. Die Höhe derselben muss zwischen 10% und 20% der befristeten Einlagen und 20% und 25% der Sichteinlagen betragen.

Die Banken sind dazu angehalten, diese Gelder auf konto der Amortisations- und Kreditkasse¹⁾ bei der Zentralbank einzuzahlen. Zinsen von 3% und 4% werden für diese Gelder von der Kasse ausbezahlt.

Mit der Bildung der Barreserve bezweckt der Gesetzgeber die Beseitigung von Liquiditätsstörungen der Banken.

Neben den in § 466 des Handelsgesetzes und den in ihren eigenen Satzungen vorgeschriebenen Rücklagen sind die Banken durch § 35 verpflichtet, vom jährlichen Reingewinn noch weitere 5% zurückzulegen.

Die Verpflichtung zur Bildung von Rücklagen besteht solange, bis der Gesamtbetrag der Rücklagen die Höhe von 100% des Grundkapitals erreicht hat. Wenn Verluste eintreten, müssen neue Rücklagen gebildet werden.

Wie in dem ersten Absatz bereits erwähnt wurde, müssen die Banken, da sie Aktiengesellschaften sind, gemäss § 466 des Handelsgesetzes 5% der jährlichen Reingewinne als allgemeine Reserven solange zurücklegen, bis der Gesamtbetrag der Reserven 1/5 der Höhe des Kapitals erreicht hat.

In Praxi bilden die türkischen Banken ausser diesen gesetzlichen Rücklagen freiwillige Reserven. Dazu schreibt Zarakolu:²⁾

1) Die Kasse hat die Regelung des Staatsobligationsmarktes zur Aufgabe.

2) Zarakolu, Avni, a.a.O., S.42

"In der Tat neigen unsere Banken dazu, ausser den Rücklagen, die sie nach dem Handels- und Bankgesetz zurücklegen müssen, freiwillige und ausserordentliche Reserven zu halten, da sie jedes Jahr hohen Reingewinn erzielen. Oft werden diese freiwillig gebildeten Reserven dazu verwandt, dass das Verhältnis zwischen Spargeldern und Kapital der betreffenden Vorschrift entspricht" (vgl.S.40).

In § 36 ist vorgeschrieben, dass die Reserven, welche die Banken gem. § 35 dieses Gesetzes und § 466 des Handelsgesetzes bilden müssen, in Staatsobligationen anzulegen sind.

Das Kreditgeschäft der Banken betreffende Vorschriften

"Eine Bank darf nicht einer natürlichen oder juristischen Person einen Kredit in bar, in Form einer Sicherheit, Bürgschaft oder in irgend einer anderen Form in Höhe von mehr als 10% ihres Grundkapitals zuzüglich Reserven einräumen. Diese Grenze ist jedoch auf 25% für jene Kredite zu erhöhen, die an Industrie-, Bergbau-, Energiewirtschafts-, Transport- und Exportunternehmungen vergeben werden" (§ 38).

Für die genannten Unternehmen wurde die Höchstkreditgrenze deshalb auf 25% der eigenen Mittel der Banken erhöht, weil der Gesetzgeber ihrer überragenden Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gerecht werden wollte.

Die Höchstkreditgrenzen gelten nicht in folgenden Fällen:

- a) Die Banken können den an ihrem Kapital zu 25% beteiligten Unternehmungen ohne Beachtung dieser 10% bzw. 25%-Grenze Kredite einräumen. Voraussetzung ist jedoch, dass diese Industrie-, Bergbau-, Energiewirtschafts-, Transport- und Exportunternehmungen sind und den Kredit ausschliesslich für die Ausübung ihrer vorgeschriebenen Tätigkeit verwenden.
- b) Geschäfte mit dem Finanzministerium.
- c) Geschäfte, die sich auf Diskontierung von Schatzanweisungen beziehen, welche spätestens in zwei Jahren fällig werden.

d) Geschäfte zwischen den Banken.

e) Garantiebrieft, welche unter Gegengarantie der ausländischen Banken gegeben und vom Finanzministerium anerkannt werden.

Nach § 39 darf eine Bank an Unternehmungen, deren Kapital sie ganz oder teilweise aufgebracht hat sowie an natürliche oder juristische Personen auf der Grundlage der Bürgschaft eines solchen Unternehmens, Kredite nur bis zur Höhe von 20% des eingezahlten Kapitals zuzüglich der Reserven gewähren.

"Die Bestimmungen des § 38 bleiben hiervon unberührt", d.h. dass die Banken den Industrie-, Bergbau-, Energiewirtschafts-, Transport- und Exportunternehmungen, an denen sie mit mindestens 25% beteiligt sind, ohne Berücksichtigung des genannten Limits Kredite einräumen können. Es ist jedoch Bedingung, dass der Kredit ausschliesslich zur Verwirklichung der ihrem Geschäftszweck entsprechenden Ziele verwendet werden muss.

Nach § 40 dürfen die Banken keinesfalls von den Kreditnehmern mehr Zinsen erheben als nach den geltenden Gesetzen erlaubt ist.

Auf die Gestaltung der Zinssätze in der Türkei wird in einem späteren Abschnitt noch eingegangen werden.

"Mitgliedern des Verwaltungsrats und des geschäftsführenden Ausschusses, Generaldirektoren eines Kreditinstitutes sowie allen bei einer Bank tätigen Beamten und Angestellten sowie den Unternehmungen, an welchen die oben genannten Personen beteiligt sind, dürfen von derselben Bank keine Kredite gewährt werden.

Kredite und Vorschüsse an die Beamten und Angestellten, welche ein dreimonatiges Gehalt nicht übersteigen, fallen nicht unter den obigen Absatz" (§ 41).

Präsident, Mitglieder des Verwaltungsrats und die Prüfer sowie der Generaldirektor einer Bank dürfen nicht an einem Beschluss teilnehmen, auf Grund dessen von der Bank an die in § 245 des Gerichtsverfahren-Gesetzes genannten Verwandten dieser Per-

sonen Kredite gewährt werden.¹⁾

In § 44 sind die zur Kreditgewährung berechtigten Bankorgane stufenweise aufgezählt. Danach dürfen

- a) diejenigen Kredite, die einer natürlichen oder juristischen Person in bar, in Waren oder in Form von Garantien, Bürgschaften sowie irgend einer anderen Form eingeräumt werden, insgesamt 10% des eingezahlten Kapitals zuzüglich Reserven nicht überschreiten, müssen unter 150.000 TL liegen und werden - gemäss der Satzung und der Geschäftsordnung der Bank - von der Generaldirektion der Bank oder den Direktoren der Filialen gewährt;
- b) diejenigen Kredite, die mehr als 150.000 TL betragen, jedoch nicht 10% des eingezahlten Kapitals zuzüglich Reserven oder 750.000 TL überschreiten, werden auf schriftlichen Vorschlag des Generaldirektors der Bank und durch Beschluss des Kreditausschusses eingeräumt;
- c) diejenigen Kredite, deren Gesamthöhe 750.000 TL überschreitet, werden auf Beschluss des Verwaltungsrats und auf Grund eines schriftlichen Vorschlags des Generaldirektors der Banken gewährt.

Bei den offenen Krediteinräumungen sind folgende Organe zuständig:

- a) diejenigen Kredite, deren Gesamthöhe 25.000 TL nicht überschreitet, werden direkt von der Generaldirektion;
- b) diejenigen Kredite, deren Gesamthöhe zwischen 25.000 und 50.000 TL liegt, werden durch Beschluss des Kreditausschusses;
- c) diejenigen Kredite, deren Gesamthöhe 50.000 TL überschreitet, werden durch Beschluss des Verwaltungsrates eingeräumt.

1) Die in § 245 des Gerichtsverfahren-Gesetzes genannten Verwandten sind: Grossmutter und Grossvater, Mutter und Vater, Kinder, Enkelkinder, Schwiegereltern, Stiefkinder und Stiefenkelkinder, Schwiegersohn und Schwiegertochter, die Geschwister, Onkel und Tanten, Nichten und Neffen, Schwager und Schwägerinnen und die Adoptivkinder.

"Bei Einräumung von Krediten an eine natürliche oder juristische Person in bar, in Waren oder in Form von Garantien, Bürgschaften sowie in irgend einer anderen Form sind die Banken verpflichtet, von den Kreditnehmern die Offenlegung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu verlangen" (§ 46).

Ausnahmen sind vorgesehen für:

- a) Bankgeschäfte mit dem Staat und seinen Ämtern;
- b) diejenigen Kredite, deren Gesamthöhe unter 3.500 TL liegt;
- c) diejenigen Kredite, die gegen ein Pfand in Gold oder gegen Staatsanleihen sowie gegen zum Börsenhandel zugelassene Wertpapiere gewährt werden;
- d) diejenigen Kredite, welche von der Türkischen Landwirtschaftsbank nur Landwirten eingeräumt werden;
- e) diejenigen Kredite, welche gegen eine Grundsschuld eingeräumt werden.

Gründung, Aufgaben sowie die Befugnisse des Komitees regelt § 47.

Anhang:

Das Komitee für die Regelung von Bankkrediten

Das Komitee setzt sich aus 14 Mitgliedern zusammen, von denen 3 Mitglieder Minister sein müssen. Präsident des Komitees ist der Finanzminister, der in Abwesenheit vom Handelsminister vertreten wird. 8 Mitglieder des Komitees gehören verschiedenen Staatsbehörden an. Die restlichen 6 Mitglieder sind Repräsentanten von Banken, und zwar

- 4 Vertreter von den grossen Banken (die mehr als 5 Mill.TL Kapital zuzügl. Reserven haben)
- 1 Vertreter von den kleinen Banken (die weniger als 5 Mill.TL Kapital zuzügl. Reserven haben)
- 1 Vertreter von der Bank-Union.

Da die überwiegende Zahl der zu den Grossbanken gehörenden Mitgliedern von Staatsbankvertretern gestellt wird, hat die Regierung im Komitee eine entscheidende Mehrheit.

Es muss hier aber erwähnt werden, dass die Beschlüsse des Komitees erst dann Gültigkeit erlangen, wenn sie vom Minister-rat bestätigt werden.

Die Ziele des Komitees sind in § 47 genannt. Das Komitee hat zwei verschiedene Aufgaben:

1. Das Komitee muss über folgendes beschliessen:

Die Verteilung der Kapitalanlagen der Banken an die Wirtschaftszweige soll sich lt. Beschluss quantitativ derart gestalten, dass sie dem wirtschaftlichen Bedarf des Landes entspricht.

2. Bei den im folgenden behandelten Fragen, die den zweiten Aufgabenkreis des Komitees umfassen, wird das Komitee von der Regierung beraten.

- a) Die Durchführung des Bankgesetzes betreffende Probleme.
- b) Die Bankkredite betreffende Probleme.

Das Komitee hat ausser den o.a. Aufgaben auch noch andere zu erfüllen, die ihm in anderen Paragraphen des Bankgesetzes zugewiesen sind.

Das Komitee ist befugt, von den staatlichen Behörden, Banken usw. Auskünfte zu verlangen. Die betr. Institute müssen sachliche Aufklärungen sowie Unterlagen zur Verfügung stellen.

Wie aus den obigen Erläuterungen zu ersehen ist, hat das Komitee die Aufgabe, die von den Banken gewährten Kredite nach ihrem volkswirtschaftlichen Bedarf und der wirtschaftlichen Situation des Landes entsprechend quantitativ zu regulieren sowie sie auf die Wirtschaftszweige zweckmässig zu verteilen.

Es ist offenkundig, dass die Türkei eines fachkundigen technischen und besonders unabhängigen Komitees zur Regelung von Bankkrediten bedarf, von dem aus die Investitionen planmässig und politisch unbeeinflusst getätigt werden. Wie bereits er-

wähnt, sind in strenger Anlehnung an § 47 mehr als $\frac{2}{3}$ der Komitee-Mitglieder Regierungsbeamte. Auf Grund dieser Tatsache kann wohl behauptet werden, dass das Komitee durch diese Struktur vom Staat nicht unabhängig sein kann und die weitere Folge ist, dass bezweifelt werden muss, ob die vom Komitee gefassten Beschlüsse immer von Nutzen für die gegenwärtige Wirtschaftslage des Landes sind.

Von allgemeinem Nutzen wäre es, wenn die Hälfte der Mitglieder des Komitees aus fachkundigen und unabhängigen Vertretern der Wissenschaft und des Geschäftslebens bestehen würde.

Nach der obigen über das Komitee für die Regelung von Bankkrediten gegebenen Übersicht setzen wir unsere Ausführungen über das Bankgesetz fort.

VII. Die Beteiligungen der Banken betreffende Vorschriften¹⁾

Die Banken dürfen sich an Unternehmungen mit einem Betrag beteiligen, der insgesamt 10% ihres eingezahlten Kapitals zuzüglich Rücklagen, nicht überschreiten darf.

Ausnahmen bestehen hier für Beteiligungen an Industrie-, Energie-, Transport-, Export- und Bauunternehmungen. Den Banken steht das Recht zu, sich an den o.a. Unternehmungen mit mehr als 10% ihres Kapitals zuzüglich Reserven zu beteiligen.

Die von einer Bank ausgegebenen Aktien dürfen nicht als Eigentum oder Pfand von denjenigen Unternehmungen erworben werden, deren Kapitalteile zu 20% von der betreffenden Bank aufgebracht worden sind.

§ 49 untersagt den Banken, Waren zu kaufen und zu verkaufen. Dagegen dürfen sie am internationalen Goldverkehr teilnehmen.

1) Geregelt in den §§ 48-50

Dieser Paragraph soll verhindern, dass die Banken Depositengelder sowie andere Barmittel für wesensfremde oder eigennützige Interessen verwenden.

"Mit dem Zweck Handel zu treiben, dürfen die Banken sich mit dem Erwerb sowie der Veräusserung von Immobilien nicht befassen. Ferner dürfen sie keine Kredite gegen Einräumung einer Grundschuld gewähren" (§ 50).

Ausnahmen bestehen aber.

"Mit dieser Vorschrift wird bezweckt, einerseits die Liquiditätsstörungen der Banken und andererseits ihre Grundstücksspekulationen in den Städten zu verhindern".¹⁾

In der Türkei räumen folgende Banken Hypothekarkredite ein:

- a) Die Istanbuler Vertrauenskasse.
- b) Die Banken, denen gemäss den für sie geschaffenen Gesetzen die Einräumung von hypothekarisch gesicherten Krediten genehmigt ist, so der Türkischen Agrarbank, der Türkischen Immobilien- und Kreditbank und der Bank der Städte.
- c) Die ausländischen Niederlassungen türkischer Banken.

Gemäss § 50/IV steht den Banken das Recht zu, begrenzt Immobilien zu erwerben. Die Bedingungen dafür müssen vom Komitee für die Regelung von Bankkrediten festgelegt werden. Welche Grundprinzipien die türkischen Banken beim Erwerb von Immobilien zu berücksichtigen haben, wurde vom Komitee für die Regelung von Bankkrediten festgelegt und im Amtsblatt Nr. 10 213 vom 15.5.1959 veröffentlicht. Eine Zusammenfassung des betreffenden Beschlusses entnehmen wir der Wirtschafts-Rundschau.²⁾

- 1. Die Buchwertsumme der in einem Ort befindlichen Immobilien, die Eigentum einer bestimmten Bank bzw. Bank-

1) Erem, Faruk, a.a.O., S.28

2) Wirtschafts-Rundschau, a.a.O., Mai/Juni 1959, S.6 f.

niederlassung sind, darf das vorhandene oder vorgesehene Kapital dieser Bank bzw. Niederlassung nicht übersteigen.

Sollte der gesamte Buchwert am Veröffentlichungstage des Beschlusses das Kapital der betreffenden Bank bzw. Niederlassung übersteigen, so muss dieser dem Kapital angepasst werden. Ferner sind die Banken verpflichtet, das Kapital entsprechend zu erhöhen, falls sie nachträglich etwas bauen, erwerben oder vorhandene Immobilien erweitern sollten.

2. Den Banken steht im Rahmen des Bankgesetzes das Recht zu, ausser den Gebäuden für die Generaldirektion (Hauptverwaltung) und die Filialen für nachstehende Zwecke Immobilien zu erwerben:
 - a) neuzueröffnende Filialen,
 - b) Archive und Druckereien,
 - c) Lagerhäuser zur Aufbewahrung der als Sicherheit dienenden und sonstigen Güter,
 - d) das zur kulturellen und beruflichen Ausbildung des Bankpersonals bestimmte Kursus-Gebäude,
 - e) als Hospital, Ruhestätte, Speiseraum und Dienstwohnung des Bankpersonals verwendete Gebäude,
 - f) solche Gebäude, die zur Förderung des Sparsinns an die Inhaber der Sparkonten verteilt werden.

Eine anderweitige Verwendung oben genannter Gebäude ist nicht gestattet. Mit Genehmigung des Komitees zur Regelung von Bankkrediten dürfen jedoch Gebäude, die nicht einem der vorstehenden Zwecke dienen, ein bis drei Jahre lang von den Banken behalten werden.

3. Die Bestimmungen der auf Grund spezieller Gesetze gegründeten Banken bleiben hiervon unberührt.

VIII. Die Bilanzen betreffende Vorschriften

Der § 51 verpflichtet die Banken, ihre Zwischenbilanzen (je Quartal) und Jahresbilanzen nebst Gewinn- und Verlustrechnungen in der vom Finanzminister vorgeschriebenen Form aufzustellen. Die Beteiligungen der Banken und die Kredit-einträumung an Unternehmungen, an denen die Bank selbst beteiligt ist, muss in den Zwischen- und Jahresbilanzen bei den einzelnen Posten ausgewiesen werden.

Die auf diese Weise aufgestellten Zwischenbilanzen, Jahresbilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen müssen von den Banken dem Finanzminister, handelsminister und der Zentralbank vorgelegt sowie durch das Amtsblatt und in einer Tageszeitung veröffentlicht werden.

Ferner müssen die Banken am Ende eines jeden Monats einen Monatsausweis aufstellen, in dem Gattung und Höhe der aufgenommenen Depositengelder und die eingeräumten Kredite ausgewiesen sind.

"Die von ausländischen Banken in der Türkei unterhaltenen Niederlassungen unterliegen ebenfalls der obigen Vorschrift".

"Die Banken müssen ihre Zwischenbilanzen, Jahresbilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen in türkischen Pfund aufstellen".

IX. Die Bankaufsicht betreffende und sonstige Vorschriften

Im Bankgesetz ist ferner die Gründung einer Bank-Union in der Türkei vorgeschrieben. Bis dahin hatte in der Türkei keine Bank-Union bestanden. Diese neue Einrichtung, die für das türkische Bankwesen von besonderer Bedeutung ist, werden wir am Ende dieses Abschnitts eingehend behandeln.

Die Banken können nach § 59 einen Teil ihres Kapitals im Ausland anlegen. Das im Ausland angelegte Kapital darf den

vom Finanzminister festgesetzten Hundertsatz des Gesamtkapitals nicht überschreiten.

"Die in der Türkei tätigen ausländischen Banken dürfen ihre für die Türkei bestimmten Kapitalteile, die einheimischen Banken die Depositengelder ohne Genehmigung des Finanzministers nicht im Ausland anlegen, sowie mit diesen Geldern zum türkischen Börsenhandel nicht zugelassene Wertpapiere nicht kaufen".

Die §§ 60, 61 und 62 dieses Abschnitts regeln die Frage der Bankenaufsicht.

Der § 60 gibt der Regierung die Möglichkeit auf die Bankenaufsicht einzuwirken. Danach gilt: wenn von den vereidigten Aufsichtsbeamten festgestellt wird, dass eine Bank derart in finanzielle Schwierigkeiten gerät, dass sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, so ist der Finanzminister hierbei auf Grund der vom Ministerrat eingeholten Vollmacht berechtigt, den Verwaltungsrat zu suspendieren und statt dessen einen neuen vorübergehenden Verwaltungsrat zu ernennen.

Für das türkische Bankwesen ist diese Vorschrift eine Neuheit. Die alten Bankgesetze sahen keine solchen Massnahmen vor. Die Suspendierung des Verwaltungsrats und die Bestellung eines neuen vorübergehenden Verwaltungsrats vom Finanzminister steht den §§ 312 und 316 des türkischen Handelsgesetzes entgegen. Hiernach ist bei der Aktiengesellschaft die Hauptversammlung berechtigt, den Verwaltungsrat zu wählen sowie abzurufen.

Der Grundgedanke dieser Vorschrift ist, dass die im Kredit- und Bankwesen zutagegetretenen Mißstände von Regierungsseite verhindert werden und dadurch die elementarsten Interessen des Volkes geschützt werden sollen. Es erhebt sich hier jedoch die Frage, ob die Führung der Bank durch das Finanzministerium volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist, das dabei ja auch eine grosse finanzielle Verantwortung übernimmt,

zumal die Banken doch schliesslich Privatunternehmungen sind.

In diesem Zusammenhang soll auf eine Lücke im Gesetz verwiesen werden. Nach § 60 muss erst einmal festgestellt werden, dass die Bank ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Was ist dabei nun das Kriterium? Falls eine Bank finanzielle Schwierigkeiten hat, an welchen Kriterien sollen die vereidigten Aufsichtsbeamten feststellen, ob die finanziellen Schwierigkeiten wirklich die Ursache dafür sind, dass die Bank ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann? Verständlicherweise fehlen hierbei die objektiven Kriterien.

"Die von dem Finanzminister ernannten vereidigten Aufsichtsbeamten überwachen die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes sowie der anderen Gesetze, die die Kreditinstitute betreffenden Vorschriften beinhalten. Die vereidigten Aufsichtsbeamten sind befugt, von den Banken und den an ihr Beteiligten erforderlich erscheinende sachliche Aufklärungen und Unterlagen zu verlangen, Auskünfte über alle Geschäftsangelegenheiten anzufordern sowie alle Prüfungen vorzunehmen" (§ 61/I).

"Die Banken, ihre Beteiligten sowie die Staatsstellen, das Komitee zur Regelung von Bankkrediten, Bank-Union und dgl. Einrichtungen müssen die zur Prüfung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stellen" (§ 61/III).

"Der Finanzminister kann in bestimmten Fällen Sonderaufsichtsbeamte ernennen. Die Sonderaufsichtsbeamten haben die Aufgabe, alle Geschäftsangelegenheiten sowie alle Unterlagen der der Beaufsichtigung unterliegenden Kreditinstitute zu prüfen und dem Verwaltungsrat sowie den Liquidatoren die Massnahmen zu empfehlen, welche zur Unterstützung der Rechte und Interessen der Bankeinleger getroffen werden sollen. Ferner sollen sie auch dem Finanzminister einen Bericht einreichen, in dem die oben genannten Empfehlungen zur Unterstützung der Rechte und Interessen der Bankeinleger aufgeführt sind" (§ 62).

Vom Finanzminister werden Sonderaufsichtsbeamte für Banken eingesetzt:

- a) denen die Erlaubnis zur Annahme von Depositengeldern entzogen worden ist;
- b) welche in derart finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, dass sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können;
- c) welchen die Fortführung des Geschäftsbetriebes durch gerichtliches Urteil für immer oder vorübergehend untersagt wurde;
- d) welche durch die Beschlüsse der Hauptversammlung oder aus irgend einem anderen Grunde liquidiert werden.

Bevor wir diesen Abschnitt beenden, möchten wir die gem. § 57 errichtete Bank-Union näher erläutern.

Anhang:

Die Bank-Union

Das neue Bankgesetz sieht die Errichtung einer Bank-Union vor. Alle in der Türkei tätigen Banken müssen im Laufe von 6 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes als Mitglied dem Verband beitreten. Darüber hinaus sind die Banken verpflichtet, die Vorschriften der Unionssatzung einzuhalten und die Beschlüsse der Union durchzuführen. § 57 besagt, dass eine Satzung für die Bank-Union vom Ministerrat zu erlassen ist, die vom Finanzminister in Zusammenarbeit mit dem Handelsminister sowie der ~~Landes~~ Zentralbank aufgestellt werden soll.

Die betr. Satzung wurde im Amtsblatt Nr. 10 027 vom 8.10.1958 veröffentlicht. Aus der Satzung interessieren hier folgende 5 Punkte:

1. Die Gründung der Union:

Die Bank-Union ist unter dem Titel "Bank-Union" und mit der Rechtsfähigkeit einer juristischen Person errichtet. Der Hauptsitz der Union ist Ankara. Sie ist jedoch befugt, eine Organisation in der Türkei aufzubauen.

Alle in der Türkei tätigen Banken sind verpflichtet, der Bank-Union als Mitglied beizutreten, die Vorschriften der Unions-satzung einzuhalten und deren Beschlüsse durchzuführen.

2. Ziel der Union:

Ziel der Union ist, das Bankgewerbe im allgemeinen zu fördern, die Solidarität der Banken zu pflegen und den unlauteren Wettbewerb unter den Banken zu verhindern, Massnahmen zu treffen, Beschlüsse zu fassen und durchzuführen.

Die Union wird ihr Ziel verwirklichen durch:

- a) Entwicklung und Aufbau des Bankwesens sowie des Bankbeamten-tums in der Türkei;
- b) Erzielung einer Zusammenarbeit zwischen den Banken und Ver-hinderung des unlauteren Wettbewerbs;
- c) Vertretung der türkischen Banken im Ausland;
- d) Beratende Unterstützung der Staatsstellen und Behörden in Bankfragen und bankmässigen Angelegenheiten;
- e) Bemühungen um die Entwicklung des nationalen Sparsinnes und Ausarbeitung entsprechender Vorschläge für die in Fra-ge kommenden Stellen;
- f) schiedsrichterliche Tätigkeit oder Vorschlag eines Schieds-richters, wenn es zwischen Banken zu Streitigkeiten kommt;
- g) die Erfüllung aller anderen Aufgaben, die der Bank-Union im Bankgesetz auferlegt sind.

3. Die Vertretung der Banken:

Die Banken werden in der Union durch ihre Generaldirektoren bzw. durch andere gleichberechtigte Personen vertreten.

4. Organisation der Union:

Die Union hat zwei Organe:

a) Hauptversammlung:

Die Hauptversammlung setzt sich aus den Vertretern der Banken zusammen. Die Stimmberechtigung jeder Bank in der Hauptversammlung hängt von der Summe ihres eingezahlten Kapitals zuzüglich ihrer Reserven und Einlagen ab, und zwar wie folgt:

<u>Summe des eingezahlten Kapitals</u> <u>zuzügl. Reserven und Einlagen</u>	<u>Anzahl der Stimmen</u>
Bis einschliessl. 10 Mill. TL	1
" " " 50 Mill. TL	2
" " " 100 Mill. TL	3
" " " 250 Mill. TL	5
" " " 500 Mill. TL	7
" " " 1 Milliarde TL	10
Über 1 Milliarde TL	15

b) Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen, und zwar aus drei Vertretern der auf Grund spezieller Gesetze gegründeten Banken, zwei Vertretern der Gruppe der Banken, deren Kapital, Reserven und Einlagen eine Summe von über 10 Mill. TL erreichen und einem Vertreter der Gruppe, deren Kapital unter der vorgenannten Summe liegt. Das siebente Mitglied und der Präsident des Rates ist der Generaldirektor der Zentralbank der türkischen Republik. Im Falle seiner Abwesenheit wählt der Rat eines der Mitglieder zum Präsidenten.

5. Einnahmequellen der Union:

Die Ausgaben der Union werden von den Eintritts- und Jahresbeiträgen bestritten.

Damit sind die wichtigsten Bestimmungen des Bankgesetzes wiedergegeben worden. Abschliessend sei nur noch kurz erwähnt, dass der letzte Abschnitt des Bankgesetzes die Zwangsmittel und Strafen regelt, mit denen die Durchführung dieses Gesetzes und der Verfügungen, die von den zuständigen Behörden innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse getroffen werden, durchgesetzt werden soll.

C. Der Zinsfuss in der Türkei

Zur Regelung des Zinsfusses wurde zum ersten Mal im Jahre 1852 ein Gesetz erlassen. Damals war der Staat gezwungen, den Zinsfuss gesetzlich zu regeln, um die minderbemittelten Schichten bei den besonders für den Konsum bestimmten Darlehen vor der Ausbeutung durch wucherer zu schützen. Dieses Gesetz erlaubte den Geldverleihern bis zu 12% Zinsen zu erheben.

Zum gleichen Zweck wurden im Laufe der Zeit noch zwei Gesetze im Jahre 1864 und 1887 erlassen. Durch sie wurde bestimmt, dass bei gewerblichen- und Handelsdarlehen bis 9% Zinsen erhoben werden durften.

Heute wird in der Türkei die Zinsfrage durch das Darlehensgesetz Nr.2279 vom 11.6.1933 geregelt. Es hat zwei Änderungen in der Zwischenzeit erfahren. Am 26.5.1938 wurden unter der Nr. 3399 verschiedene Paragraphen geändert. Eine weitere Änderung erfolgte im Jahre 1951 mit dem Gesetz Nr. 5841. In dem ursprünglichen Darlehensgesetz wurde der Zinsfuss für Zinsanlagen und Ausleihungen genau festgesetzt, konnte jedoch nach beiderseits getroffenen Vereinbarungen erhöht werden.

Heute ist durch das Darlehensgesetz (s.u.) bestimmt, wieviel Prozent Zins die Banken ihren Kunden gewähren und wieviel Prozent sie für gewährte Kredite verlangen dürfen:

I. Depositen

	<u>Habenzinsen</u>
Täglich fällig - bis 3 Monate befristet	2 1/2%
Von 3 Monaten bis 6 Monaten befristet	2 3/4%
Von 6 Monaten bis 1 Jahr befristet	3%
Für 1 Jahr befristet	3 1/2%
Für 1 1/2 Jahr und noch länger befristet	4%

II. Darlehen

	<u>Sollzinsen</u>
Darlehen gegen Pfand	7%
Ungedeckte Kredite	9%

Diese für Darlehen zu zahlende Zinssätze sind Höchstsätze. Selbstverständlich dürfen die Banken diese unterbieten. In praxi verlangen aber unsere Banken immer die Höchstsätze. Sie versuchen sogar auf indirektem Wege ihren Zinsertrag durch zusätzliche Spesenberechnung unberechtigterweise zu erhöhen.

Dieses Geschäftsgebaren führte zu Beschwerden von Seiten des Bankpublikums, worauf sich das Handelsministerium am 7.5.1956 zu einem Erlass veranlasst sah, in welchem es heisst, dass die nicht nachweisbare Inrechnungstellung von Spesen gegen das Gesetz verstosse und ab sofort zu unterlassen sei.

Die gleiche Zwecksetzung führte zu einer entsprechenden Formulierung des § 40 des neuen Bankgesetzes.

In diesem Zusammenhang ist ferner darauf hinzuweisen, dass das türkische Einkommensteuergesetz Nr. 5421 eine Begünstigung für Bankeinlagen - ausser den durchlaufenden Krediten - dergestalt gewährt, dass jährliche Zinseinnahmen bis zu 200 TL steuerfrei sind. Der über 200 TL liegende Betrag wird mit 15% versteuert.

D. Das Handelsrecht und das Recht der Schuldverhältnisse in ihrer Beziehung zum Bankgesetz

Das Bankgesetz enthält nur die grundlegenden Vorschriften über Gründung, Tätigkeit, Geschäfte und Aufsicht der Banken. Es ist daher nicht seine Aufgabe, für sämtliche Bankfragen gesetzliche Regelungen zu geben. Der Gesetzgeber erwähnt deshalb im zweiten Absatz des § 1 des Bankgesetzes: "... wenn keine Regelung in diesem Gesetz getroffen ist, so finden die das Bankrecht und die Bankgeschäfte betreffenden sonstigen Vorschriften Anwendung". Für das Bankgewerbe gilt also als erstes subsidiäres Recht das Handelsrecht. Nach § 12 des Handelsgesetzes sind die Bankgeschäfte Handelsgeschäfte. Die Banken sind deshalb auch Handelsunternehmungen.

Auf Grund dessen unterliegen die Banken auch den Vorschriften des Handelsgesetzes, da sie einerseits handelstreibende juristische Personen sind, andererseits als handelsrechtliche Unternehmungsform die Rechtsform der Aktiengesellschaft haben.

Bei den Erläuterungen zum Bankgesetz ist dort, wo es von Interesse erschien, das Handelsgesetz erwähnt worden, um die zweiseitige Rechtseinordnung der Banken - Bankgesetz/Handelsgesetz - aufzuzeigen.

Die anderen Gesetze, die subsidiär neben dem Handelsgesetz Anwendung finden sind das BGB, das Recht der Schuldverhältnisse und das Darlehensgesetz.

Vierter Teil

DIE TÜRKISCHEN BANKBETRIEBE

In diesem letzten Teil werden die bedeutendsten Privat- und Staatsbanken der Türkei behandelt.

Bei der Erläuterung der geschichtlichen Entwicklung des türkischen Bankwesens, wie auch in den Teilen II und III, erwähnten wir bereits gelegentlich die Eigenschaften, Besonderheiten sowie die Entwicklung unseres Bankwesens.

Im 19. Jahrhundert als sich das Bankwesen in Europa auf einer bereits beachtlichen Entwicklungsstufe befand, wurde erst der Grundstein zum türkischen Bankwesen gelegt. Der durch die maschinellen Produktionsmethoden in Europa beginnenden Industrialisierung vermochte das Osmanische Reich in keiner Weise zu folgen. Das Land war in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben und hatte keinen Bedarf an Institutionen, durch die Kredite gewährt werden konnten.

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im türkischen Reich gegründeten ausländischen Banken dienten nicht dem türkischen Wirtschaftsleben, sondern nur der Erfüllung ihrer eigenen Interessen, und - erst sekundär - der Versorgung des türkischen Staates mit Geld.

Im eigentlichen Sinne kann erst nach der Gründung der Türkischen Republik - etwa seit 1923 - von einem türkischen Bankwesen die Rede sein. Die ersten Jahre der Republik verliefen für das Bankwesen ruhig. wie bereits vielfach erwähnt, war das Privatunternehmertum zunächst nicht in der Lage, Banken zu gründen. Die Kapitalarmut und die wirtschaftliche Anarchie, Unstabilität sowie Unsicherheit der letzten Jahre des Osmanischen Reiches liessen ein risikofreudiges Unternehmertum nicht aufkommen.

Nach der Enttäuschung über den geringen Erfolg der Privatinitiative nahm der Staat ab 1934 die Schaffung der für die

Industrialisierung des Landes wichtigen Industrien selbst in die Hand, da er glaubte, dass die Industrialisierung der Türkei nur auf diesem Wege möglich sei. Er hatte neben den staatlichen Unternehmungen auch mit grossem Kapitalaufwand die Staatsbanken gegründet, die die Finanzierung und Kreditversorgung der Staatlichen Unternehmungen zur Aufgabe hatten. Ausserdem sollten sie für evtl. Gründungen ähnlicher Privatunternehmen als Vorbild dienen.

In dieser Periode wurden die wichtigsten und grössten Staatsbanken gegründet und einige bereits vorhandene Institute neu gestaltet.

Die dritte Phase des türkischen Bankwesens beginnt nach dem Zweiten Weltkrieg. Das türkische Bankwesen dieser Periode kann als Erfolg der Aktivität des Privatunternehmertums bei der Gründung von Banken angesprochen werden. Nach dem Kriege wurden in der Türkei zahlreiche Kreditinstitute gegründet, die in der Wirtschaftsgeschichte des Landes wahrscheinlich nie in so kurzer Zeit errichtet worden waren. Ende 1957 gab es 59 Banken, davon 6 ausländische Banken mit rd. 1 500 Niederlassungen, deren eingezahltes Kapital und Reserven insges. 1,92 Milliarden TL betrug. Bei dieser Summe muss aber berücksichtigt werden, dass $\frac{3}{4}$ der obigen Summe den Staatsbanken gehörte. Dagegen betrug das Gesamtkapital einschliesslich Reserven der in der Türkei tätigen Banken 1933 insgesamt nur 115,7 Mill. TL.¹⁾

Das eingezahlte Kapital einschliesslich Reserven der heute in der Türkei tätigen ausländischen Banken beträgt insgesamt 33,7 Mill. TL.²⁾

Parallel zu dieser Entwicklung ist auf jedem Sektor der Banktätigkeit ein ständiges Anwachsen der Geschäfte festzustellen.

Aus der untenstehenden Tabelle sind die Bankeinlagen von 1946-1958 zu ersehen.³⁾

Zarakolu, Avni, a.a.O., S.118

Jahresbilanzen der betr.Banken für das Jahr 1958

Quelle: Monthly Bulletin of Statistics, Oct.1959, Ankara,S.19

(in Mill. TL)

B a n k e i n l a g e n

Jahr	Spareinlagen		Sonstige Einlagen		Befristete Einlagen	Inge- samt	Inse- samt	Gesamteinlagen
	Sicht- einlagen	Befristete Einlagen	Inge- samt	Sicht- einlagen				
1946	226,0	72,9	298,9	423,8	27,7	451,5		750,4
1948	324,7	106,2	430,9	531,6	38,5	570,1		1001,0
1950	448,9	127,1	576,0	557,1	97,0	654,1		1230,1
1952	769,4	107,4	876,8	1090,9	284,7	1375,6		2252,4
1954	1284,6	125,7	1410,3	1479,9	474,7	1954,6		3364,9
1956	2025,9	227,8	2253,7	2026,9	636,4	2663,3		4917,0
1958	2988,5	365,3	3353,8	2546,5	800,4	3346,9		6700,7

Bei Prüfung der Tabelle fällt sofort auf, dass die Sichteinlagen einen bedeutend grösseren Umfang erreichen als die befristeten Einlagen. 17,3% der Bankeinlagen vom Jahre 1958 sind befristete, die übrigen 82,7% sind Sichteinlagen.

Über die Gründe dieser Situation, die die Besonderheiten des Bankwesens in der Türkei erklärt, ist bereits sehr viel publiziert worden. Nach unserer Meinung können untenstehende Punkte als Grund angegeben werden:

- a) Die dauernde Abwertung des Geldes zwingt die Sparer, ihre Gelder in Gold, Immobilien sowie sonstigen Werten anzulegen. In einer bestimmten Zeitspanne von einer Bank an den Kunden gezahlte Zinsen sind nicht mehr als die Abwertung der gleichen Summe Geldes in der gleichen Zeitspanne. Die Entwicklung der Preisindices¹⁾ kann zur Rechtfertigung dieser Überlegung herangezogen werden. Die Sparer legen daher ihre Gelder nur vorübergehend auf die Bank, da sie bei nächster Gelegenheit ihre Einzahlungen zurücknehmen wollen, um sie an anderer Stelle gewinnbringend anzulegen.
- b) Auch die Prämienverteilung der Banken spielt dabei eine Rolle: Zwar muss, um bei der Prämienverteilung auslosungsberechtigt zu sein, eine Einlage mindestens 60 Tage ohne Unterbrechung auf dem Konto gehalten worden sein. In praxi wird jedoch das Geld sofort nach der Ziehung von der Bank abgehoben und in eine andere Bank eingelegt. Damit wird bezweckt, auch an der Auslosung bei dieser Bank teilzunehmen. Von den Banken festgesetzte unterschiedliche und "zweckmässige" Ziehungsdaten erleichtern und fördern sogar diese Situation, indem die Gelder von einer Bank zur anderen Bank übertragen werden können. Dagegen fällt aber vielmehr ins Gewicht, dass die Prämienverteilung der Banken in den letzten Jahren sehr positiv auf die Belebung des Sparwesens wirkte .

1) Siehe S.79 und S.82

c) Die auf der Bank angelegten Gelder sind echte Spargelder, weil sie durch Konsumverzicht aufgebracht werden. Die minder- bemittelten Familien, die in unserem Land die Mehrheit bilden, sehen sich unter den herrschenden Lebensbedingungen gezwungen, für unvorhergesehene oder ausserordentliche Anlässe über etwas Geld zu verfügen. Sie können z.B. die Ausgaben, die bei Todesfällen, Geburten, Heirat usw. zu leisten sind, kaum aus dem laufenden Einkommen aufbringen. Die für diese Zwecke gesparten Gelder werden verständlicherweise als Sichteinlage (nach türkischem Bankrecht) in der Bank angelegt. Die Notwendigkeit des Sparens für Geldausgaben dieser Art ist unter Berücksichtigung der ungenügenden sozialen Leistungen des Staates leicht verständlich.

Werner Uhrenbacher behauptet, dass die türkische Bevölkerung das anonyme Bankwesen und -gebaren scheut.¹⁾

Nach unserer Meinung muss diese Behauptung bestritten werden. Die oben aufgeführte Tabelle, die die rasche Zunahme der Depositengelder in den Banken zeigt, beweist, dass sich die Bevölkerung der heutigen Türkei an eine disziplinierte Bankorganisation durchaus gewöhnt hat. Dagegen kann gesagt werden, dass die Bevölkerung nichts spart oder an das Sparen nicht gewohnt ist. Über die geringe Kapitalbildung der nahöstlichen Länder schreibt H.L. Kaster in einem Bericht:²⁾ "Zu der Frage nach dem Umfang der Kapitalbildung ist zu sagen, dass ganz allgemein weniger als 5% im Durchschnitt vom Volkseinkommen überhaupt zu einer Anlage in in irgend einer Form verwendet werden, d.h. also, weniger als ein Drittel von dem, was in westlichen Ländern zurückgelegt wird. Genaue Angaben liegen jedoch für kein Land vor. Die vorhandenen Statistiken sind in den weitaus meisten Fällen kaum geeignet, exakte Angaben zu vermitteln. Die Weltbank hat in einer Denkschrift über die Türkei einmal die genannte Zahl angegeben; sie beruht auf Schätzungen, dürfte aber eine

1) Uhrenbacher, Werner: "Türkei, ein wirtschaftliches Handbuch", Erich Schmidt-Verlag, ohne Erscheinungsort und Jahr, S.21

2) H.L. Kaster: "Das Bank- und Finanzwesen im nahen Osten" (Volks- wirt), 12.Jhg., Nr.2, S.69 ff., Frankfurt/M., 11.1.1958

gewisse Allgemeingültigkeit haben".

Die niedrige Sparquote ist oft das Diskussionsthema unserer Wissenschaftler gewesen. Dabei wurde einerseits die Meinung vertreten, dass bei einem so niedrigen Volkseinkommen¹⁾ eine Ersparnis überhaupt nicht möglich sei. Andere behaupteten dagegen, dass diese doch möglich sei, wenn sich ein gewisser Sparwille im Volk zeige. Hierzu möchte ich nur bemerken, dass sich die Unstabilität unseres Geldes auf die Sparneigung stets sehr negativ ausgewirkt hat.

Im folgenden soll ein Überblick über die von den Banken im Jahre 1946-1958 gewährten Kredite gegeben werden. Bei diesen ist eine parallellaufende Entwicklung zu den Bankeinlagen festzustellen. Die untenstehende Tabelle führt die Kredite nach der Schuldnerseite auf,²⁾ (Siehe Seite 70).

Die 1958 von den Banken gewährten 9.557 Mill. TL Kredite setzen sich wie folgt zusammen:³⁾

Kreditarten	in % der Gesamtkredite
Kredite in laufender Rechnung	52,2
Vorschüsse	7,3
Wechselkredite	9,3
Hypothekarkredite	5,8
Agrarkredite	22,7
Kredite für Industrie	2,7
Insges.	100,0
=====	=====

Nach diesen allgemeinen Erläuterungen sollen nun die bedeutendsten Bankbetriebe behandelt werden. Der erste Abschnitt befasst sich mit der Zentralbank der türkischen Republik, der zweite mit den öffentlichen Bankbetrieben und der dritte Abschnitt bringt eine Betrachtung über die privaten Wirtschaftsbanken.

) Nettovolkseinkommen "nach Preisfaktor 1948" 17.102.100.000 TL (1958), d.h. 670 TL/Kopf der Bevölkerung.

) Monthly Bulletin of Statistics (Republic of Turkey Central Statistical Office), No.68, Okt.1959, Ankara, S.19

) Ebenda

(in Millionen Tlf)

Jahre	1946	1948	1950	1952	1954	1956	1958
<u>Handelskredite</u>							
Kredite in laufender Rechn.	464,2	721,4	876,0	1296,7	2201,6	3449,6	4992,0
Vorschüsse	36,2	57,4	92,6	114,1	199,2	382,1	701,0
Wechselkredite	64,7	111,8	120,9	329,3	498,9	656,8	889,8
Insgesamt	565,1	890,6	1089,5	1740,1	2899,7	4488,5	6582,8
<u>Sonstige Kredite</u>							
Hypothekarkredite	39,8	63,2	86,2	205,9	338,2	470,1	551,9
Agrarkredite	176,1	236,6	412,8	1067,6	1500,4	1892,4	2165,9
Kredite f. Industrie	----	----	----	80,8	147,4	161,6	256,4
Gesamtkredite	781,0	1190,4	1588,5	3094,4	4885,7	7012,6	9557,0

A. Die Türkische Zentralbank

Was die Geschichte des türkischen Bankwesens anbelangt, so hatten wir bereits bei den Ausführungen im Teil I erwähnt, dass die Ottoman-Bank im Jahre 1863 vom Sultanat das Privileg zur Ausgabe von Papiergeld erhalten hatte. Die genannte Bank hatte lange Zeit das Monopol der Notenausgabe inne und war daneben Schatzkammer des Staates. Während des ersten Weltkrieges hatte sie sich aber geweigert, die für den Bedarf des Staates benötigten neuen Banknoten auszugeben. Dadurch sah sich der Staat gezwungen, die Befugnisse zur Banknotenausgabe und das Vorrecht als Staatsbank aufzuheben.

Die Regierung der neuen Türkischen Republik hatte mit der Osmanischen Bank einen neuen Vertrag abgeschlossen,¹⁾ durch den das Privileg der Bank zur Notenausgabe aufgehoben wurde. So konnte die neue Regierung an die Gründung einer neuen Zentralbank denken und traf die nötigen Vorbereitungen, um ein Zentralbankinstitut zu schaffen. Die Gründung der Zentralbank in Ankara erfolgte auf Grund des Gesetzes Nr. 1715 am 3.10.1931.

Sitz der Hauptverwaltung der Zentralbank ist Ankara, wo die Sitzungen des Verwaltungsrates sowie die Tagungen der Hauptversammlung stattfinden sollen.

Die Zentralbank kann auf Grund der Entscheidung des Verwaltungsrates und mit Genehmigung des Finanzministers im Lande Niederlassungen sowie im In- und Ausland Bank-Filialen eröffnen. Gegenwärtig unterhält die Bank im Lande 10 Niederlassungen.

1. Kapital

Das Kapital der Zentralbank setzt sich sowohl aus Staats- als auch aus Privatkapital zusammen.

Damit möchte man der Bank eine gewisse Unabhängigkeit einräumen.²⁾

1) Siehe S. 10

2) Zarakolu Avni, a.a.O., S.132

Ihr Nominalkapital beläuft sich auf 15 Mill. TL, das zu 100% eingezahlt ist. Dieses Kapital besteht aus 150.000 Aktien, die einen Wert von je 100 TL haben und auf Namen lauten.

Die Aktien sind unterteilt in vier Gruppen: A, B, C und D, zwischen denen aber weder bei Auflösung der Bank, noch bei der Dividendenverteilung Unterschiede bestehen (Art.23).

Die zur Gruppe A gehörenden Aktien besitzt der Staat. Sie werden in Gold zum gegenwärtigen Preise bezahlt. Der Staat darf aber höchstens zu 25% an der Bank beteiligt sein.

Die Aktien der Klasse B besitzen die Nationalen Banken.

Die Aktien der Klasse C gehören den in der Türkei tätigen "anderen" Banken sowie den konzessionierten Gesellschaften (10% des Kapitals).

Die Aktien der Klasse D besitzen die türkischen Handelsunternehmungen und die natürlichen und juristischen Personen, welche die "Türkische Staatsangehörigkeit" besitzen.

Die Anzahl der Aktien der Klasse A und C darf nicht erhöht werden; sie dürfen von diesen Klassen nicht auf andere oder von anderen auf diese Gruppen übertragen werden.

Dagegen sind Übertragungen zwischen der Klasse B und D erlaubt.

Mit diesem Artikel möchte man den Einfluss des Staates sowie des fremden Kapitals auf die Tätigkeit der Zentralbank verhindern. Darüber schreibt Zarakolu:¹⁾ "Dabei darf nicht vergessen werden, dass ein Teil von den nationalen Banken, welche zur Klasse B gehörende Aktien besitzen, mit Staatskapital gegründet sind. Davon abgesehen wäre es nicht richtig, die Einflussmöglichkeiten des Staates auf die Zentralbank nur mit der Kapitalbeteiligung zu messen. Hierbei sollen die Verwaltung und Leitung der Zentralbank sowie die die Notenausgabe regelnden Gesetze in Betracht gezogen werden".

1) Zarakolu Avni, a.a.O., S.133

Die Zentralbank verfügt neben den 15 Mill. TL eingezahlten Kapitals über 112,0 Mill. TL Reserven (Ende 1959).

Organisation

Gem. Art. 54 des Zentralbankgesetzes hat die Bank untenstehende Organe:

- a) Die Hauptversammlung
- b) Den Verwaltungsrat
- c) Die Prüfer
- d) Den Diskont- und Kreditausschuss
- e) Das Verwaltungskomitee
- f) Das Direktorium.

Die Hauptversammlung:

Bei der Hauptversammlung hat jeder von je 10 Anteilen ein Stimmrecht. Kein Aktionär darf über mehr als 30 Stimmrechte verfügen. Die Befugnisse und die Aufgaben der Hauptversammlung sind in dem Zentralbankgesetz wie folgt aufgeführt:

- a) Prüfung des alljährlichen Geschäftsberichts des Verwaltungsrates und dessen Entlastung;
- b) Feststellung des Jahresabschlusses auf Grund des Prüfungsberichts;
- c) Beschluss über die Erhöhung des Grundkapitals;
- d) Beschluss von Satzungsänderungen;
- e) Beschluss über die Auflösung der Bank.

Der von der Hauptversammlung gefasste Auflösungsbeschluss ist erst wirksam mit Billigung des Ministerrates.

Der Verwaltungsrat der Zentralbank setzt sich aus folgenden 8 Mitgliedern zusammen:

- a) zwei Mitglieder vertreten im Verwaltungsrat die Regierung, die ja Aktien der Klasse A besitzt. Auf Vorschlag des Finanzministers ist von den vom Ministerrat ernannten zwei Mitgliedern einer zugleich Präsident des Verwaltungsrates.

Aus

- b) zwei Mitgliedern, die von den nationalen Banken und Gesellschaften mit B- und C-Aktien gewählt werden;

- c) einem Mitglied, das von den D-Aktionären gewählt wird;
- d) einem Mitglied, das von der Industrie- und Handelskammer gewählt wird;
- e) zwei Mitgliedern, die von den Landwirtschafts- und Kreditgenossenschaften gewählt werden.

Die Amtsdauer der Verwaltungsratsmitglieder beträgt drei Jahre, wobei wiederholte Bestellung ausser den oben in Punkt e) und d) gewählten Mitgliedern zulässig ist.

Der Verwaltungsrat hat die Gesellschaft im Sinne des Zentralbankgesetzes sowie der Satzung zu leiten. Hierbei kann er alle nötigen Massnahmen treffen und Beschlüsse fassen ausser denen, die von der Hauptversammlung getroffen werden sollen.

Die Prüfer:

Von einem aus 4 Mitgliedern bestehenden Prüferkomitee werden die Geschäftsführung und die Bücher der Bank ständig kontrolliert. Das Komitee ist nicht befugt, Beschlüsse zu fassen. Es soll von seinen Einwendungen sowie Bemerkungen dem Verwaltungsrat und dem Finanzminister schriftlich berichten. Das Komitee ist verpflichtet zum Ende jeden Jahres über die Geschäftsführung und die Bücher der Bank einen schriftlichen Bericht der Hauptversammlung einzureichen (Art.71).

Dem Prüfungskomitee gehören keine Vertreter der Regierung an. Das Komitee besteht aus den zu der B-, C- und D-Gruppe gehörenden vier Teilhabern. Die Amtsdauer der Prüfer beträgt 2 Jahre.

Der Diskont- und Kreditausschuss:

Dieser Ausschuss besteht aus 5 Mitgliedern. Der Vorsitzende des Ausschusses ist Präsident des Verwaltungsrates. Von den anderen vier Mitgliedern werden zwei vom Verwaltungsrat gewählt. Die weiteren Mitglieder sind der Generaldirektor der Bank und sein Stellvertreter (Art.74). Die Aufgabe des Ausschusses ist die Regelung der Kreditpolitik, des Diskontsatzes sowie die Festsetzung des Zinssatzes.

Das Verwaltungskomitee:

Das Komitee besteht - unter dem Vorsitz des Generaldirektors - aus dem Stellvertreter des Generaldirektors und dem kaufmännischen Direktor. Das Komitee hat die Aufgaben zu erfüllen, die vom Verwaltungsrat bestimmt werden.

Direktorium:

Das Direktorium vertritt die Zentralbank gerichtlich und aussergerichtlich. Die Bank wird von dem Generaldirektor geleitet. Er führt die Geschäfte der Bank entsprechend dem Zentralbankgesetz sowie gemäss den Beschlüssen des Verwaltungsrates.

Der Generaldirektor und sein Stellvertreter werden vom Staatspräsidenten auf Vorschlag des Verwaltungsrates und mit Billigung des Ministerrates ernannt. Die Amtsdauer des Generaldirektors beträgt fünf Jahre.

Das Direktorium besteht aus dem Generaldirektor und seinen (höchstens drei) Stellvertretern.

3. Aufgaben und Geschäfte

Der zweite Artikel des Zentralbankgesetzes regelt die Aufgaben der Bank:

- a) Festsetzung des Diskontsatzes sowie Regulierung des Geldumlaufes;
- b) Erledigung der Finanz- und Kassengeschäfte des Staates;
- c) Ergreifung der zur Stabilisierung des Geldes nötigen Massnahmen mit der Regierung zusammen.

Die Zentralbank der Türkischen Republik hat für die Türkei das Monopol der Notenausgabe. Der Staat darf ausser Metallgeld keine Noten ausgeben. Durch das Gesetz Nr. 6544 wurde die Zentralbank als Notenbank bis zum Jahre 1999 bestätigt.

Die während des Ersten Weltkrieges von dem Osmanischen Reich ausgegebenen 158,7 Mill. TL wurden von der Zentralbank übernommen. Dafür hatte der Staat der Zentralbank im gleichen Werte Staatsobligationen zu geben.

Nach Art. 14 des Zentralbankgesetzes soll die Zentralbank diese Geldmenge von 158,7 Mill. TL nicht erhöhen. Jedoch enthalten die Art. 34-53 desselben Gesetzes Ausnahmen.

Die Zentralbank der Türkischen Republik ist befugt:

- a) an das türkische Schatzamt Vorschüsse auf 15% der vom Parlament genehmigten budgetierten Ausgaben zu leisten;
- b) innerhalb dreier Monate fällige Schatzbonds, welche zu dem mit dem Staatskapital gegründeten Industrie-, Handels- und Landwirtschaftsunternehmungen gehören, zu diskontieren und darauf Vorschüsse zu gewähren;
- c) die Amortisations- und Kreditkasse bis zur Höhe von einem Drittel ihres Wechselportefeuilles zu bevorschussen, um der Amortisationskasse den Ankauf von Staatsanleihepapieren zu ermöglichen;
- d) Gold und Devisen zu kaufen und zu verkaufen und gemäss dem Goldzustrom Noten auszugeben;
- e) Handelswechsel und Schecks mit höchstens 4 Monaten Laufzeit, die mit mindestens drei Unterschriften versehen sein müssen, zu rediskontieren. Die Höhe dieser Kredite wird von einem Komitee festgesetzt, das von Bankvertretern, die über mehr als 4 Mill. TL eingezahltes Kapital verfügen, gebildet wird;
- f) Bonds mit 9 Monaten Laufzeit von industriellen und Bergbauunternehmungen zu rediskontieren. Die Höhe dieser mittelfristigen Kredite darf 50% des Wechselportefeuilles der Zentralbank nicht übersteigen;
- g) Landwirtschaftswechsel mit 9 Monaten Laufzeit zu rediskontieren. Die Höhe dieser Kredite darf die Summe von 15% des eingezahlten Kapitals der Zentralbank und 15% ihres Wechselportefeuilles nicht überschreiten. Diese Prozentsätze können von der Hauptversammlung auf 25% erhöht werden;
- h) für Schatzobligationen und zum Börsenhandel zugelassene Wertpapiere mit nicht mehr als 4 Monaten Laufzeit, bis zur Höhe von 80% des Ankaufspreises Vorschüsse zu gewähren. Die Höhe dieser Kredite dürfen ein Drittel ihres Wechselportefeuilles nicht überschreiten;

- 1) die Schatzbonds von Staatsanstalten mit kaufmännischer Geschäftsführung sowie von nationalen Banken, welche über mehr als 4 Mill. TL eingezahltes Kapital verfügen, zu kaufen und zu verkaufen und auch dafür Vorschüsse zu gewähren. Die Höhe dieser Kredite wird von einem Komitee festgesetzt, dessen Mitglieder die Vertreter der Banken sind, welche mehr als 4 Mill. TL Kapital haben.

Wie aus obigen Ausführungen zu ersehen ist, gibt die heutige gesetzliche Regelung der Zentralbank viele Möglichkeiten, Noten auszugeben. Abgesehen von der durch Gold- und Devisenankauf erlaubten Notenausgabe sind die o.a. Notenbankkredite begrenzt. Aus den folgenden statistischen Angaben ist ersichtlich, in welchem Mass Notenbankkredite innerhalb des vom Gesetz eingeräumten Limits in Anspruch genommen worden sind.

Am 4.4.1958 betrugen die von der Zentralbank an das türkische Schatzamt gewährten Vorschüsse 887,6 Mill. TL. Eine 15%-ige Inanspruchnahme der Vorschüsse (siehe Punkt a) hätte 897 Mill. TL betragen.

Ende 1958 gegen Landwirtschaftswechsel gewährte Kredite der Zentralbank betrugen 294.9 Mill. TL. Für diese Kredit-einräumung beläuft sich das gesetzliche Kontingent auf die Summe von 15% des eingezahlten Kapitals der Zentralbank und 15% ihres Wechselportefeuilles und zwar Ende 1958 auf 291.8 Mill. TL. Diese Zahlen zeigen, dass die Hauptversammlung den Prozentsatz inzwischen auf 25% erhöht hat (siehe Punkt g).

Wie das obige Beispiel demonstriert, hat die Regierung das vom Gesetz eingeräumte Limit bis zur Höchstgrenze in Anspruch genommen.

Ausser den genannten Geschäften ist die türkische Zentralbank befugt, das Depositengeschäft und die anderen bankmässigen Geschäfte mit der privaten Wirtschaft zu betreiben.

Der Zentralbank nicht gestattete Geschäfte:

Die Bank ist nicht befugt

- a) ungedeckte Kredite zu gewähren,
- b) Kredite gegen Aktien einzuräumen,
- c) Wechsel zu indossieren, sowie Garantie zu leisten,
- d) Handel zu treiben und sich an Unternehmungen zu beteiligen,
- e) Prolongationswechsel anzukaufen,
- f) einen Wechsel zu rediskontieren sowie als Garantie anzunehmen, dessen Wert mehr als 10% des Kapitals zuzüglich der Reserven der Zentralbank beträgt.

4. Mittel der Zentralbankpolitik

Nach Art.2 des Zentralbankgesetzes steht der Zentralbank hauptsächlich die Diskontpolitik zur Verfügung, um das Kreditvolumen und den Geldumlauf entsprechend den wirtschaftlichen Interessen des Landes zu regeln.

Nach ihrer Gründung bis zum Jahre 1934 hat sich die Bank der Notenausgabe möglichst ferngehalten. Im Jahre 1934 führte die Regierung einen Fünfjahresplan ein, der für die Industrie, den Bergbau und die Landwirtschaft galt. Man begann das Kreditvolumen nach dem Verwirklichungszweck der Industrialisierung zu regulieren. Parallel dazu wurde die im Umlauf befindliche Geldmenge vermehrt.

Eine erhebliche Zunahme der Zahlungsmittel erlebte man nach dem Zweiten Weltkrieg, da die ausserordentlichen Kriegsausgaben durch Notenbankkredite finanziert werden mussten. Parallel zur vermehrten Geldmenge unterdrückten die steigenden Preise den Aussenhandel. Auf Grund dieser Umstände wurde das Türk. Pfund am 9.9.1946 abgewertet.

Die folgende Aufstellung gibt die Geldmenge und die Preisbewegungen in der Türkei zwischen dem Jahre 1938-1948 wieder.¹⁾

1) Zarakolu, Avni, a.a.O., S.238

Geldumlauf in der Türkei

(In Mill. TL)

Jahr	Geld- menge (1)	1938=100	Sichtguthaben bei Banken (2)	Insgesamt (1) + (2)	1938=100
1938	219,4	100,0	205,0	424,4	100,0
1939	308,0	140,3	200,8	508,8	119,8
1940	433,8	197,6	202,1	635,9	126,2
1941	543,5	247,2	284,8	828,3	195,1
1942	765,5	348,8	398,6	1 164,1	274,5
1943	833,6	379,9	400,0	1 233,6	290,0
1944	994,5	453,4	499,7	1 494,2	352,0
1945	918,5	418,5	489,3	1 407,8	331,6
1946	975,4	445,5	610,0	1 585,4	373,5
1947	924,8	421,4	668,2	1 593,0	375,2

Preisbewegungen 1938-1948¹⁾

(Grosshandelspreise: 1938=100)

Jahr	Indexzahlen	Jahr	Indexzahlen
1938	100	1943	590
1939	101	1944	459
1940	127	1945	444
1941	175	1946	427
1942	340	1947	433

Bei der Prüfung der Tabelle ist festzustellen, dass die Ausgabe von Zahlungsmitteln von einer stetigen Preissteigerung begleitet wurde, da die Produktion zur Befriedigung des laufenden Verbrauchs nicht ausreichte.

Nach 1950 war wesentlichster Punkt des Regierungsprogrammes der Demokratischen Partei, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu forcieren. Die Notenbankkredite wurden zur Erreichung dieses Zwecks speziell auf die Bedürfnisse der Grundindustrien ausgerichtet. "Wenn die Notenausgabenpoli-

1) Monthly Bulletin of Statistics, Republic Turkey Central Statistical Office, No.68, Oct. 1959, Ankara, S.30

tik im Hinblick auf die Industrialisierung des Landes betrieben wird, so wird die Stabilität des Geldes davon beeinflusst. Man hofft dabei, das durch die über das Sparvolumen hinausgehenden Investitionen gestörte wirtschaftliche Gleichgewicht mit der schnellen Ausweitung der Produktion wiederherzustellen".¹⁾

Die Regierung setzte den Zinssatz im Jahre 1951 von 4% auf 3% herab, während der von den Banken für eingeräumte Kredite verlangte Zinssatz von 8 1/2% auf 7% (bei ungedeckten Krediten von 12% auf 9%) sank. Neben der Zinsverbilligung verursachte die günstige Kreditpolitik der Regierung im Lande in relativ kurzer Zeit eine erhebliche Ausweitung des Kreditvolumens (siehe S.70).

Durch die neuen Gesetze wurden der Zentralbank immer neue Möglichkeiten zur Notenausgabe gegeben, was eine erhebliche Ausweitung des Kreditvolumens zur Folge hatte.

Der mit Notenbankkrediten gedeckte Staatshaushalt sowie die Fehlbeträge des Amtes für landwirtschaftliche Erzeugnisse verursachten eine rasche Preissteigerung, neben der überhöhten Nachfrage und dem wachsenden Defizit der Handelsbilanz.

Zwar hatte sich in derselben Zeitspanne die Produktion des Landes vermehrt, aber die Ausweitung der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung reichte nicht aus, um den Investitionsbedarf und den laufenden Verbrauch zu befriedigen. Die Türkei ist ein wirtschaftlich unterentwickelter Agrarstaat. Bei einem geringen Technisierungsgrad wird im Lande mit voller Kapazität produziert. In Anbetracht dessen kann nicht erwartet werden, dass die in kurzer Zeit rasch erhöhte Nachfrage durch die Vermehrung der Produktion in der gleichen Zeit gedeckt wird. "Unter diesen Umständen sollen bei der zunehmenden Industrialisierung solche Investitionen bevorzugt werden, welche sich in möglichst kurzer Zeit auf das Wirtschaftsleben des Landes positiv auswirken und den Aussen-

1) Zarakolu, Avni, a.a.O., S.240

Geldumlauf und Volkseinkommen 1938-1958 (in Mill. Td.)¹⁾

Jahr	Brutto Volkseinkommen (nach Preisfaktor 1948)	1948=100	Geldumlauf	1948=100	Sichteinlagen	Summe von Sichteinlagen und Geldumlauf	1948=100
1938	8037,1	83,1	214,1	21,3	205,0	419,1	23,2
1948	10067,0	100	1001,3	100	803,2	1804,5	100
1949	8975,6	89,2	960,3	95,9	821,5	1781,8	98,7
1950	10400,0	103,3	1002,9	100	1015,0	2017,9	106
1951	11988,3	119,1	1182,8	118,1	1467,5	2650,3	146,8
1952	13023,4	129,4	1284,7	128,3	1859,9	3144,6	174,2
1953	14466,7	143,7	1465,3	146,3	2407,7	3873,0	214,6
1954	13145,4	130,6	1530,2	152,8	2768,5	4298,7	238,2
1955	14150,7	140,6	2071,7	206,9	2321,1	4392,8	243,4
1956	15112,7	150,1	2595,4	259,2	4080,6	6676,1	369
1957	15874,7	157,7	3203,5	319,9	5115,9	8319,4	461
1958			3919,3	391,4			

1) Quelle: Zarakhin, Anni. a.a.O. der Seite 241.

handel fördern. Dadurch kann eine Fortsetzung der unerwünschten Inflationswirkung verhindert werden".¹⁾

Bei einer Analyse der Tabellendaten (siehe vorhergehende Seite) ist festzustellen, dass das TL von 1948 bis 1958 stark entwertet wurde. In derselben Zeitspanne war zwar eine erhebliche Vermehrung der Produktion festzustellen, aber diese war weitaus geringer als die Ausweitung des Geldvolumens.

Die Preisbewegung der gleichen Periode zeigen die Grosshandelsindexzahlen des türkischen Konjunkturamtes:²⁾

(1948 = 100)

<u>Jahr</u>	<u>Indexzahlen</u>	<u>Jahr</u>	<u>Indexzahlen</u>
1938	21	1953	107
1948	100	1954	118
1949	108	1955	127
1950	97	1956	148
1951	103	1957	175
1952	104	1958	202

Vom Jahre 1948 bis 1958 sind die Preise um 100% gestiegen. Um dieses Missverhältnis zu beseitigen und das Gleichgewicht der Wirtschaft wiederherzustellen, traf die Regierung verschiedene Massnahmen, von denen wir nur die die Kreditpolitik betreffenden kurz erläutern wollen.

Als erste Massnahme gegen die Ausweitung des Kreditvolumens setzte die Zentralbank den Diskontsatz am 28.6.1955 auf 4 1/2% - seit 1951 3% -, später am 6.6.1956 auf 6% herauf. Aber, wie bekannt, lässt sich mit der Diskontpolitik nicht immer der gewünschte Erfolg erzielen. Sie ist immer abhängig von der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Es ist verständlich, dass sich die Diskontpolitik unter den gegebenen Verhältnissen

1) Zarakolu, Avni, a.a.O., S.240

2) Monthly Bulletin of Statistics, Republic Turkey Central Statistical Office, No.68, Oct. 1959, Ankara, S.34

sen nicht positiv auswirken konnte. Neben den raschen Preissteigerungen und einem immer grösser werdenden überhöhten Nachfragedruck machte sich der Mangel an Waren und Lebensmitteln sehr stark bemerkbar. Bei diesem Geldüberhang konnte eine Diskonterhöhung um 1 1/2% überhaupt keine Wirkungen zeitigen, da die Unternehmer ohne weiteres auch eine 3%-ige Diskonterhöhung hätten in Kauf nehmen können. Diese Besonderheit findet ihren Ausdruck sehr deutlich bei Obst-Hintner,¹⁾ wo gesagt wird: "Grenzen der Diskont-Politik des Zentralbanksystems zeigen sich dort, wo die kreditsuchenden Unternehmungen in der Lage sind, hohe Kreditkosten zu übernehmen, weil die Gewinnspannen relativ hoch sind. Wenn es möglich ist, mit Gewinnspannen von, sagen wir 40% oder 50% zu arbeiten, (regelmässig wird das kreditierte Kapital zudem mehrere Male im Jahr umgeschlagen), so spielt natürlich auch eine Diskonterhöhung von 1 oder 2% überhaupt keine Rolle".

Der Misserfolg der Diskontpolitik hatte die Regierung gezwungen, die Kreditrestriktionspolitik auch mit zu betreiben. Auf Grund der Verordnung vom 7.2.1956 zum Schutze der türkischen Währung Nr.4/6620 wurde das Komitee zur Regelung von Bankkrediten errichtet. Das Komitee hat die Regelung des Kreditvolumens und deren Verteilung auf die verschiedenen Wirtschaftszweige des Landes zur Aufgabe.

Die Durchführung der Kreditrestriktionspolitik wurde also nicht der Zentralbank überlassen, sondern einem dafür gegründeten Regierungskomitee, das seine Funktion bis zur Errichtung eines neuen gleichnamigen Komitees - laut Bankgesetz - innehatte. Als sich das Komitee zur Regelung von Bankkrediten gem. § 47 des neuen Bankgesetzes gebildet hatte, übertrug das Altkomitee seine Aufgabe diesem neuen Komitee.

Die Struktur und die Aufgaben dieses Komitees haben wir bereits bei der Erläuterung des türkischen Bankrechts gebracht (vgl. S. 50).

) Obst-Hintner, a.a.O., S.306 f.

Die trotz der getroffenen Massnahmen weiterhin wirtschaftlich instabile Situation zwang die Regierung erneut, Massnahmen zu treffen, die am 4.8.1958 bekanntgegeben wurden. In der neuen Ordnung heisst es u.a.: "Die Kredite der türkischen Zentralbank werden eingeschränkt, damit die Investitionen eine bestimmte Höhe nicht übersteigen. Das Niveau der Bankkredite wird mit dem 30.6.1958 eingefroren".¹⁾

Die türkische Zentralbank kann lt. § 34 des Zentralbankgesetzes Staatsobligationen, Schatzbonds von Staatsanstalten mit kaufmännischer Geschäftsführung sowie von Nationalbanken, die mehr als 4 Mill. TL eingezahltes Kapital haben, kaufen und verkaufen. Die Höhe der gekauften Werte darf 50% des eingezahlten Kapitals zuzüglich Reserven der Zentralbank nicht überschreiten.

"Trotz dieser Bestimmungen kann von einer Offenmarktpolitik der türkischen Zentralbank kaum die Rede sein".²⁾

Laut § 33 des neuen Bankgesetzes haben die Banken eine Mindestreserve für ihre Verbindlichkeiten zu bilden. Jedoch ist für die Festsetzung von Mindestreserven nicht die Zentralbank, sondern das genannte Komitee zur Regelung von Bankkrediten zuständig. Es kann daher keine Rede davon sein, dass die Mindestreserverpolitik zur Regelung des Geld- und Kreditwesens, der Zentralbank überhaupt zur Verfügung steht.

"Nach dieser Darlegung können die Mittel der Türkischen Zentralbank zur Regelung des Geldumlaufs leichter beurteilt werden.

5. Wochenausweise, Jahresabschluss, Gewinnverteilung

Laut Art.84 des Zentralbankgesetzes hat die Bank zusammenfassende Wochenausweise am Ende jeder Woche zu veröffentlichen.

Nach Ablauf jedes Geschäftsjahres wird der von der Bank aufgestellte übersichtliche Jahresabschluss dem Finanzminister eingereicht und spätestens 1 1/2 Monate vor der Hauptversammlung veröffentlicht (Art.83).

1) Wirtschafts-Rundschau, a.a.O., Juli/Aug.1958, S.6

2) Zarakolu, Avni, a.a.O., S.203

Die Änderungen von Diskontsatz und Zinsfuss sind dem Finanzminister und den Börsen mitzuteilen sowie zu veröffentlichen (Art.86).

Das Finanzministerium kann zu jeder gewünschten Zeit die Geschäfte und die Bücher der Bank überprüfen. Hierbei können alle nötigen Unterlagen sowie sachdienliche Auskünfte von der Bank angefordert werden (Art.87).

Von dem Jahresreingewinn sind 6% des Nennbetrages, die Dividende, an die Aktionäre zu verteilen, nachdem 20% des Reingewinnes einer gesetzlichen Rücklage zugewiesen worden sind. Hiernach sind von dem übriggebliebenen Reingewinn 5% den Bankbeamten und Angestellten als Zulage zu verteilen und 10% als ausserordentliche Rücklagen einzustellen. Auf Beschluss der Hauptversammlung kann eine zweite 6%-ige Dividende ausgeschüttet werden. Der nach dieser Ausschüttung verbleibende Restbetrag fällt dem Staat zu.

Wenn die gebildeten Rücklagen 75% des Zentralbankkapitals erreichen, so ist der jährliche Zuführungsbetrag von 20% auf 10% herabzusetzen.

Bevor wir unsere Ausführungen über die Zentralbank abschliessen, möchten wir die bisherigen Diskontänderungen und die Bilanz der Bank zum 31.12.1959 wiedergeben.

Diskontsätze¹⁾

<u>Änderungsdaten</u>	<u>Diskontsätze (%)</u>
7.1.1932	8
9.7.1932	7
2.3.1933	5 1/2
1.7.1938	4
26.2.1951	3
28.6.1955	4 1/2
6.6.1956	6

1) Artukmac, Macid. "Merkez Bankaciligi ve Reeskont Muameleleri", Ankara 1959, S.125

Bilanz der Türkischen Zentralbank zum 31.12.1959

<u>Aktiva</u>	<u>in TL</u>
Gold	372.141.300,66
Forderungen in ausländischer Währung	371.176.070,--
Bestand an türk. Scheidemünzen	1.088.724,93
Nostroguthaben	377.795,18
Inlandwechsel	2.323.670.252,47
Schatzwechsel und Wechsel mit der Bürg- schaft des Schatzamtes	2.424.072.419,35
Lombardforderungen	423.930.742,19
Vorschüsse	651.211.000,--
Wertpapiere	40.452.110,88
Sonstige Forderungen	315.498.224,61
Grundstücke und Gebäude	20.105.186,41
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.517.708,71
Sonstige Aktiva	451.259.196,53

Summe der Aktiva	7.400.500.731,92 =====
------------------	---------------------------

<u>Passiva</u>	<u>in TL</u>
Grundkapital	15.000.000,--
Rücklagen	112.076.484,65
Notenumlauf	3.891.478.737,50
Einlagen	1.441.214.399,--
Verbindlichkeiten in Gold	126.483.126,52
Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäftes	784.552.034,51
Sonstige Passiva	930.443.485,38
Reingewinn	99.252.464,36

Summe der Passiva	7.400.500.731,92 =====
-------------------	---------------------------

Öffentliche Bankbetriebe

I. Die Istanbuler Vertrauenskasse

(Istanbul Emniyet Sandigi)

Die Istanbuler Vertrauenskasse wurde im Jahre 1868 von Mithat Pascha gegründet. In jener Zeit benötigte man im Osmanischen Kaiserreich ein Kreditinstitut, das dem Mittelstand Konsumtionskredite gewährte. Bei den damaligen Lebensbedingungen musste die Bevölkerung - wie bereits ausgeführt - für überwiegend persönliche Anlässe, z.B. bei Todesfällen, Krankheit, Heirat oder Geburt Geld borgen. Für diese Kredite mussten die minderbemittelten Schichten sehr hohe Zinsen zahlen und wurden von Wucherern oft in übler Weise ausgebeutet.

Um diesem Mißstand abzuhelpfen und auch den Sparsinn des Volkes zu fördern, wurde die Istanbuler Vertrauenskasse gegründet. Mit ihrem Gründungszweck (Schutz einkommensschwacher Kreise vor den wucherern) erinnert die Istanbuler Vertrauenskasse an die Montes Pietatis, die mit demselben Zweck im 12. Jahrhundert in Italien gegründet wurden.

Die ganz ohne Grundkapital errichtete Kasse geriet in den Jahren 1876 und 1895 in ernste finanzielle Schwierigkeiten; 1876 wegen des Krieges mit Rußland und 1895 als der Staat versuchte, sich die Gelder der Kasse auf illegalem Wege anzueignen. Sie konnte aber im Laufe der Zeit ihre alte wirtschaftliche Position wieder erringen.

Bei dieser Betrachtung muss angeführt werden, dass sich die Kasse auf Grund ihrer jetzigen Arbeitsmethoden weit von ihrem Gründungszweck entfernt hat. Bei Prüfung der Bilanzen der Kasse ist festzustellen, dass der Anteil der Hypothekarkredite weitaus höher ist als der der dem Volke gewährten Kleinkredite (sog. "Volksdarlehen"). Gegenwärtig betätigt sich die Kasse hauptsächlich als Kreditinstitut, das insbesondere Hypothekarkredite einräumt.¹⁾

Der Hauptsitz der Kasse ist Istanbul. Sie ist nach ihrer Satzung befugt, nach Bedarf Niederlassungen zu eröffnen. Ende 1958 unterhielt sie 18 Niederlassungen.

1. Rechtsform

Laut Art.1 der Kassenverordnung ist die Istanbuler Vertrauenskasse eine der Agrarbank der Türkischen Republik unterstellte und von ihr kontrollierte juristische Person, welche nach den Vorschriften des Agrarbankgesetzes Nr.3202 und des Privatrechts geleitet wird. Gegenüber anderen ähnlichen Institutionen hat die Kasse eine Sonderstellung, die u.a. im Gesetz Nr. 1711 festgelegt ist:

- a) Der Staat bürgt für die auf der Kasse angelegten Depositengelder.
- b) Von den auf der Kasse angelegten Spargeldern kann ein Teil in Höhe von 1.000 TL auf keinen Fall gepfändet werden.

2. Organisation

Die Organe der Kasse sind
das Direktorium und
das Direktoriumskomitee.

Das Direktorium setzt sich aus dem Direktor und seinen zwei Stellvertretern zusammen. Die Leitung der Kasse obliegt dem Direktor. Er vertritt die Kasse gerichtlich und aussergerichtlich. Auf Vorschlag des Generaldirektors und mit Zustimmung des Verwaltungsrates der Agrarbank wird der Generaldirektor der Kasse vom Handelsminister ernannt.

Das Direktoriumskomitee setzt sich unter dem Vorsitz des Direktors aus zwei Stellvertretern des Direktors und zwei weiteren Mitgliedern der Kasse zusammen. Seine Aufgabe ist es, die im Interesse der Kasse nötigen Beschlüsse zu fassen, die erst nach Billigung des Direktors durchgeführt werden dürfen. Die Agrarbank kann jederzeit die

Geschäftsführung und die Bücher der Kasse überprüfen.

3. Kapital und Aufgabengebiet

Wie oben bereits erwähnt, verfügt die Kasse über kein Kapital. Bei Gründung der Kasse war beabsichtigt, aus dem jährlichen Reingewinn ein Kapital zu bilden. Ende 1958 betrug die Höhe der Rücklagen insgesamt 8,1 Mill. TL. Die Entwicklung der Eigenmittelbildung der Kasse ist aus nachfolgender Übersicht zu ersehen.¹⁾

(in Mill. TL)

<u>Jahr</u>	<u>Eigenmittel</u>
1938	2,0
1948	4,9
1949	5,0
1950	5,0
1951	5,5
1952	5,7
1953	6,0
1954	6,2
1955	6,7
1956	7,6
1957	7,6
1958	8,2

Die Kasse hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

- a) den Sparsinn des Volkes zu fördern,
- b) den Minderbemittelten gegen bewegliche Wertgegenstände bis zu einer Höhe von 500 TL kurzfristige und billige Kredite zu gewähren,
- c) Hypothekarkredite zu geben,
- d) das Depositengeschäft und andere Bankgeschäfte zu betreiben.

1) "İktisadi Murakabenin 20 yılı" Başvekalet Umumi Murakabe heyeti Başkanlığı. Ankara 1959, S.146

Bei dem "Volksdarlehen"; das für eine Person höchstens 500 TL betragen darf, nimmt die Kasse folgende wertgegenstände als Pfand an:

- a) zum türkischen Börsenhandel zugelassene Aktien, jede Art Obligationen und deren Dividendenscheine,
- b) Türkische oder fremde, goldene oder silberne Geldmünzen, Barren, Platin, Gold sowie Silber,
- c) jede Art von Gegenständen aus Platin, Gold und Silber,
- d) Perlen, Diamanten, Brillanten und andere wertvolle Schmucksteine,
- e) leicht verkäufliche Teppiche und sonstige Haushaltsgegenstände sowie Bücher, Photoapparate und Uhren,
- f) jede Art Kunstgegenstände.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben verfügt die Kasse neben den Eigenmitteln auch über fremde Mittel, die sich aus Einlagen und Vorschüssen der Zentralbank zusammensetzen. Aus der untenstehenden Tabelle sind die Fremdmittel der Kasse zu ersehen.¹⁾

(in Mill. TL)

Jahr	Einlagen	Notenbankkredite	Insges.
1938	23,3	-	23,3
1948	24,4	2,3	26,7
1949	27,2	-	27,2
1950	37,0	-	37,0
1951	42,6	0,6	43,5
1952	48,4	3,1	51,5
1953	63,7	3,6	67,3
1954	75,1	2,2	77,3
1955	76,7	2,8	79,5
1956	84,6	0,7	85,3
1957	101,4	4,1	105,5
1958	96,6	1,5	98,1

1) Quelle: "İktisadi Murakabenin 20 yılı", a.a.O., S.146

Überblick über die von der Lasse eingeräumten Kredite:¹⁾

(in Mill. TL)

Jahr	Vorschüsse	laufende Debitoren	Hypoth. kredite	Finanz- anlagen
1948	2,2	0,1	16,9	9,9
1950	3,6	0,3	23,6	10,1
1952	4,0	0,3	31,1	16,1
1954	5,2	0,4	45,7	28,8
1956	5,0	0,4	50,3	29,2
1958	5,7	0,6	53,8	31,3

Die auf Konto "Vorschüsse" zusammengefassten und Ende 1958 5,7 Mill. TL betragenden Kredite setzen sich wie folgt zusammen:

- a) 1,1 Mill. TL sind als "Volksdarlehen" (Höchstgrenze 500 TL) eingeräumte Kredite, die an 4 874 Darlehensnehmer gegeben wurden. Die Sicherheiten für diese Darlehen gruppieren sich folgendermassen:²⁾

Sicherheiten	Zahl der Dar- lehensnehmer	Beträge in Mill.TL
Goldmünzen oder Barren	86	22.315,09
Wertpapiere	243	58.890,91
Wertvoller Schmuck	3.406	758.258,55
Teppiche usw.	1.059	302.819,07
Mont de Piete ³⁾	80	15.254,24
<u>Insges.</u>	<u>4.874</u> =====	<u>1.157.537,86</u> =====

- b) Der verbliebene Restbetrag in Höhe von 4,6 Mill. TL ist an 3 153 Kreditnehmer aufgeteilt. In dieser Gruppe liegt die Höchstgrenze der Kredite über 500 TL.

1) Die betr. Jahresberichte der Bank

2) Der betr. Jahresbericht der Bank

3) d.h. ohne Sicherheit

Die zur ersten Gruppe gehörenden Kredite sind sog. "Volksdarlehen", die zur zweiten Gruppe gehörenden Lombardkredite. Der praktische Unterschied zwischen diesen beiden Kreditarten ist aus der Kassenordnung zu ersehen. Bei dem Volksdarlehen ist die Verpflichtung des Darlehensnehmers nur auf den als Pfand gegebenen Gegenstand begrenzt. Falls sich ein Fehlbetrag aus dem verkauften Pfand ergibt, so wird dieser als Verlust gebucht. Dagegen haftet bei den Lombardkrediten der Kreditnehmer für die möglicherweise entstehenden Fehlbeträge persönlich.

Zum Schluss der Betrachtung über die Istanbuler Vertrauenskasse soll nachfolgend eine Zusammenstellung des Reingewinns der Kasse in den letzten zehn Jahren¹⁾ sowie die Jahresbilanz der Kasse zum 31.12.1958 wiedergegeben werden.

Jahr	Reingewinn in 1.000 TL	in % der Reserve
1948	353	7,94
1950	74	1,49
1952	594	11,51
1954	305	5,18
1956	955	14,35
1958	677	8,27

1) Quelle: "İktisadi Murakabenin 20 yılı", a.a.O., S.147

Istanbuler Vertrauenskasse

Jahresschlussbilanz zum 31.12.1958

<u>Aktiva</u>	<u>in TL</u>
Kassenbestand und Zentral- bankguthaben	3.060.415,39
Gesetzl. Liquiditätsreserven	20.072.648,14
Nostroguthaben	4.265.496,15
Wertpapiere	11.299.840,40
Vorschüsse	5.769.008,77
Hypothekarkredite	53.866.563,77
Debitoren	661.551,38
Immobilien und Inventar	4.032.826,09
Sonstige Aktiva	7.006.792,80
Geschäftsausstattung	167.920,72
Summe der Aktiva	110.203.063,61 =====

<u>Passiva</u>	<u>in TL</u>
Reserven	7.515.996,38
Rückstellungen	670.256,78
Nostroverpflichtungen	1.500.000,--
Einlagen	96.609.624,08
Zahlungsaufträge	109,69
Sonstige Passiva	3.229.420,76
Reingewinn	677.655,92
Summe der Passiva	110.203.063,61 =====

II. Die Türkische Agrarbank

(T.C. Ziraat Bankası)

Die gegenwärtige Lage der Agrarbank, deren geschichtliche Entwicklung bereits am Anfang unserer Betrachtung skizziert wurde, soll im folgenden behandelt werden.

Die zwischen 36° - 42° nördl. Breite und 26° - 46° östl. Länge gelegene Türkei ist ein Agrarstaat, dessen Bevölkerung zu 71,5% in Dörfern wohnt und von der Landwirtschaft lebt. Diese Tatsache verdeutlicht am besten die lebenswichtige und ausserordentlich grosse Bedeutung der Landwirtschaft für den wirtschaftlichen Status der Türkei.

Über Jahrzehnte musste dieser vom Staat vernachlässigte und nicht unterstützte Stand mit den härtesten Lebensbedingungen kämpfen, um das Existenzminimum zu erreichen.

Während der der Gründung der neuen Türkischen Republik folgenden Jahren hatte man erkannt, dass der Wohlstand der Türkei ganz von dem Wohlstand der Bauern abhängt. Die Regierung hatte sich daher im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten bemüht, den Bauern vom Erzeuger für die geschlossene Hauswirtschaft zum Produzenten für den unbekannten Markt zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, musste die Möglichkeit geschaffen werden, die Landwirte mit den nötigen Agrarkrediten zu versorgen. Aus diesem Grunde wurde die Tätigkeit der im Jahre 1888 gegründeten, später manche Strukturänderungen erfahrende Agrarbank durch die Agrarbankgesetze von 1924 und 1937 zweckmässig neu gestaltet:

Daneben wurden landwirtschaftliche Schulen und Hochschulen gegründet, in denen die zukünftigen Leiter der Aufklärungsarbeit herangebildet werden sollten.

Neben diesen Massnahmen ist die Bestrebung der Regierung um Marktregelung und Preispolitik für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse besonders zu erwähnen. Zu diesem Zweck wurde im Jahre 1938 auf Grund des Gesetzes Nr. 3491 das "Amt für landwirtschaftliche Erzeugnisse" gegründet. Dieses Amt kauft die jährlich erzeugte landwirtschaftliche Produktion zu Garantiepreisen auf.

Der Übergang im Jahre 1950 vom Einparteien- zum Mehrparteien-system machte seinen Einfluss auch auf die Agrarpolitik des Landes geltend. Die neue Regierung der demokratischen Partei begann eine für die Bauern sehr günstige und fördernde Agrarpolitik zu betreiben. Die Grundlinie dieser Politik ist in der sehr grosszügigen Einräumung von Krediten und den staatlichen Ankauf aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Garantiepreisen zu sehen. Der "Bannerträger" des ersten politischen Abschnittes ist die Agrarbank, des zweiten das "Amt für landwirtschaftliche Erzeugnisse". Die Mechanisierung der Landwirtschaft, die Zuteilung des Bodens an bedürftige Bauern und die Aufstellung von Be- und Entwässerungsplänen in bestimmten Gebieten waren wichtige Ergänzungen der oben genannten Agrarpolitik.

Trotzdem ist heute die Landwirtschaft an der Bildung des Volkseinkommens erst zu etwa 50% direkt beteiligt, während 71% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind. Es herrscht immer noch in der türkischen Landwirtschaft eine versteckte Arbeitslosigkeit vor.

Etwa 90% der türkischen Ausfuhr besteht aus landwirtschaftlichen Produkten. Die jährliche Ernte ist vorwiegend von der Witterung abhängig.

Wenn die Agrarpolitik der neuen Regierung zuerst auf die Landwirtschaft fördernd wirkte, so verursachte sie doch im Laufe der Jahre die Mißwirtschaft des Landes durch die übermässig gewährten Agrarkredite und durch das Defizit des "Amtes für landwirtschaftliche Erzeugnisse", das durch Notenbankkredite gedeckt wurde. Während die Ende 1946 von der Agrarbank eingeräumten Agrarkredite 336,9 Mill. TL betrugen, beliefen sie sich Ende 1956 bereits auf 1.550,6 Mill. TL, was einem Zuwachs von 460,3% entspricht. Neben dieser erheblichen Ausweitung der Agrarkredite steigerten sich auch die Fehlbeträge des "Amtes für landwirtschaftliche Erzeugnisse" ständig, die durch gezahlte Getreidegarantiepreise

entstanden. Das genannte Amt hatte im Jahre 1953 48 Mill. TL, 1954 103 Mill. TL, 1955 35 Mill. TL, 1956 50 Mill. TL und im Jahre 1957 3 Mill. TL Verlust. Die dazu vom Staat finanzierte starke Investitionstätigkeit, die übermässige Zunahme von Notenbankkrediten, der überhöhte Nachfragedruck und die ständig steigenden Preise waren der Grund für diese unerfreuliche Entwicklung des Landes.

Über diese Situation urteilt die OEEC in einem Bericht wie folgt:¹⁾

"Die übermässige Nachfrage, die in den letzten Jahren das innere und äussere Gleichgewicht der türkischen Wirtschaft erheblich gestört hat, wurde durch die leichte Beschaffung von Bankkrediten, durch Handelsfehlbeträge und die garantierten Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch stärker erhöht. Die schnelle Ausweitung der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung reichte nicht aus, um den Investitionsbedarf und den laufenden Verbrauch zu befriedigen".

über die von der Regierung getroffenen Massnahmen berichtet der Europäische Wirtschaftsrat:²⁾

"Die wirtschaftsaussichten der Türkei für die nächste Zukunft und ihre Möglichkeiten, ein Wiederaufleben des überhöhten Nachfragedrucks zu verhindern, hängen von der Stosskraft ab, mit der die Regierung die kürzlich angekündigten Massnahmen zur Drosselung der Aufwärtstendenzen von Nachfrage und Kosten durchsetzen wird. Die Regierung beabsichtigt, die Investitionstätigkeit im nächsten Jahr zu beschränken, damit diese die vorhandenen innen- und aussenwirtschaftlichen Mittel nicht übersteigt. In Zukunft sollen der allgemeine Haushalt, die Sonderhaushalte und die Fehlbeträge des Toprak Ofis³⁾ ohne Inanspruchnahme von Notenbankkrediten aus dem Haushalt oder den tatsächlichen Ersparnissen gedeckt werden. Der oben erwähnte Ministerausschuss wird die laufenden Investitionen

-
- 1) Der europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC), 8. Bericht, Bd. 1, Deutsche Übersetzung, herausgeg. vom Bundeswirtschaftsminister für wirtschaftl. Zusammenarbeit 1957, S. 317.
 - 2) OEEC-Bericht, a. a. O., S. 318
 - 3) "Amt für landwirtschaftliche Erzeugnisse"

aller staatlich überwachten Unternehmungen kontrollieren, um sicherzustellen, dass alle Investitionen in der Türkei aus innenwirtschaftlichen Ersparnissen und Auslandskrediten finanziert werden".

Nach diesem kurzen Überblick über die wirtschaftslage der Türkei setzen wir unsere Ausführungen über die Agrarbank fort.

Die Agrarbank unterliegt den Vorschriften des Agrarbankgesetzes Nr.3202. Lt. Art.1 dieses Gesetzes ist "die Agrarbank ein staatliches Kreditinstitut, das den Bestimmungen eines für sie erlassenen Gesetzes und denen des Privatrechts unterworfen ist. Sie ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts und wird von den durch dieses Gesetz bestellten Organen verwaltet und kontrolliert". Durch das Gesetz Nr. 3460 wurde sie als Staatsanstalt mit kaufmännischer Geschäftsführung konstituiert.

Der Hauptsitz der Bank ist Ankara. Sie hat z.Z. 565 Niederlassungen im Lande. Ende 1956 waren bei der Bank insgesamt 7 600 Beamte, Angestellte usw. tätig.

1. Kapital

Die Bank wurde mit 300 Mill.TL Nennkapital gegründet. Das sich im Laufe der Zeit nicht als ausreichend erweisende Kapital wurde nach mehreren Aufstockungen auf 750 Mill. TL erhöht. Der untenstehenden Tabelle ist der Zuwachs der Eigenmittel zu entnehmen:¹⁾

(in Mill. TL)

Jahr	nom.Kapital	eingezahltes Kapital	Reserven	Insges.
1949	300	97,1	58,5	155,6
1950	300	115,2	65,2	180,4
1951	300	151,8	71,7	223,5
1952	300	182,0	83,6	265,6
1953	300	216,6	103,6	320,2
1954	300	249,0	123,6	372,6
1955	750	295,0	136,0	431,0
1956	750	341,6	147,8	489,4
1957	750	359,9	148,7	508,6
1958	750	425,0	160,2	585,2

Das Kapital der Bank wird aufgebracht durch Abzweigung eines Satzes von 6% aus der allgemeinen Grundsteuer, durch einen Zuschuss von 1% der vom Parlament genehmigten budgetierten Einnahmen, durch gelegentliche Sonderzuweisungen des Staates und durch die Zuführungen aus dem Reingewinn der Bank.

An der Spitze der Fremdmittel der Bank stehen die Einlagen durch Unterhaltung von Zweigstellen im ganzen Land. Als Folge ihrer soliden Arbeitsweise sowie durch die Prämienverteilung gelingt es der Bank, ihre Depositeneingänge von Jahr zu Jahr zu vermehren.

Die Bank ist ausserdem befugt, Obligationen auszugeben. Die Summe der von ihr emittierten Obligationen betrug im Jahre 1950 30 Mill.TL, 1953 106 Mill.TL, 1956 152 Mill.TL und im Jahre 1958 169 Mill.TL.

Andere Fremdmittel der Agrarbank sind die Kredite der Zentralbank. Laut § 22 des Agrarbankgesetzes kann sie ihr Wechselportefeuille bei der Zentralbank rediskontieren lassen, sowie gegen Wertpapiere Vorschüsse erhalten.

Aus der folgenden Tabelle ist der Entwicklungsverlauf der Einlagen der Bank sowie der Notenbankkredite ersichtlich.¹⁾

(in Mill. TL)

Jahr	Einlagen	Notenbankkredite
1949	326,0	166,9
1950	433,9	142,2
1951	611,0	211,5
1952	751,8	407,9
1953	891,7	406,2
1954	911,0	722,9
1955	1.093,7	695,5
1956	1.270,5	971,3
1957	1.544,4	1.098,4
1958	1.584,0	1.317,2

1) Quelle: Die betr. Bankberichte über das Geschäftsjahr

2. Agrarkredite

Die von der Bank eingeräumten Agrarkredite lassen sich in vier Gruppen unterteilen:

- a) Zur Ergänzung des Umlaufvermögens eingeräumte Kredite. Mit diesen Krediten wird bezweckt, die Fortsetzung der Produktion zu ermöglichen. Die zu dieser Gruppe gehörenden Kredite haben höchstens Einjahresfrist und müssen aus dem Einkommen desselben Jahres zurückgezahlt werden.
Neben diesen Krediten gewährt die Bank auch Ausstattungskredite zur Beschaffung landwirtschaftlicher Geräte, die eine Fünfjahresfrist haben.
- b) Zur Verbesserung und zur Vermehrung der Produktion gewährte Kredite. Ihre Laufzeit beträgt je nach Art bis zu 20 Jahren.
- c) Zur Gründung neuer landwirtschaftlicher Betriebe oder zur Erweiterung der bestehenden Unternehmungen gewährte Kredite. Diese werden mit dem Zweck gewährt, die Bauern zu Bodenbesitzern zu machen oder unrentable Parzellen zu erweitern. Die Frist beträgt 20 Jahre.
- d) Zur Beschaffung von Absatz- und Verkaufsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gewährte Kredite. Die Frage der Verwertung, Klassifizierung und des Verkaufs von landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter günstigen Bedingungen ist von besonderer Bedeutung. Um die Landwirte bei der Verwertung ihrer Erzeugnisse zu unterstützen sind sog. Verkaufsgenossenschaften errichtet worden, die im Anschluss bei der "Organisation" behandelt werden.

Die Struktur der von der Agrarbank eingeräumten Agrarkredite ist der untenstehenden Tabelle zu entnehmen.¹⁾

1) Quelle: Die betr. Bankbilanzen und "Resumé des Activités de la T.C. Ziraat Bankasi au Cour des Dernières Années", Ankara 1958, S.8 ff.

(in Mill.TL)

Art	1949	1953	1957	1958
Direkte Kredite an Landwirte	187,0	709,6	862,5	823,1
Kredite an landwirtschaftliche Kreditgenossensch.	88,1	238,0	330,9	313,1
Kredite an landwirtschaftliche Verkaufsgenossensch.	43,1	188,0	796,1	889,6
Kredite an das Amt für landwirtschaftliche Ausstattung.	-	18,0	12,7	19,3
Kredite für Saatgut	18,7	59,0	132,9	116,2
Insges.	336,9	1.212,6	2.108,1	2.161,3

Die Agrarkredite können entsprechend ihrer Frist folgendermassen gruppiert werden:¹⁾

(in Mill.TL)

Frist	1949	1953	1957
Bis zu 1 Jahr kurzfristige Kredite	326,6	925,0	1.779,5
Bis zu 5 Jahren mittelfrist. Kredite	5,4	224,0	216,5
Bis zu 20 Jahren langfrist. Kredite	7,9	63,6	112,1
Insges.	336,9	1.212,6	2.108,1

Lt. Art.11 des Agrarbankgesetzes wird bei Agrarkrediten eine der unten aufgeführten Sicherheiten gefordert.

Die genannten Sicherheiten sind:

Bürgschaft der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, Anteil des Kreditnehmers bei den genannten Kredit-

1) Quelle: "Resumé des Activités de la T.C. Ziraat Bankasi au Cour des Dernières Années", Ankara 1958, S.89

genossenschaften, solidarische Bürgschaft der Landwirte, Bürgschaft des Staates oder der Provinz, Eintragung einer Grundschuld, Hinterlegung beweglicher Werte oder landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Augenblicklich nimmt die Bank für Agrarkredite einen Zinssatz in Höhe von 2,5 bis 7%. Bei kurzfristiger Krediteinräumung beträgt der Zinssatz 7%, während bei langfristigen Krediten der Zinssatz nur 3 bzw. 2,5% beträgt.

In den letzten Jahren spielte die Agrarbank bei der Mechanisierung der türkischen Landwirtschaft - neben Marshallplan-Geldern - eine wichtige Rolle. Die Bank führte landwirtschaftliche Geräte und Maschinen von den westeuropäischen Ländern ein und erleichterte deren Kauf durch Kredite, die sie den Landwirten gewährte. Der Bauer musste 20% des Betrages für Maschinen oder Geräte sofort, den Restbetrag innerhalb drei Jahren zuzüglich 3% Zinskosten zahlen.

Die folgende Tabelle veranschaulicht den steigenden Mechanisierungsgrad der türkischen Landwirtschaft.¹⁾

Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten
(in Stück)

Art	1940	1953	1955	1957
Pflüge verschiedener Art	432.071	906.776	994.019	939.574
Traktoren	1.304	35.792	41.880	46.251
Traktoren	1.066	35.541	40.288	44.144
Zentrifugen	13.530	52.355	72.326	82.946

Die von der Bank für den Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte gewährten Kredite betrugen:²⁾

1) "Resumé des Activités de la T.C.Ziraat Bankasi au Cour des Dernières Années", Ankara 1958, S.28

2) Siehe die betr. Jahresberichte der Bank

Kredite für Maschinen und Geräte

(in Mill.TL)

Jahr

1949	-
1951	74,7
1953	176,0
1955	162,1
1957	107,0

Die Agrarbank ist z.Z. auch eine wichtige Depositenbank. Von allen Banken unterhält sie die meisten Niederlassungen im Lande. Diese Situation ermöglicht es ihr, mehr Depositengelder als andere Banken zu sammeln und einen Kundendienst zu unterhalten, der für die in wirtschaftsdingen unerfahrenen Bauern von grösster Bedeutung ist.

Die folgende Tabelle zeigt die Handels- und Finanzanlagen der Bank.¹⁾

(in Mill.TL)

Jahr	Kommerzielle Anlagen	Finanz- anlagen
1939	57,5	6,9
1949	207,1	97,7
1951	308,2	122,1
1953	365,7	120,1
1955	602,3	123,4
1957	871,0	265,5
1958	923,9	304,5

Ende 1958 war die Bank an folgenden wirtschaftszweigen beteiligt.²⁾

(in Mill.TL)

Beteiligungen an	Höhe der bereits eingezahlten Beteiligung
Banken	4,7
Landwirtschaftl.Industrien	19,9
Düngerindustrie	34,8
Textilindustrie	7,6
Elektrizitätsindustrie	0,4

1) "Murakabenin 20 yili", a.a.O., S.111 ff.

2) Siehe Jahresbericht der Agrarbank von 1958

Übertrag:	67,4
Maschinenindustrie	2,6
Fremdenverkehrsindustrie	2,3
Versicherungsgesellschaften	0,7
Sonst. Gesellschaften	7,3
Insges.	80,3
	=====

Bei der Betrachtung der Agrarbank verdienen die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften und Verkaufsgenossenschaften besondere Beachtung.

Die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften wurden auf Grund des Gesetzes Nr.2836 gegründet und haben sich dank der Unterstützung durch die Agrarbank und des Interesses der türkischen Bauern für diese Einrichtung ständig weiterentwickelt. Gründungsbedingung ist, dass sich in einem Ort mindestens 30 Landwirte als Genossen finden und das Handelsministerium die Erlaubnis zur Gründung gibt. Jeder Genosse soll mindestens einen, höchstens aber 75 Geschäftsanteile bei der Genossenschaft erwerben. Die Mitglieder haften für die Verbindlichkeiten solidarisch und unbeschränkt.

Ende 1938 gab es in der Türkei 586 Kreditgenossenschaften mit insgesamt 119.180 Mitgliedern. Ihr Gesamtkapital betrug 4,4 Mill. TL; die Agrarbank hatte ihnen Kredite von 9,1 Mill. TL eingeräumt und sie selbst hatten im Laufe desselben Jahres insges. 14,25 Mill.TL Kredit gewährt. Im Jahre 1958 betrug die Zahl der Kreditgenossenschaften bereits 1 546 mit einer Mitgliederzahl von 904.127 und einem Kapital von 78,5 Mill. TL. Sie gewährten Kredite in Höhe von 4.255,9 Mill.TL und erhielten von der Agrarbank 313,1 Mill. TL Kredite eingeräumt.¹⁾

Die landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften haben die Aufgabe Absatzmärkte für die landwirtschaftlichen Produkte zu schaffen. Ihre Mitgliederzahl und ihre Ka-

1) "Banque Agricole", 1953, Nr.32, S.256 ff. und die Bilanzen sowie Jahresberichte der betreffenden Bank.

pitalausstattung haben ständig zugenommen, da sie von der Agrarbank unterstützt wurden und sich die Bauern dieser Gesellschaften gerne bedienen. Ende 1958 gab es in der Türkei 200 landwirtschaftliche Verkaufsgenossenschaften mit 195.072 Mitgliedern. Ihre Eigenmittel beliefen sich auf 166,2 Mill. TL.¹⁾

Überblick über die Kredite, die den Verkaufsgenossenschaften von der Agrarbank eingeräumt wurden:²⁾

(in Mill.TL)

<u>Jahr</u>	<u>Höhe der gewährten Kredite</u>
1949	43,1
1951	89,0
1953	187,9
1955	283,7
1957	769,1
1958	889,6

3. Organisation

Die Bank ist eine sog. Staatsanstalt mit kaufmännischer Geschäftsführung. Ihre Organe sind daher durch Gesetz Nr. 3460 "Gesetz über die Leitung und Überwachung der Staatsbetriebe" bestimmt.

Die Organe sind:

- a) die Generalversammlung der wirtschaftlichen Staatsbetriebe,
- b) der Hohe Aufsichtsrat,
- c) der Verwaltungsrat,
- d) das Direktorium.

Die Generalversammlung der wirtschaftlichen Staatsbetriebe ist das oberste Organ aller Staatsbetriebe und befugt, die Grundlinie der Geschäftsführung festzusetzen sowie

1) Siehe Bericht der Agrarbank über das Geschäftsjahr 1958, S.21

2) Die Jahresberichte der betr. Bank

die Tätigkeit der Staatsbetriebe zu überwachen. Die Bilanzen der Staatsbetriebe werden von der Generalversammlung der wirtschaftlichen Staatsbetriebe festgestellt.

Vorsitzender der genannten Generalversammlung ist der Ministerpräsident. Die Mitglieder sind unter Teilnahme von Abgeordneten der Grossen Nationalversammlung der Arbeits-, Finanz-, Wirtschafts-, Handels- und Landwirtschaftsminister. Die Generalversammlung wird auf Einladung des Ministerpräsidenten einberufen. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Alle Staatsbetriebe in der Türkei sind der ständigen Überwachung und Kontrolle des Hohen Aufsichtsrats unterworfen. Er untersteht den Anweisungen des Ministerpräsidenten. Die Mitgliederzahl des Hohen Aufsichtsrats wird vom Ministerrat festgesetzt. Z.Z. besteht der Hohe Aufsichtsrat aus einem Vorsitzenden und sieben Mitgliedern. Der Präsident und die Mitglieder werden auf Vorschlag des Finanz- und Handelsminister vom Ministerrat ernannt. Die Aufgabe des Rates besteht darin, die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Staatsbetriebe fachmännisch zu prüfen, sich mit Rationalisierungsfragen zu befassen und dem Wirtschaftsministerium darüber Bericht zu erstatten.

Die Leitung der Agrarbank obliegt dem Verwaltungsrat. Er besteht aus einem Präsidenten und sechs Mitgliedern. Der Präsident wird auf Vorschlag des Wirtschaftsministers und auf Beschluss des Ministerrats vom Staatspräsidenten ernannt. Der Generaldirektor der Bank ist stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrats. Von den Mitgliedern wird das erste auf Vorschlag des Wirtschaftsministers, das zweite auf Vorschlag des Landwirtschaftsministers und das dritte auf Vorschlag des Finanzministers vom Ministerrat ernannt. Das vierte Mitglied wird von der Generalversammlung und das fünfte von den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften gewählt.

Der Kreditausschuss unter dem Vorsitz des Wirtschaftsministers besteht aus den Vertretern des Landwirtschafts- und Finanzministeriums und den Mitgliedern und dem Präsidenten des Verwaltungsrats, dem Generaldirektor der Bank sowie seinen zwei Stellvertretern. Der Kreditausschuss hat die Verteilung der Agrarkredite entsprechend der wirtschaftlichen Lage des Landes zur Aufgabe.

Für die allgemeine Geschäftsführung und für die Durchführung aller Beschlüsse des Verwaltungsrats sowie des Kreditausschusses ist der Generaldirektor der Bank verantwortlich. Er und seine zwei Stellvertreter werden auf Vorschlag des Wirtschaftsministers und durch Beschluss des Ministerrats vom Staatspräsidenten ernannt.

Die Jahresbilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der Agrarbank werden vom Direktorium in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres aufgestellt und dem Verwaltungsrat vorgelegt. Der von ihm gebilligte Jahresabschluss wird wiederum dem Hohen Aufsichtsrat eingereicht. Der Hohe Aufsichtsrat hat nach dessen Prüfung, den Jahresabschluss - seinen Bericht beifügend - der Generalversammlung der Staatsbetriebe vorzulegen. Daraufhin wird der Jahresabschluss festgestellt und der Verwaltungsrat entlastet.

Abschliessend soll die Jahresschlussbilanz der Agrarbank zum 31.12.1958 wiedergegeben werden.

Jahresschlussbilanz zum 31.12.1958

<u>Aktiv a</u>	<u>in TL</u>
Nicht eingezahltes Kapital	324.975.500,--
Kassenbestand und Zentralbank- guthaben	167.615.508,32
Gesetzl. Liquiditätsreserven	261.205.862,24
Nostroguthaben	112.436.309,10
Wechsel	139.975.401,55
wertpapiere	43.385.398,12
Debitoren	781.178.504,16
Agrarkredite	2.032.483.801,82
Beteiligungen	96.509.482,26
Immobilien u. Inventar	83.440.394,30
Sonstige Aktiva	456.015.639,81
Summe der Aktiva	4.499.221.801,68 =====

<u>Passiva</u>	<u>in TL</u>
Kapital	750.000.000,--
Reserven	160.251.962,25
Rückstellungen	2.476.891,87
Obligationen	169.507.000,--
Nostroverpflichtungen	1.317.218.495,07
Einlagen	1.584.098.386,04
Zahlungsaufträge	23.749.364,89
Sonstige Passiva	434.757.581,27
Gewinn	57.162.120,29
Summe der Passiva	4.499.221.801,68 =====

III. Die Immobilien- und Kreditbank (Türkiye Emlâk Kredi Bankası)

Die neue türkische Regierung gründete im Jahre 1926 die Immobilien- und Kreditbank, der neben den üblichen Bankgeschäften insbesondere die Versorgung der Landbevölkerung mit Krediten zur Bebauung des Ackerbodens oblag.

Durch das Gesetz von 1946 hat die Struktur der Bank manche Änderung erfahren. Sie hat den neuen Namen "Türkiye Emlâk kredi Bankası" (Türk. Immobilien- und Kreditbank) angenommen.

Der Hauptsitz der auf Grund eines eigens für sie geschaffenen Gesetzes und in der Rechtsform der Aktiengesellschaft gegründeten Bank ist Ankara. Sie ist befugt, im Lande Filialen zu unterhalten, von denen z.Z. 58 mit insgesamt 1 037 Beamten, Angestellten u.dgl. bestehen.

1. Das Kapital

Nach mehrmaligen Aufstockungen stieg das Kapital der Bank, auf Grund des Gesetzes Nr. 6143, auf 300 Mill. TL. Davon sind 96,1 Mill. TL noch nicht eingezahlt. Diese 300 Mill. TL sind auf 3 Mill. Aktien mit je 100 TL Wert verteilt. Es gibt zwei Gruppen von Aktien.

Die Aktien der Gruppe A bilden 55% des Kapitals. Es sind Namensaktien und sind im Besitz des Staates.

Die Aktien der Gruppe B bilden 45% des Kapitals. Es handelt sich um Inhaberaktien, die im Besitze juristischer und natürlicher Personen sind. Diese Gruppe von Aktien kann, wenn die Wiederveräußerung an Private beabsichtigt ist, vom Staat erworben werden.

Das Kapital zur Bezahlung der A-Aktien wird aufgebracht durch die dem Staat zustehenden Dividenden und den jährlichen Zuschuss aus dem staatlichen Budget, der nicht weniger als 15 Mill. TL betragen soll.

Anschliessend ein Überblick über die Eigenmittel der Bank.¹⁾

(in Mill. TL)

<u>Jahr</u>	<u>Eigenmittel</u>
1950	55,0
1951	82,0
1952	107,7
1953	111,1
1954	130,1
1955	154,5
1956	171,4
1957	194,2
1958	216,9

Nach Gesetz Nr.4947 kann die Bank Obligationen mit einer Laufzeit von mehr als 20 Jahren im Wert von 200% des Kapitals ausgeben.

Andere Fremdmittel der Bank bestehen aus Depositengeldern und "Sonstigen Mitteln". Der grösste Teil der unter der Position "Sonstige Mittel" aufgeführten Gelder sind Notenbankkredite, ferner die von der "Amortisations- und Kreditkasse" an die Bank gewährten Kredite in laufender Rechnung.

Aus der untenstehenden Tabelle ist der Entwicklungsgang der Fremdmittel der Immobilien- und Kreditbank ersichtlich.²⁾

(in Mill. TL)

<u>Jahr</u>	<u>Obligationen</u>	<u>Depositen- gelder</u>	<u>"Sonstige Mittel"</u>	<u>Insges.</u>
1949	0,08	30,45	9,80	40,33
1950	0,08	35,89	2,60	38,57
1952	0,07	93,05	16,90	110,02
1954	75,72	165,63	104,80	346,15
1956	58,56	270,25	163,36	592,17
1958	258,38	347,24	375,66	981,28
1959	304,78	401,78	411,16	1.121,74

1) Siehe die betr.Jahresberichte der Bank

2) Dieselbe Quelle

Die Depositengelder von 1959 setzen sich zu 64% aus Spareinlagen und zu 36% aus sonstigen Einlagen zusammen.

2. Aufgabengebiet

Die Aufgaben der Bank sind folgende:

- a) Familien, die keine Wohnung besitzen, bei der Beschaffung einer solchen und beim Bau eines Hauses zu unterstützen,
- b) langfristige Hypothekarkredite mit einer Laufzeit bis zu höchstens 50 Jahren zum Zwecke der Ausbesserung, Änderung sowie Erweiterung der bestehenden Wohnhäuser zu gewähren,
- c) auf ihren eigenen Grundstücken Häuser zu bauen und diese gegen bar oder in Raten zu verkaufen,
- d) eine Baumaterialindustrie zu gründen sowie sich an bestehenden Unternehmungen zu beteiligen und einen Baumaterialhandel aufzuziehen,
- e) jede Art von Bankgeschäften zu betreiben.

Bis vor zehn Jahren hatte die Bank ihre Tätigkeit nur auf Ankara beschränkt und beim Bau der Stadt eine entscheidende Rolle gespielt. Seit dieser Zeit erweiterte sie ihre Tätigkeit und hat nun Niederlassungen im ganzen Lande.

3. Baukredite der Bank

Die von der Bank eingeräumten Baukredite lassen sich in drei Kategorien einteilen:

- a) Diese Kredite sind für Bauherrn bestimmt, die, deren Ehefrauen oder deren Kinder kein Wohnhaus haben. Das geplante Wohnhaus darf nicht mehr als zwei Wohnungen enthalten. Solchen Kreditnehmern gewährte Kredite sind billiger als die anderen Baukredite. Die Tilgungsfrist beläuft sich auf mehr als 20 Jahre, wobei Zinsen von 5% zu entrichten sind. Die Kredite

werden als Hypothekarkredite bis zu einer Höhe von 90% der Bausumme gewährt.

Die Höhe des jährlichen Kontingents dieser Kredite wird jedes Jahr vom Ministerrat - entsprechend der wirtschaftlichen Lage des Landes - festgesetzt. Dieses Kreditkontingent ergibt sich aus einem jährlich neu zu bestimmenden Prozentsatz, der von der Summe des mit staatlicher Beteiligung und der Ausgabe von Obligationen gewonnenen Kapitals abgezweigt wird.

- b) Die zweite Kreditgruppe ist bestimmt für die Bauherren, die bereits ein Haus besitzen oder ein Haus mit mehr als zwei Wohnungen bauen wollen. Diese Kredite haben eine Laufzeit von 50 Jahren; der Zins beträgt 7%. Die Höhe dieser Kredite darf 50% des geschätzten Bauwertes nicht übersteigen.
- c) Ausser den genannten zwei Kreditgruppen gewährt die Bank Kredite mit einer Laufzeit von 20 Jahren zum Bau von Arbeiterwohnungen. Für diese Kredite wird ein Zins von 4% erhoben.

Überblick über die von der Bank gewährten Baukredite:¹⁾

(in Mill.TL)

Jahr	Baukredite zu 7%	Baukredite zu 5%	Baukredite zu 4%	Ges.
1954	217,0	71,4	-	288,4
1955	304,1	70,4	15,2	390,0
1956	317,8	70,9	26,2	414,9
1957	345,6	75,0	38,8	459,4
1958	351,0	76,4	58,7	486,1

Die Bank fördert mit Baukrediten sowie mit eigenem Hausbau die Errichtung und Erweiterung von Bauten im Lande. Die Zahl der von der Immobilien- und Kreditbank selbst und der von den Kreditnehmern gebauten Wohnhäuser und anderer Gebäude entwickelte sich im Laufe der Jahre wie

1) Die Jahresberichte der betrff. Bank

folgt:¹⁾

Jahr	Zahl der Wohnhäuser sowie anderer Gebäude
------	--

1950	3.298
1951	7.509
1952	10.494
1953	12.267
1954	10.298
1955	12.925
1956	7.228
1957	9.840
1958	6.598

Ausser den o.a. Baukrediten steht die Bank bei der Beschaffung von wohnhäusern den Bausparern mit einem Bausparsystem zur Seite.

Dieses System beruht auf der Beteiligung des Kreditnehmers an dem Kapital, aus dem er seinen Baukredit erhalten wird. Der Bausparer schliesst mit der Bank einen Vertrag ab, durch den die Bank sich verpflichtet, ihrerseits Baukredite in Höhe von 8.000 bis 40.000 TL zu gewähren, während der Sparer die Verpflichtung eingeht, 25% der Vertragssumme (bei Gebäuden, die nicht Wohnhäuser sind, 50%) bei der Bank anzusparen. Der Sparer soll jeden Monat mindestens 2,5% der Vertragssumme auf dem Bausparkonto anlegen. Der genannte Betrag von 25% der Vertragssumme kann in kurzer Zeit gespart werden, wobei aber wieder mindestens 18 Monate abgewartet werden müssen, damit der Bausparvertrag überhaupt zuteilungsreif wird.

Wenn dieser Betrag von dem Bausparer voll einbezahlt ist, wird ihm von der Bank ein Hypothekarkredit in Höhe der Vertragssumme - jedoch nicht mehr als 90% des Bauschätzwertes - (bei Gebäuden, die nicht Wohnhäuser sind, 50%) eröffnet. Die Zinshöhe für Baukredite bei Wohnhäusern beträgt 5%, bei anderen Gebäuden 7%. Die Laufzeit der Kredite beträgt für 65% der Summe 20 Jahre, für die restlichen 35% 11 Jahre.

1) Der Jahresbericht der betr. Bank von 1958

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Zahl der von der Bank abgeschlossenen Bausparverträge und deren Höhe zu ersehen.¹⁾

Jahr	1955	1956	1957	1958
Zahl der Verträge	1.023	1.447	2.354	3.000
Vertragssummen (in Mill.TL)	25,1	39,2	67,3	81,6

Ausser den Baukrediten gewährt die Bank auch kurzfristige Handelskredite, besonders den Unternehmungen, die sich mit dem Handel von Baumaterial beschäftigen. Die Summe der von der Bank gewährten Handelskredite betrug im Jahre 1957 557,6 Mill.TL und im Jahre 1958 675,8 Mill.TL. Die Beteiligungen der Bank - besonders an der Baumaterialindustrie - betrugen 1959 101,7 Mill.TL.

4. Organisation

Die Organe der Bank sind Hauptversammlung, Verwaltungsrat, Direktorium und Prüfer.

Bei der Hauptversammlung gewähren je 10 Anteile ein Stimmrecht.

Der Verwaltungsrat besteht aus 7 Mitgliedern. Davon werden vier auf Vorschlag des Finanzministers vom Ministerrat ernannt, während die anderen drei Mitglieder unter den Besitzern der B-Klasse-Aktien ausgewählt werden. Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt 3 Jahre; wiederholte Bestellung ist zulässig. Der Verwaltungsrat hat die Bank im Rahmen des Immobilien- und Kreditbank-Gesetzes und der Satzung zu leiten.

Ein Mitglied des Verwaltungsrats wird vom Ministerrat zum Direktor der Bank ernannt. Er soll die Bank gerichtlich und aussergerichtlich vertreten und ist für die Ge-

1) Vgl. die betr. Jahresberichte der Bank

schäftsführung der Bank verantwortlich.

Die Geschäftsführung und die Bücher der Bank werden von zwei Prüfern ständig kontrolliert. Ein Prüfer wird von der Regierung ernannt, während der andere von den Besitzern der Aktiengruppe B gewählt wird.

Die Prüfer reichen am Ende jeden Jahres einen Bericht über die Geschäftsführung und die Bücher der Bank der Hauptversammlung ein.

Bilanz der Immobilien- und Kreditbank zum 31.12.1958

<u>Aktiva</u>	<u>in TL</u>
Nicht eingezahltes Kapital	119.677.565,91
Kassenbestand und Zentralbankguthaben	21.345.400,20
Gesetzl. Liquiditätsreserven	62.957.820,68
Nostroguthaben	8.289.020,74
Wechsel	11.696.118,75
Wertpapiere	11.355.799,60
Debitoren	659.897.220,83
Hypothekarkredite	486.126.726,92
Baukonto	78.335.073,02
Sonst. Debitoren	45.276.724,59
Beteiligungen	86.017.500,--
Immobilien u. Inventar	108.051.235,79
Sonstige Aktiva	125.359.450,90
Warenbestand	125.541,85
Summe der Aktiva	1.824.511.199,78
	=====

<u>Passiva</u>	<u>in TL</u>
Kapital	300.000.000,--
Reserven	30.639.776,12
Obligationen	258.387.600,--
Nostroverpflichtungen	375.662.751,55
Einlagen	347.242.988,92
Zahlungsaufträge	547.899,90
Sonstige Kreditoren	430.716.476,32
Sonstige Passiva	64.181.309,--
Gewinn	17.132.397,97
Summe der Passiva	1.824.511.199,78
	=====

IV. Die Sünerbank

Die Industrialisierung Europas wirkte sich auch auf das auf Handarbeit und persönlicher Geschicklichkeit beruhende Handwerk im Osmanischen Reich negativ aus. Wegen der schwachen finanziellen Situation konnte unterdem feudalistischen System des Sultanats nicht einmal das Fundament zu einer umfassenden Industrialisierung gelegt werden. Das Handwerk musste schwer um seinen Fortbestand kämpfen, da seine Produktion teurer war als die auf Fließband hergestellten Waren der Fabriken.

Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass sich der türkische Raum in einen offenen Markt für ausländische Waren verwandelte. Diesem Druck vermochte das handwerkliche Gewerbe auf die Dauer nicht standzuhalten; das Imperium wurde im Laufe der Zeit ein Rohstoff-Exportland.

Mehrfache Bestrebungen des Sultanats, eine wirtschaftliche, soziale und politische Reform zu verwirklichen und dadurch diesem Mißstand ein Ende zu bereiten, waren wenig erfolgreich.

Die Aufgaben, denen sich die neue Türkische Republik gegenüber sah, kommt in den Worten ihres Gründers, Mustafa Kemal Pascha, zum Ausdruck: "Wir wollen nicht auf unsere militärischen Siege stolz sein, sondern wir wollen neue wissenschaftliche und wirtschaftliche Siege vorbereiten". Ein vom Krieg verwüstetes Land mit leeren, sogar mit Schulden belasteten Staatskassen sind Beweise für die Schwierigkeiten und die dringlichsten Aufgaben der neuen Regierung.

Die erste Massnahme, die die Regierung zur Förderung der Industrialisierung traf, war die Inkraftsetzung des "Industrieförderungsgesetzes" vom 28. Mai 1927. Mit diesem Gesetz wurde bezweckt, die im Lande bereits bestehende Kleinindustrie zu unterstützen und zu fördern und die Gründung

von neuen Industrieunternehmungen zu ermöglichen. Neben anderen günstigen Bedingungen hatte das Gesetz für diese Unternehmungen erhebliche Steuerbegünstigungen vorgesehen. Dabei wurde aber das Wichtigste, die Gründung eines Instituts nämlich, das die Industrie mit Krediten versorgen sollte, vergessen. Das genannte Gesetz blieb 15 Jahre in kraft. Obwohl die gewünschte Entwicklung der Industrie ausblieb, war doch eine gewisse Produktionssteigerung zu verzeichnen.

Der geringe Erfolg zwang die Regierung, neue Massnahmen zu ergreifen. Inzwischen hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass das Privatkapital nicht in der Lage war, die Industrialisierung des Landes zu ermöglichen. Infolgedessen nahm der Staat die Schaffung der für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wichtigen Industrien selbst in die Hand. Er gründete die Staatsbanken, die die Gründung und Finanzierung der neuen staatlichen Industrieunternehmen zur Aufgabe hatten. So entstand die Sümerbank.

1. Gründung

Ihre heutige Struktur hat die Sümerbank nach mehreren Entwicklungsstadien erhalten.

Am 19. April 1925 wurde die "Türkische Industrie- und Montanbank" mit der Aufgabe der Gründung und Finanzierung von staatlichen Industrieunternehmen errichtet. Bis zum Jahre 1931 konnte diese Bank bestehen. Der Mißerfolg ist darin zu suchen, dass die von der Bank übernommenen Industrieanlagen veraltet waren und die Bank ihre Mittel daher überwiegend für Reinvestitionen verwenden musste.¹⁾

Sie wurde aufgelöst und stattdessen zwei neue Institute gegründet: das "Staatliche Industrieamt", das durch Gesetz Nr. 2085 im Jahre 1932 ins Leben gerufen wurde und

1) Ferman, Cumhur: "Türkiyede Sanayi Kredisi", Istanbul 1951, S. 75

die Gründung sowie Finanzierung der staatlichen Betriebe zur Aufgabe hatte. Das zweite Institut war die am 11.7.1932 auf Grund Gesetz Nr.2064 gegründete und zur Kreditversorgung der staatlichen Industriebetriebe beauftragte "Industrie- und Kreditbank der Türkei".

Diese Bank geriet ebenfalls in finanzielle Schwierigkeiten, da zwischen den Mitteln und den Kapitalanlagen der Bank ein Missverhältnis bestand. Obwohl die Regierung Massnahmen zur Beseitigung dieser Situation ergriff, konnte die Bank ihre Aufgaben dennoch nicht erfüllen.

Daraufhin vereinigten sich beide Institutionen zur Sümerbank (Gesetz Nr.2262 vom 3.6.1938).

Nach § 1 des Sümerbankgesetzes ist sie "eine juristische Person des öffentlichen Rechts, welche den Vorschriften eines für sie geschaffenen Gesetzes und des Privatrechtes unterworfen ist". Durch das am 17.6.1938 in Kraft getretene Gesetz Nr. 3460 wurde sie unter die Staatsanstalten mit kaufmännischer Geschäftsführung eingereiht.

Der Hauptsitz der Bank ist Ankara. Sie unterhält im Land 14 Filialen.

2. Kapital

Die Sümerbank wurde mit einem Kapital von 20 Mill. TL gegründet. Im Laufe der Zeit genügte dieses Kapital den wirtschaftlichen Erfordernissen jedoch nicht mehr und wurde durch mehrfache Kapitalerhöhungen auf 500 Mill.TL aufgestockt. Davon sind 259,5 Mill. TL bereits eingezahlt (Ende 1958). Das noch nicht eingezahlte Kapital in Höhe von 240,5 Mill. TL soll durch Zuschüsse aus dem staatlichen Budget und durch Zuführungen aus dem Reingewinn der Bank aufgebracht werden.

Überblick über die Versorgung mit Eigenmitteln.¹⁾

(in Mill.TL)

<u>Jahr</u>	<u>Eigenmittel</u>
1933	13,7
1950	195,6
1953	223,8
1954	249,4
1955	196,0
1957	325,1
1958	394,8

Der auffallende Rückgang des Kapitalstocks der Bank im Jahre 1955 ist darauf zurückzuführen, dass die Sümerbank den zwei inzwischen selbständig gewordenen Industrie-Körperschaften "Sümerbank Eisen- und Stahlwerk" und "Sümerbank Zellulose- und Papierfabrik", die unter der Kontrolle der Bank standen, Kapital in Höhe von 62 Mill.TL zur Verfügung gestellt hat.

Laut Art.4 des Sümerbankgesetzes steht ihr das Recht zu, in Höhe von 50% ihres Kapitals Obligationen auszugeben. Von dieser Möglichkeit wurde jedoch von der Bank kein Gebrauch gemacht. Wohl wurden 1939 Obligationen in Höhe von 246.984 TL emittiert, aber bereits nach einem Jahr wieder getilgt und aus dem Verkehr gezogen.²⁾

Obwohl der Kapitalmarkt in der Türkei nicht gut entwickelt war, wäre es der Sümerbank zweifellos möglich gewesen, wenn sie sich mit all ihr zur Verfügung stehenden Mittel dafür eingesetzt hätte, durch die Ausgabe von Obligationen eine Kapitalbeteiligung der Bevölkerung am den Industrieunternehmungen zu erreichen.

Neben Depositengeldern stellen die Kredite der Notenbank den wichtigsten Zufluss an Fremdmitteln für die Sümerbank dar. Die Politik der am 28.Mai 1960 gestürzten Regierung, die Industrialisierung grösstenteils mit

1) Vgl. "Sümerbank 1957", Veröffentlichungen und Bilanzen der Bank.

2) Ferman, Cumhuri, a.a.O., S.38

Notenbankkredit zu finanzieren, hatte der Sümerbank die Möglichkeit gegeben, hohe Kredite bei der Zentralbank aufzunehmen. Teile davon werden in den Geschäftsberichten der Sümerbank unter dem Posten "Sondermittel" aufgeführt. Die von ihr in Anspruch genommenen Notenbankkredite verschiedener Art beliefen sich im Jahre 1957 auf 223,7 Mill.TL, während sie im Jahre 1958 auf 211,6 Mill. TL absanken. Bei dieser Verminderung spielen die vorher genannten, von der Regierung im August 1958 getroffenen Massnahmen, die die Stabilisierung der türkischen Währung zum Zweck hatten, eine Rolle.

Die Sümerbank verfügte im Jahre 1957 über 138,7 Mill. TL Einlagen, die sich im Jahre 1958 auf 169,8 Mill.TL erhöhten. Davon sind 50,7 Mill.TL Spareinlagen, die restlichen 119,1 Mill.TL sonstige Einlagen.

3. Aufgabengebiet

Aufgaben der Bank sind:

- a) Gründung und Finanzierung der staatlichen Industrieunternehmungen,
- b) Versorgung der staatlichen und privaten Industrieunternehmungen mit Krediten,
- c) Beteiligung an bestehenden sowie zu gründenden Industrieunternehmungen,
- d) Durchführung von Bankgeschäften aller Art.

Die Sümerbank hat neben einigen Unternehmen, die sie bei der Gründung übernahm, den Aufbau weiterer Industrieunternehmungen im Lande finanziert. Sie kontrolliert z.Z. die folgenden 13 Industrie-Körperschaften, denen sie 248 Mill. TL Kapital zur Verfügung stellte.¹⁾

1) Bericht über das Geschäftsjahr 1958

(in Mill.TL)

Industrie-Körperschaften	Kapital	Reserven	Gewinn (+) Verlust(./.)
Baumwollweberei in Bakirköy	15	7,1	+ 4,7
" " " Eregli	12	7,0	+ 4,2
" " " Layseri	18	17,3	+ 5,0
" " " Malatya	15	9,3	+ 4,0
Sümerbank Kattunweberei	50	16,9	+ 17,6
" " Wollfabrik	28	8,8	+ 22,0
Wollfabrik in Merinos	33	17,3	+ 27,6
Kunstseidefabrik in Gemlik	10	2,3	+ 2,6
Hanfspinnerei in Taş köprü	5	0,001	./ 0,9
Leder- und Schuhfabrik in Beykoz	9	8,1	+ 8,6
Zementfabrik in Sivas	17	1,3	+ 1,0
Ziegelei in Filyos	11	0,8	+ 2,1
Sümerbank Ein- und Ver- kaufsorganisation	25	21,5	+ 29,0

Die oben genannten Industrie-Körperschaften sind juristische Personen des Privatrechts.

Die Versorgung dieser Industrie-Körperschaften mit Betriebskrediten ist Aufgabe der Sümerbank. Ausserdem soll sie nach Möglichkeit auch der Privatindustrie Kredite einräumen. Die Höhe der von ihr insgesamt eingeräumten Kredite betrug im Jahre 1957 310,9 Mill.TL, dagegen im Jahre 1958 387,2 Mill.TL. Die Kredite setzen sich folgendermassen zusammen.¹⁾

	Höhe der Kredite (in Mill.TL)	in %
Industrie-Körperschaften	188,5	48,6
Beteiligungen	49,9	12,9
Finanzierte Unternehmungen ²⁾	87,0	22,6
Privatindustrie	61,8	15,9
Insges.	387,2	100,0
	=====	

1) Siehe Geschäftsbericht der Sümerbank von 1958.

2) Kredite an zwei früher der Sümerbank unterstehende, inzwischen selbständig gewordene Unternehmungen

Die an die Privatindustrie gewährten Kredite haben folgende Zusammensetzung.¹⁾

	Höhe der Kredite (in Mill.TL)	in %
Ungedeckte Kredite	42,2	68,3
Kredite gegen Bürgschaft	3,7	5,9
Lombardkredite	14,5	23,5
Sonstige	1,4	2,3
Insges.	61,8	100,0
	=====	

4. Beteiligungen der Bank

Die Bank beteiligt sich überwiegend an Industrieunternehmungen, so 1957 mit 127,9 Mill.TL, 1958 mit 153,1 Mill.TL.

Im einzelnen bestehen folgende Beteiligungen.²⁾

	Höhe der Beteili- gung (in Mill.TL)	in %
Beteiligungen an 7 Banken und Versicherungsgesell- schaften	3,8	2,5
Beteiligungen an 39 In- dustrieunternehmungen	140,9	92,0
Beteiligungen an 8 son- stigen Unternehmungen	8,4	5,5
Insges.	153,1	100,0
	=====	

5. Organisation

Die Organe der Bank sind:

- a) Die Generalversammlung der wirtschaftlichen Staatsbetriebe,
- b) der Hohe Aufsichtsrat,
- c) der Verwaltungsrat,
- d) das Direktorium.

1) Siehe Geschäftsbericht der Sümerbank von 1958

2) Siehe Anm.1)

Wir hatten bereits Struktur, Aufgaben und Rechte der Generalversammlung und des Hohen Aufsichtsrates bei der Agrarbank (s.S.104) ausführlich beschrieben. Die gleichen Ausführungen gelten auch für die Sümerbank, da sie ebenfalls eine Staatsanstalt mit kaufmännischer Geschäftsführung ist.

Die Leitung der Sümerbank obliegt dem Verwaltungsrat. Er besteht aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern. Der Generaldirektor der Bank ist stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrats. Der Präsident und ein Mitglied werden auf Vorschlag des Wirtschaftsministers, das zweite Mitglied auf Vorschlag des Finanzministers und auf Beschluss des Ministerrats vom Staatspräsidenten ernannt, während das dritte Mitglied von der Generalversammlung gewählt wird. Die Amtsdauer des Präsidenten und der Mitglieder (ausser dem Generaldirektor) des Verwaltungsrats beträgt 3 Jahre, wobei die wiederholte Bestellung zulässig ist.

Für die allgemeine Geschäftsführung und für die Durchführung aller Beschlüsse des Verwaltungsrats ist der Generaldirektor der Bank verantwortlich. Er und seine zwei Stellvertreter werden auf Vorschlag des Wirtschaftsministers und auf Beschluss des Ministerrats vom Staatspräsidenten ernannt.

Die Sümerbank

Jahresabschlussbilanz zum 31.12.1958

<u>Aktiva</u>	<u>in TL</u>
Nicht eingezahltes Kapital	240.587.194,23
Kassenbestand und Zentralbank- guthaben	5.286.453,54
Gesetzl. Liquiditätsreserven	42.293.396,18
Nostroguthaben	5.786.093,81
Wechsel	6.803.521,41
Vorschüsse	167.307,93
Wertpapiere	1.576.100,--
Debitoren	387.244.955,45
Sonst. Debitoren	6.809.109,63
Beteiligungen	153.167.155,--
Für die der Bank unterstehenden Körperschaften bestimmtes Kapital	248.000.000,--
Immobilien und Inventar	6.621.360,74
Sonstige Aktiva	26.687.432,23
Betriebs- und Geschäftsausstattung	174.392,58
Ein- und Verkauf von Devisen	1.761,48
Summe der Aktiva	1.131.206.234,21
	=====

<u>Passiva</u>	<u>in TL</u>
Kapital	500.000.000,--
Reserven	65.336.443,53
Rückstellungen	2.084.180,94
Nostroverpflichtungen	286.401.765,77
Einlagen	169.836.488,11
Zahlungsaufträge	2.286.208,54
Sonstige Kreditoren	7.392.909,25
Sonstige Passiva	27.768.725,68
Devisenkonto	1.740,--
Gewinn	70.097.772,39
Summe der Passiva	1.131.206.234,21
	=====

Die Etibank

Vor 1923 wurde die Ausbeutung der türkischen Bodenschätze hauptsächlich mit ausländischem Kapital betrieben.

Die neue Regierung verstaatlichte die Bergbauunternehmungen und gründete gleichzeitig die "Türkische Industrie- und Montan-Bank", die die Gründung und Finanzierung der Bergbau-Unternehmungen zur Aufgabe hatte. Die Tätigkeit dieser Bank war jedoch nicht zufriedenstellend, sie wurde daher aufgelöst und mit der Finanzierung der Bergbau-Unternehmungen die Etibank beauftragt, die im Jahre 1935 durch Gesetz Nr.2805 gegründet wurde. § 1 des Gesetzes definiert die Etibank als "eine juristische Person, welche den Bestimmungen eines für sie geschaffenen Gesetzes und des Privatrechts unterworfen ist. Diese Bank ist befugt mit Erlaubnis des Wirtschaftsministers im Lande Niederlassungen zu eröffnen".

Die Bank wurde später durch das Gesetz Nr.3460 unter die sog. Staatsanstalten mit kaufmännischer Geschäftsführung eingereiht.

Der Hauptsitz der Bank ist Ankara. Am 20.5.1955 mit dem Gesetz Nr.6590 vorgenommene Änderungen des Etibankgesetzes ermöglichten es ihr, sich mit allen Bankgeschäften zu befassen. Damit begann die Eröffnung von Niederlassungen im Lande.

1. Kapital

Die Etibank wurde mit einem Kapital von 20 Mill.TL gegründet, das - ähnlich wie bei der Sümerbank - nach mehrfachen Kapitalaufstockungen auf 500 Mill.TL anstieg. Der davon noch nicht eingezahlte Teil soll durch Zuschüsse aus dem staatlichen Budget und durch den jährlichen Gewinn aufgebracht werden.

Eigenmittel der Bank¹⁾

(in Mill.TL)

Jahr	Nennkapital	eingezahltes Kapital	Reserven	Reingewinn	Ins- ges.
1956	500	264,9	23,1	8,6	296,6
1957	500	105,4	23,1	6,6	135,1
1958	500	138,3	24,0	2,8	165,1

Bei Prüfung der Tabelle ist der auffallende Rückgang des Kapitalstocks im Jahre 1957 darauf zurückzuführen, dass die Bank einer inzwischen selbständig gewordenen Tochtergesellschaft Kapital in Höhe von 160 Mill.TL zur Verfügung stellte.

Der Etibank steht das Recht zu, Obligationen im Wert von 50% ihres Kapitals auszugeben. Sie machte - genau wie die Sümerbank - von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch.

Fremdmittel der Bank²⁾

(in Mill.TL)

Jahr	Einlagen	Notenbankkredite	Insgesamt
1956	407,5	351,9	759,4
1957	596,5	358,0	954,5
1958	776,2	397,8	1.174,0

Die unter "Notenbankkredite" zusammengefassten Kredite bestehen aus auf diskontierte Wechsel genommene Kredite und andere Kredite, die die Etibank in ihrem Bericht über das Geschäftsjahr unter dem Posten "Sondermittel" auführt. In wirklichkeit sind diese "Sondermittel" kurzfristige Notenbankkredite, die durch Stundung in langfristige Kredite umgewandelt und als langfristige Mittel angelegt wurden.

1)u.2) Siehe die betr. Jahresberichte der Bank

2. Aufgabengebiet

Die Aufgaben der Bank bestehen darin, staatliche Bergbau- und Energieunternehmungen zu gründen sowie zu finanzieren und sie mit laufenden Krediten zu versorgen.

Ausser den Unternehmungen, die sie bei ihrer Gründung übernommen hatte, gründete die Bank Industrie-Unternehmungen als Tochtergesellschaften und beteiligte sich ausserdem an bestehenden Unternehmungen.

Das von der Etibank ihren Tochtergesellschaften übertragene Kapital betrug Ende 1958 94 Mill.TL. In den letzten Jahren wurden mehrere Tochterunternehmungen der Bank selbständig.

Die gegenwärtigen Tochterunternehmungen der Bank sind:

1. Kupferbergbau und -hütte von Ergani:

Die Unternehmung besass Ende 1958 15 Mill.TL, davon sind 10 Mill.TL eingezahlt. Ihre Reserven betrugen 8,8 Mill.TL. Die Kupferproduktion betrug im gleichen Zeitraum 18.711 t. Das Geschäftsjahr wurde mit einem Reingewinn von 29,8 Mill.TL abgeschlossen.

2. Kupfergrube von Murgul:

Sie besitzt ein voll eingezahltes Kapital von 20 Mill. TL. Ihre Reserven betragen 11,4 Mill.TL. Die Kupferproduktion im gleichen Jahr (1958) betrug 2.410.380 t. Das Geschäftsjahr wurde mit einem Verlust von 4,31 Mill.TL abgeschlossen.

3. Nordchrombergbau:

Die Unternehmung hat 5 Mill.TL Kapital, davon sind 2 Mill.TL eingezahlt. Ihre Reserven betrugen 8 Mill.TL. Die Chromerzproduktion im Jahre 1958 belief sich auf 175.266 t. Das Geschäftsjahr wurde mit einem Verlust von 5,2 Mill.TL abgeschlossen.

4. Schwefelbergwerk von Keçiborlu:

Von dem 5 Mill.TL betragenden Kapital sind erst 2 Mill. TL eingezahlt. Die Reserven betrugen 0,9 Mill.TL. Im Jahre 1958 wurden 12.825 t Schwefel erzeugt. Das Geschäftsjahr 1958 wurde mit 0,5 Mill.TL Gewinn abgeschlossen.

5. Nordwest-Anatolien-Elektrizitätswerk:

Von dem 100 Mill. TL betragenden Kapital sind bereits 60 Mill. TL eingezahlt. Die Reserven betragen 1,6 Mill. TL. Diesem Werk sind weitere sieben Elektrizitätswerke angeschlossen. Ihre Gesamtleistung in 1958 betrug 1.119 Mill. kwh. Das Geschäftsjahr wurde mit 29,0 Mill. TL Verlust abgeschlossen.

wie bereits erwähnt, sind im Laufe der Zeit mehrere Tochterunternehmen selbständig geworden, z.B. Steinkohlenbergbau von Eregli, Lignitbergbau von Soma, Tunçbilek, Degirmisaz und der Eisenbergbau von Divrigi.

Die Etibank ist ausser an den o.a. Tochtergesellschaften auch noch an anderen Unternehmen beteiligt, die sich noch im Aufbau befinden.

Nach dem Etibankgesetz darf die Bank nur ihre Tochtergesellschaften mit Krediten versorgen. Die Höhe dieser gewährten Kredite ist aus der nachfolgenden Übersicht zu ersehen.¹⁾

Jahr	Kredite (in Mill. TL)
1956	701,7
1957	1.238,5
1958	1.404,5

3. Beteiligungen der Bank

Die Etibank beteiligte sich überwiegend an solchen Unternehmen, die bei der Industrialisierung des Landes eine Rolle spielten.

Beteiligungen²⁾
(in Mill. TL)

Jahr	Höhe der Beteiligung
1949	0,2
1952	0,6
1954	2,4
1955	10,2
1956	30,3
1957	47,2
1958	62,2

1) u. 2) Die betr. Jahresberichte der Bank

4. Organisation

Wie bereits erwähnt wurde, ist die Etibank eine Staatsanstalt mit kaufmännischer Geschäftsführung. Daher sind ihre Organe von dem "Gesetz über die Leitung und Überwachung der Staatsbetriebe" Nr. 3460 bestimmt.

Die Organe sind:

- a) Die Generalversammlung der wirtschaftlichen Staatsbetriebe
- b) Der Hohe Aufsichtsrat
- c) Der Verwaltungsrat
- d) Das Direktorium.

Struktur, Aufgaben und Rechte der Organe der Etibank sind die gleichen wie bei der Sümerbank. Sie bedürfen daher keiner besonderen Erörterung.

Die Etibank

Jahresabschluss-konzernbilanz zum 31.12.1958

<u>Aktiva</u>	<u>in TL</u>
Nicht eingezahltes Kapital	361.643.608,67
Kassenbestand und Zentralbank- guthaben	9.793.249,75
Gesetzliche Liquiditätsreserve	20.443.066,48
Nostroguthaben	46.375.579,70
Wechsel	58.348.534,84
Wertpapiere	2.000.000,--
Debitoren	1.404.555.327,23
Sonst. Debitoren	65.585.011,74
Warenbestand	1.517.515,97
Beteiligungen	62.278.250,--
Für die Tochtergesellschaften bestimmtes Kapital	94.000.000,--
Immobilien und Inventar	36.584.006,36
Sonstige Aktiva	183.785.435,18
Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	1.978.497,65
Summe der Aktiva	2.348.888.083,57 =====

<u>Passiva</u>	<u>in TL</u>
Kapital	500.000.000,--
Reserven	24.005.854,24
Rückstellungen	61.048.849,26
Nostro-Verpflichtungen	816.754.309,26
Einlagen	776.238.398,84
Eigene Akzepte	39.564.272,92
Zahlungsaufträge	132.533,06
Sonst. Kreditoren	37.245.369,14
Sonstige Passiva	91.055.415,--
Gewinn	2.843.081,85
Summe der Passiva	2.348.888.083,57 =====

VI. Die Volksbank

(Halk Bankası)

Um die Industrialisierung der Türkei zu ermöglichen, hatte die Regierung - wie bereits erwähnt - in den dreissiger Jahren Staatsbanken gegründet, die die Finanzierung der staatlichen Industrieunternehmen zur Aufgabe hatten.

Neben dieser Industrie, die erst aufgebaut werden musste, bestand aber bereits eine von dem Privatunternehmertum gegründete und finanzierte Kleinindustrie und das Handwerk, die beide im Osmanischen Reich jahrzehntelang vernachlässigt worden waren. Sie arbeiteten mit einer primitiven technischen Ausrüstung und mussten die benötigten Kredite zu hohen Zinssätzen von Wucherern aufnehmen.

Kleinindustrie und Handwerk mit den erforderlichen Krediten zu versorgen war für die junge Türkei von besonderer Bedeutung, da man die erwünschte Industrialisierung des Landes auf der bereits bestehenden Kleinindustrie und dem Handwerk aufbauen konnte.

Zur Erreichung dieses Ziels wurde auf Grund des Gesetzes Nr.2284 vom 3.6.1933 die Volksbank als Aktiengesellschaft mit einem Nennkapital von 3 Mill.TL gegründet. Die Bank konnte ihre Tätigkeit jedoch erst am 1.6.1938 aufnehmen.

Nach dem genannten Gesetz ist es Aufgabe der Bank

- a) an bedürftigen Stellen des Landes Volkskassen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft zu errichten und diese zu betreuen;
- b) die für die Weiterentwicklung und den Fortschritt der Volkskassen nötigen Massnahmen zu treffen;
- c) Depositengelder aufzunehmen.

Durch die Volkskassen sollte der Kreditbedarf von Handwerkern und Kleinkaufleuten befriedigt werden.

Weiterhin durfte die Bank nach diesem Gesetz keine Niederlassungen unterhalten und den Kreditnehmern keine direkten

Kredite einräumen.

Seit 1933 erfuhr das Gesetz jedoch einige Änderungen, zuletzt mit Gesetz Nr.6854 vom 3.12.1956, dessen Fassung auch jetzt noch Gültigkeit hat.

Die vorgenommenen wichtigen Änderungen sind folgende:

- a) Das Kapital der Bank darf auf 150 Mill.TL erhöht werden;
- b) sie kann Niederlassungen unterhalten;
- c) die Bank kann nicht nur durch die Volkskassen, sondern den Handwerksorganisationen sowie kleingewerblichen Vereinigungen direkt Kredite gewähren.

Damit haben wir über die Strukturänderungen der Bank einen kurzen Überblick gegeben.

Laut Art.3 der Satzung ist der Titel der Bank "T.C. HALK BANKASI" (Volksbank der Türkischen Republik). Ihr Hauptsitz ist Ankara. Ende 1958 unterhielt sie in Ankara, Istanbul und Izmir drei Volkskassen; ferner 43 Niederlassungen, in denen 500 Angestellte tätig waren.

1. Kapital

Das Nominelle Kapital der Bank betrug 100 Mill.TL. Davon sind 20 Mill.TL auf 200.000 Aktien zu je 100 TL verteilt, die auf Namen lauten, während die restlichen 80 Mill. TL in 80.000 Namensaktien zu je 1000 TL gestückelt sind.

Das Kapital wird aufgebracht durch

- a) Beteiligung des Staates in Höhe von 50 Mill.TL in fünf Jahresraten zu je 10 Mill.TL;
- b) Beteiligungen der Provinzen und Gemeinden, die 1/2% ihres jährlichen Einkommens zu diesem Zwecke abführen;
- c) Beteiligungen von Banken, Privatkapitalisten und Genossenschaften.

Gegen Kapitalbeteiligungen beziehen die unter b) und c) Genannten Aktien von der Bank, wobei die Aktien der Gruppe C Vorzugsaktien sind.

Die Hauptversammlung der Bank kann die Erhöhung des Kapitals auf 150 Mill.TL beschliessen. Dieser Beschluss erlangt erst mit Billigung des Handelsministers Wirksamkeit.

Aus der untenstehenden Tabelle sind die Eigenmittel der Bank zu ersehen.¹⁾

(in Mill.TL)

Jahr	Eigenmittel der Bank
1944	1,86
1950	3,45
1951	3,77
1952	5,00
1953	6,35
1954	9,13
1955	12,15
1956	13,76
1957	19,30
1958	29,14

Das eingezahlte Kapital der Bank in Höhe von 28 Mill.TL setzt sich folgendermassen zusammen.²⁾

Teilhaber	Zahl der Anteile	Aufgebrachtes Kapital (in Mill.TL)	in % von insgesamt
Finanzministerium	1	13.200.000	47,04
Banken	10	2.516.500	8,96
Provinzen	64	2.562.900	9,13
Gemeinden	801	4.699.000	16,75
Genossenschaften	107	1.412.300	5,03
Handelskammer	7	73.600	0,26
Personen	10 385	3.599.700	12,83
Insges.	11 375	28.064.000	100,--
=====			

1) Die Jahresberichte der betr.Bank

2) Siehe Geschäftsbericht 1958 der Volksbank

Bei Prüfung der Tabellenangaben fällt auf, dass das Kapital der Bank zu 72,92% von Staatsstellen aufgebracht worden ist. Daraus ist zu ersehen, dass die Bank ihr Bestehen vorwiegend staatlichen Bemühungen zu verdanken hat. Die Kapitalbeteiligung der Genossenschaften (handwerkliche, kleingewerbliche) an der Volksbank beträgt 5,03% des gesamten Kapitals. Diese geringe Beteiligung ist nicht mit dem Grundgedanken des Genossenschaftswesens "Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung"¹⁾ vereinbar.

Mit dieser finanziellen Struktur geriet die Bank während ihres 20-jährigen Bestehens mehrere Male in finanzielle Schwierigkeiten und war immer auf die Unterstützung durch den Staat angewiesen. Als Grund kann angegeben werden, dass das Volk bzw. die betr. Zünfte und Kleinkaufleute den Sinn dieser Institution nicht erfassten und der Bank daher die nötige Unterstützung von dieser Seite fehlte.

In den letzten Jahren entstandene Handwerkerorganisationen, kleingewerbliche und handwerkliche Genossenschaften haben jedoch zur Erkenntnis über den Sinn dieser Einrichtungen beigetragen.

Die Fremdmittel der Bank sind Depositengelder, Notenbankkredite und durch Ausgabe von Obligationen vereinnahmte Gelder.

Fremdmittel der Bank²⁾

Jahr	Fremdmittel (in Mill.TL)
1944	1,1
1950	1,8
1951	7,4
1952	10,8
1953	23,7
1954	38,5
1955	47,9
1956	52,6
1957	61,6
1958	59,5

1) Obst-Hintner, a.a.O., S.208

2) Siehe die Jahresberichte der betr. Bank

2. Aufgabengebiet

Die Aufgabe der Bank besteht darin, den Kreditbedarf von Handwerkern und Kleinkaufleuten, der Handwerkerorganisationen, der kleingewerblichen Vereinigungen und handwerklichen Genossenschaften zu befriedigen, sowie auch die Volkskassen mit Kredit zu versorgen. Ausserdem ist sie befugt, jede Art von Bankgeschäften zu betreiben.

Zur Erfüllung dieser Zwecke

- a) kann sie im Lande Niederlassungen eröffnen und unterhalten sowie auf Forderung des Stadtrates die Volkskassen dort errichten, wo die Beteiligung der Provinz und der Gemeinde 0,5 Mill.TL beträgt;
- b) kann sie und können die Volkskassen Depositengelder annehmen ohne die in § 28 des Bankgesetzes vorgesehenen Einschränkungen berücksichtigen zu müssen. (vgl. S. 40);
- c) soll sie Sorge für die Weiterentwicklung der Volkskassen tragen.

Lt.Art.4 der Satzung kann die Bank Grundstücke besitzen, sowie bei der Krediteinräumung sich Immobilienwerte als Sicherheit übereignen lassen.

In den ersten zehn Jahren ihrer Tätigkeit konnte die Bank den Handwerkern und Kleinkaufleuten nicht genügend kredité gewähren, da sie über die nötigen Mittel nicht verfügte. Daher gewährte sie in dieser Zeitspanne überwiegend kurzfristige Handelskredite (siehe folgende Tabelle¹⁾).

1) Quelle: "Halk Hizmetinde 20 yıl" (Veröffentlichungen der Bank). Ankara 1958, S.32

(in Mill.TL)

Jahr	Kredite an Handwerk u. Kleinkaufleute	Handels- kredite	Insgesamt
1938	-	0,1	0,1
1939	-	0,6	0,6
1940	-	0,5	0,5
1941	-	1,3	1,3
1942	0,4	1,0	1,4
1943	0,9	2,5	3,4
1944	1,1	3,5	4,6
1945	2,3	5,1	7,4
1946	1,2	4,0	5,2
1947	2,1	3,8	5,9

Dagegen erhöhten sich in den zweiten zehn Arbeitsjahren sowohl die Eigen- als auch die Fremdmittel der Bank, was zur Folge hatte, dass die in dieser Zeit den Handwerkern und Kleinkaufleuten eingeräumten Kredite immer mehr zunahmen. Die Ende 1957 von der Bank gewährten Kredite waren zu 88% gewerbliche Kredite.

Trotz allem ist die Bank auf Grund ihrer derzeitigen finanziellen Möglichkeiten nicht in der Lage, den Bedarf an Kleinkrediten zu decken. Darüber macht Johann Lang in einem Bericht folgende Ausführungen:¹⁾ "Wenn die so an Handwerk und Kleinkaufleute gewährten Kredite schon eine beachtliche Leistung darstellen, so ist doch nicht zu verkennen, dass, bei einem Gesamtkreditbedarf des städtischen Mittelstandes von rund einer halben Milliarde türk. Pfund, von der Volksbank und den Volkskassen nur ein Bruchteil davon befriedigt werden konnte".

In dieser zweiten Zeitspanne von der Volksbank gewährten Kredite hatten folgende Größenordnung:²⁾

-
- 1) Lang, Johann: Bericht über den Besuch bei den türkischen Volksbanken (Blätter für Genossenschaftswesen) 10.Jan.1958, S.1 und 25
 - 2) Vgl. Jahresberichte der betr. Bank

(in Mill.TL)

Jahr	Kredite an Handwerk und Kleinkaufleute	Handels- kredite	Insges.
1949	3,7	3,9	7,6
1950	5,0	5,6	10,6
1951	6,3	5,6	11,9
1952	9,5	8,1	17,6
1953	21,0	12,4	33,4
1954	36,0	15,1	51,1
1955	56,6	16,7	73,3
1956	63,8	15,7	79,6
1957	80,5	16,0	96,5
1958	92,2	16,7	108,9

Ende 1958 von der Bank eingeräumte Kredite in Höhe von 108 Mill.TL setzten sich zu 84,5% aus gewerblichen Krediten und zu 15,5% aus Handelskrediten zusammen.

Nachdem wir die Struktur und das Aufgabengebiet der Volksbank erläutert haben, sollen nun die Volkskassen sowie die Bürgschaftsgenossenschaften behandelt werden.

Zur Zeit bestehen in der Türkei drei Volkskassen. Die älteste ist die am 5.9.1938 gegründete Volkskasse von Ankara. Sie hat die Rechtsform der Aktiengesellschaft und verfügt über ein Kapital von 3 Mill.TL. Die Reserven belaufen sich auf 0,5 Mill.TL (1958). Die Kapitalbeteiligung der Volksbank an dieser Kasse beträgt 1 Mill.TL.

Die Istanbuler Volkskasse wurde am 16.12.1938 als Aktiengesellschaft gegründet. Ihr Kapital beläuft sich auf 6 Mill.TL, die Reserven auf 0,4 Mill.TL. Die Kapitalbeteiligung der Volksbank an der Volkskasse beträgt 1 Mill.TL.

Als letzte wurde am 21.1.1957 die Izmirer Volkskasse in der Rechtsform der Aktiengesellschaft gegründet. Ihr

Kapital beläuft sich auf 2 Mill.TL, die Reserven auf 0,002 Mill.TL. Die Kapitalbeteiligung der Volksbank an der Izmirer Kasse beträgt 0,3 Mill.TL.

Wie erwähnt, werden die von der Volksbank eingeräumten Kredite entweder direkt von der Volksbank oder durch die Volkkassen gewährt.

Die Volkkassen sind befugt, Depositengelder aufzunehmen, dagegen sind ihnen Börsengeschäfte untersagt.

Das Kapital der Volkkassen wird aufgebracht durch Ansammlung eines Grundstocks von 0,5 Mill.TL aus dem Einkommen der Betr. Provinz und den Gemeinden. Nach Erreichen dieser Summe ist die Volksbank verpflichtet, 75% dieses Betrages zuzuschüssen. Weiterhin bestehen Beteiligungen von anderen Banken, Genossenschaften sowie natürlichen Personen.

3. Handwerker- und Kleinhändlervereinigungen und Bürgerschaftsgenossenschaften

Ohne Zweifel war der grösste Schritt nach vorn, den man in der Kleinkreditfrage gemacht hat, die Gründung von Bürgerschaftsgenossenschaften. Die Bemühungen der Handwerker und Kleinhändler, sich zu organisieren, zeigen sich schon im Jahre 1929. Obwohl auf Grund des in diesem Jahre verabschiedeten "Gesetzes für die Verbände" die Kfz-fahrer-, Hotelgewerbe- und Schneiderverbände gegründet wurden, mussten diese, da sie den gewünschten Zweck nicht erreichen konnten, wieder aufgelöst werden. Nach dem ebenfalls erfolglos gebliebenen zweiten Versuch im Jahre 1939 ist im eigentlichen Sinne erst im Jahre 1949 eine Organisation der Handwerker und Kleinhändler verwirklicht worden. In diesem Jahr bildete jede Berufsgruppe eine Vereinigung, die Vereinigungen den Verband, die Verbände die Föderation und alle Föderationen eine türkische Konföderation.

In der Gegenwart gibt es in der Türkei insgesamt 2312 Vereinigungen, 74 Verbände, 8 Föderationen und eine Konföderation.¹⁾

Die Hauptaufgabe der Verbände besteht in der Kreditversorgung ihrer Mitglieder.

Hierbei bedürfen die sog. Bürgschaftsgenossenschaften für Handwerk und Kleinkaufleute besonderer Erwähnung. Die erste Bürgschaftsgenossenschaft wurde im Jahre 1951 in Ankara gegründet. In kurzer Zeit vermehrten sich diese Institutionen, die von der Volksbank ständig unterstützt und gefördert wurden. Gegenwärtig gibt es in der Türkei 123 Bürgschaftsgenossenschaften, deren Kapital insgesamt 14 Mill. TL beträgt und deren Mitgliederzahl sich auf ca. 43.300 beläuft. Daraus ergibt sich, dass jedes Mitglied mit einem Anteil von durchschnittlich 320 TL an der Genossenschaft beteiligt ist. Nach unserer Meinung wären die Mitglieder durchaus in der Lage, diesen Anteil zu verdoppeln, da 320 TL (rund DM 150,--) für heutige Verhältnisse einen jederzeit aufzubringenden Betrag darstellen. Die Erhöhung des Kapitals der Bürgschaftsgenossenschaften würde gestatten, die Mitglieder in ausreichendem Masse mit Krediten zu versorgen. Um die gewünschte Beteiligung der Mitglieder am Kapital zu ermöglichen, wäre daher an erster Stelle eine überzeugende Aufklärung darüber erforderlich, dass man nicht alles von staatlicher Hilfe erwarten, jeder sich daher möglichst selbst helfen und damit den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen solle.

Handwerker und Kleinkaufleute, die Mitglieder der Bürgschaftsgenossenschaften sind, können bis zur fünffachen Höhe ihres Geschäftsanteils an der Genossenschaft - ohne zusätzliche Sicherheit - Kredit aufnehmen. Die Bürgschaftsgenossenschaft springt dabei als Bürge für den Kreditnehmer ein.

1) "Halk Hizmetinde 20 Yıl", a.a.O., S.43

Bürgschaftsgenossenschaften in der Türkei¹⁾

Jahr	Zahl der Bürgschafts- genossenschaften	Zahl der Mitglieder	Gesamtkapital (in Mill.TL)
1951	1	216	0,03
1952	4	1.962	0,5
1953	29	9.266	2,3
1954	50	18.000	5,1
1955	74	27.971	8,2
1956	91	34.237	10,3
1957	106	40.963	13,0
1958	123	43.293	14,0

Überblick über die Kredite, die von den Volkskassen und Volksbanken über die Bürgschaftsgenossenschaften eingeräumt wurden.²⁾

(in Mill.TL)

Jahr	Kredite
1951	0,09
1952	2,2
1953	10,5
1954	21,6
1955	36,0
1956	44,0
1957	56,0
1958	70,8

4. Organisation

Die Organe der Bank sind Hauptversammlung, Verwaltungsrat, Kreditausschuss, Direktorium und die Prüfer.

Der von der Hauptversammlung aus den Aktionären gewählte Verwaltungsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Die Amtsdauer der Verwaltungsratsmitglieder beträgt drei Jahre, wobei wiederholte Bestellung zulässig ist. Die Bank wird durch den Verwaltungsrat gerichtlich und aussergerichtlich

1) "Halk Hizmetinde 20 Yıl", a.a.O., S.120

2) Siehe die betr. Jahresberichte der Bank

lich vertreten. Er hat die für die Leitung der Bank notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Der Kreditausschuss wird gem. § 19 des Bankgesetzes gebildet, der auch die für ihn bestimmten Aufgaben regelt (vgl. S. 36).

Die Bank wird nach der Satzung sowie nach den Beschlüssen des Verwaltungsrates vom Generaldirektor geleitet. Dieser wird auf Vorschlag des Handelsministers vom Ministerrat ernannt.

Die von der Hauptversammlung unter Aktionären oder Nichtaktionären gewählten zwei Prüfer haben die Geschäftsführung der Bank zu überwachen. Die Prüfer sollen von ihrem Ergebnis und evtl. Einwendungen dem Verwaltungsrat schriftlich Mitteilung machen. Sie sind verpflichtet, am Ende eines jeden Jahres der Hauptversammlung einen Bericht über die Geschäftsführung und die Bücher der Bank einzureichen. Die Amtsdauer der Prüfer beträgt drei Jahre. Sie sind wieder wählbar.

Die Türkische Volksbank .

Jahresschlussbilanz zum 31.12.1958

<u>Aktiva</u>	<u>in TL</u>
Nicht eingezahltes Kapital	71.936.000,--
Kassenbestand und Zentralbank- guthaben	3.671.923,62
Gesetzl.Liquiditätsreserven	8.898.826,92
Nostroguthaben	3.987.856,83
Wertpapiere	448.729,99
Wechsel	3.875.295,08
Vorschüsse	51.072,88
Debitoren	163.946,01
Kredite an Handwerker und Kleinhändler	76.328.239,68
Lfd.Rechnung der Volkskassen	1.965.508,63
Sonst.Debitoren	305.926,62
Beteiligungen	2.655.600,--
Immobilien u. Inventar	3.870.151,20
Sonstige Aktiva	5.132.406,49
Summe der Aktiva	183.291.483,95 =====

<u>Passiva</u>	<u>in TL</u>
Kapital	100.000.000,--
Reserven	862.091,16
Rückstellungen	123.503,08
Obligationen	2.990.000,--
Nostroverpflichtungen	10.405.997,77
Einlagen	44.007.396,82
Lfd.Rechnung der Volkskassen	2.269.923,35
Zahlungsaufträge	12.295,18
Nicht behobene Dividenden	15.123,69
Sonst. Kreditoren	20.281.644,69
Sonstige Passiva	2.107.043,36
Gewinn	216.464,85
Summe der Passiva	183.291.483,95 =====

. PRIVATE WIRTSCHAFTSBANKEN

I. Die Türkische Handelsbank (Türk Ticaret Bankası)

Die im Jahr 1913 ins Leben gerufene Türkische Handelsbank ist die einzige Bank, die in der Zeit des Osmanischen Reiches mit Privatkapital gegründet wurde und heute noch ihre Geschäfte weiterführt. Bei der Gründung hatte sie die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft auf Aktien und den Titel "Türk Adapazari Islâm Ticaret Bankası". Im Jahre 1919 wurde sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und nannte sich "Adapazari Türk Ticaret Bankası". In den dreissiger Jahren geriet die Bank in finanzielle Schwierigkeiten, konnte sich jedoch dank ihrer wirtschaftlichen und rationellen Arbeitsweise wieder durchsetzen.

Der Hauptsitz der Bank ist Ankara. Sie unterhält im Lande 91 Niederlassungen mit ca. 1.400 Angestellten.

Nach der Satzung kann die Bank jegliche Bankgeschäfte betreiben. Ihr Hauptzweck besteht jedoch darin, Handelskredite zu gewähren, wobei sie, da sie über mehr Fremd- als Eigenmittel verfügt, vorwiegend kurzfristige Handelskredite einräumt.

Das Kapital der Bank beträgt 16,5 Mill.TL, von denen 12,3 Mill.TL eingezahlt sind.

Überblick über Depositengelder und gewährte Kredite.¹⁾

(in Mill.TL)

Jahr	Einlagen	Kredite
1913	0,04	0,05
1933	4	4
1943	11	7,5
1949	30	26
1951	53	43
1953	73	76
1955	122,4	108
1957	207,8	152
1959	290,9	207

) "İktisad ve Ticaret Ansiklopedisi", Istanbul 1953, Nr.9 und "İktisad ve Maliye", S.Burda, Istanbul, Nr.9, S.5111 und Bilanzen der Bank.

Ende 1959 betrug die Beteiligung der Bank an Unternehmungen 10,2 Mill.TL.

Die jährlichen Reingewinne der Bank beliefen sich im Jahre 1956 auf 17%, 1957 auf 18%, 1958 auf 13% und im Jahre 1959 auf 25% des eingezahlten Kapitals.

Die Türkische Handelsbank

Jahrsschlussbilanz zum 31. 12. 1959

<u>Aktiva</u>	<u>in TL</u>
Nicht eingezahltes Kapital	4.125.000,--
Kassenbestand	23.484.770,93
Zentralbankguthaben	20.018.378,66
Gesetzl. Liquiditätsreserven	50.460.461,14
Nostroguthaben	3.328.786,29
Wertpapiere	2.294.664,75
Wechsel	57.593.609,49
Debitoren	150.272.659,85
Sonst. Debitoren	10.217.590,--
Beteiligungen	17.829.530,54
Immobilien und Inventar	3.196.030,98
Sonstige Aktiva	15.943.128,08
<u>Summe der Aktiva</u>	<u>358.764.610,71</u> =====

Passiva

in TL

Kapital	16.500.000,--
Reserven	7.800.000,--
Rückstellungen	3.386.399,05
Nostroverpflichtungen	17.261.015,43
Einlagen	290.903.444,08
Zahlungsaufträge	2.087.667,57
Sonst. Kreditoren	12.449.270,38
Nicht behobene Dividende	128.679,51
Sonstige Passiva	5.070.425,20
Gewinn	3.177.709,49

Summe der Passiva

358.764.610,71
=====

II. Die Türkische Arbeitsbank (Türkiye İş Bankası)

Die Türkische Arbeitsbank ist die erste Bank, die in der Zeit der Türkischen Republik mit Privatkapital gegründet wurde. Nachdem Atatürk den entscheidenden politischen Sieg für die Türkei errungen hatte, wollte er diesem Sieg den wirtschaftlichen Sieg zugesellen. Er war der Meinung, diejenigen politischen Siege seien langlebiger, die mit wirtschaftlicher Stabilität untermauert würden.

Der damalige Wirtschaftsminister wurde mit der Bildung einer Privatbank beauftragt, die am 26.7.1924 als "Türkiye İş Bankası" in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft gegründet wurde.

Der Hauptsitz der Bank ist Ankara. Sie ist befugt auf Grund der Beschlüsse des Verwaltungsrats im In- und Ausland Niederlassungen zu eröffnen und zu unterhalten. Ende 1959 existierten in der Türkei 231 Filialen. Ausserdem unterhält sie auf Cypern zwei Filialen (in Famagusta und Nicosia) und einen Repräsentanten in Frankfurt/M. In der Bank sind ca. 5000 Beamte und Angestellte beschäftigt.

Die Bank wurde mit einem Kapital von 1 Mill. TL gegründet, das im Laufe der Zeit auf 10 Mill. TL erhöht wurde. Dieses voll einbezahlte Kapital ist in 1 Mill. Anteile aufgeteilt. Davon sind 800.000 Namensaktien, die restlichen 200.000 Inhaberaktien. Laut Art. 8 müssen die Erwerber von Namensaktien die türk. Staatsangehörigkeit besitzen. Dagegen wird die Dividende beider Aktiengruppen nur denjenigen ausbezahlt, die Zinsscheine vorweisen.

Eigenmittel der Bank¹⁾

(in Mill.TL)

Jahr	Eingezahltes Kapital	Reserven	Reingewinn	Insges.
1956	10	75,4	7,6	93,1
1957	10	90,0	8,3	108,8
1958	10	102,0	9,1	121,1
1959	10	104,5	11,6	126,1

Nach Art.2 des Bankstatus hat die Bank folgende Aufgaben:

- a) jede Art Bankgeschäfte zu betreiben,
- b) sich an Landwirtschafts-, Industrie-, Bergbau- und Transportunternehmungen zu beteiligen,
- c) zur Produktion jeglicher Güter Tochtergesellschaften zu gründen.

Die Arbeitsbank ist z.Z. eine sog. Universalbank. Sie befasst sich mit jeder Art von Bankgeschäften. Bei Prüfung der Bilanzen stellt man fest, dass die Fremdmittel der Bank erheblich höher als die Eigenmittel sind. Mit den Eigenmitteln finanziert die Bank überwiegend ihre Beteiligungen, dagegen werden die Fremdmittel hauptsächlich für kurzfristige Kredite gegeben.

Von grosser Bedeutung war die Bank als es darum ging, den Sparwillen des Volkes anzuregen und für das freiwillige Sparen zu werben. Die Arbeitsbank hat viel zum Vertrauen des Volkes zu den Banken beigetragen. In den letzten Jahren hat die Bank ihre Fremdmittel erhöht. Im Jahre 1924 betrugen die in der Bank angelegten Spargelder 12 Mill.TL. Diese Summe erhöhte sich in 1950 auf 136 Mill.TL und im Jahre 1959 auf 1 079 Mill.TL.

1) Siehe Bilanzen der betr. Bank

Entwicklungsgang der Bankeinlagen¹⁾ (in Mill.TL)

Jahr	Einlagen (insgesamt)	davon Spareinlagen
1950	282,5	136,6
1951	367,1	177,3
1952	501,5	212,1
1953	644,2	274,5
1954	713,4	335,7
1955	838,1	435,6
1956	1.113,5	614,3
1957	1.307,0	798,4
1958	1.438,0	912,0
1959	1.741,8	1.079,2

Die Spareinlagen in Höhe von 1.079,2 Mill.TL (1959) bestanden zu 13% aus befristeten und zu 87% aus Sichteinlagen.

Die Bank hat bei der Finanzierung des Innen- und Aussenhandels des Landes bedeutende Funktionen, was aus dem Überblick über die kommerziellen- und Finanzanlagen der Bank erkennbar wird.²⁾ Die Finanzanlagen setzen sich aus Schatzanweisungen, staatlichen und inländischen Schuldverschreibungen und sonstigen Obligationen zusammen.

(in Mill.TL)

Jahr	Kommerzielle Anlagen	Finanzanlagen	Insgesamt
1951	181,3	127,4	308,7
1953	501,2	145,0	646,2
1955	568,9	195,3	764,2
1957	793,0	301,1	1.094,1
1959	1.037,6	379,9	1.417,5

In den dreissiger Jahren sah die Bank ihre Hauptaufgabe darin, mit ihren Beteiligungen bei der Industrialisierung

1) "Türkiye İ. Bankası", Veröffentlichung der Bank, S.13; Bilanzen der betr. Bank

2) Siehe die Jahresberichte der Bank

des Landes kapitalmässige Hilfe zu leisten. Sie war wesentlich an der Durchführung des ersten Fünfjahresplans beteiligt, verminderte aber im Laufe der Zeit ihre Beteiligungen.

In den letzten Jahren ist jedoch eine Wiederbelebung der Beteiligungen der Bank zu bemerken.

Die Beteiligungen der Bank¹⁾

(in Mill.TL)

<u>Jahr</u>	<u>Höhe der Beteiligung</u>
1950	25,7
1951	28,6
1952	35,8
1953	44,7
1954	48,2
1955	63,9
1956	70,4
1957	76,4
1958	92,0
1959	107,3

Diese 107,3 Mill.TL (1959) verteilten sich auf folgende Wirtschaftsträger:²⁾

<u>Beteiligungen an</u>	<u>Höhe der Beteiligung</u> <u>(in Mill.TL)</u>
Industrie	63,5
Banken	19,0
Bergbau	8,0
Sonst.Handelsunternehmen	6,6
Versicherungsgesellschaften	6,1
Transportunternehmen	2,1
Liquidierte Unternehmen	1,2
Energiewirtschaft	0,8
<u>Insgesamt</u>	<u>107,3</u> =====

Die Beteiligungen an den Industrieunternehmen in Höhe

1) Siehe die Jahresberichte der Arbeitsbank

2) Siehe den Jahresbericht der Arbeitsbank von 1959

von 63,5 Mill.TL verteilt sich auf folgende Industriezweige:

Industriezweige	Beträge (in Mill.TL)
Glasindustrie	14,1
Zuckerindustrie	12,7
Zementindustrie	12,5
Textilindustrie	11,9
Lebensmittelindustrie	6,8
kleineisenwarenfabriken	3,8
Sonstige Industriezweige	<u>1,7</u>
<u>Insgesamt</u>	<u>63,5</u> ===

Der jährliche Reingewinn der Bank betrug im Jahre 1956 76%, 1957 83%, 1958 91% und im Jahre 1959 116% des eingezahlten Kapitals.

Die Türkische Arbeitsbank

Jahresschlussbilanz zum 31.12.1959

<u>Aktiva</u>	<u>in TL</u>
Kassenbestand	238.309.329,37
Zentralbankguthaben	172.963.534,61
Gesetzl.Liquiditätsreserven	311.365.580,55
Nostroguthaben	29.820.267,12
Wertpapiere	68.592.072,90
Wechsel	286.774.522,24
Vorschüsse	23.382.876,81
Debitoren	727.678.723,58
Beteiligungen	107.370.519,83
Immobilien u. Inventar	57.690.535,15
Sonst. Debitoren	457.649,23
Sonst. Aktiva	78.789.546,69
Summe der Aktiva	2.103.195.158,08 =====

<u>Passiva</u>	<u>in TL</u>
Kapital	10.000.000,--
Reserven	104.496.968,--
Rückstellungen	23.365.675,14
Nostroverpflichtungen	111.245.348,16
Einlagen	1.741.864.470,25
Zahlungsaufträge	14.617.810,81
Sonst. Kreditoren	42.209.307,77
Nicht behobene Dividenden	850.143,76
Sonstige Passiva	42.781.111,85
Gewinn	11.764.322,34
Summe der Passiva	2.103.195.158,08 =====

III. Die Aufbau- und Kreditbank

(Yapi ve kredi Bankasi)

Die Aufbau- und Kreditbank ist eine - zeitlich nach der Arbeitsbank - mit Privatkapital gegründete Depositenbank. Sie erhöhte ihr Kapital in relativ kurzer Zeit und wurde die zweitgrösste Privatbank der Türkei.

Die Bank wurde im Jahre 1944 als Aktiengesellschaft gegründet. Der Hauptsitz der Bank ist Istanbul. Der Verwaltungsrat ist befugt im In- und Ausland Niederlassungen zu eröffnen, von denen z.Z. 102 bestehen.

Die Bank wurde mit einem Kapital in Höhe von 2 Mill.TL gegründet, das sie im Laufe der Zeit auf 40 Mill.TL erhöhte. Dieses voll einbezahlte Kapital ist in 40.000 Aktien zu je 1000 TL gestückelt, von denen 20.400 als Namensaktien und die übrigen 19.600 als Inhaberaktien emittiert wurden.

Eigenmittel der Bank¹⁾

(in Milll.TL)

Jahr	Eingezahltes Kapital	Reserven	Reingewinn	Insges.
1944	1,2	-	-	1,2
1954	15	6,4	4,8	26,2
1955	20	9,9	5	34,9
1956	20	11,8	3	34,8
1957	40	12,5	2,3	54,8
1958	40	12,8	4,2	57,0

An der Spitze der Fremdmittel liegen Depositengelder.

Es folgt ein Überblick über die von der Aufbau- und Kreditbank aufgenommenen Gelder.²⁾

1) Siehe die Jahresberichte der betr.Bank

2) Siehe die Bilanzen der betr. Bank

(in Mill.TL)

Jahr	Sichteinlagen	Befristete Einlagen	Insgesamt
1954	9,8	298,6	308,4
1955	9,3	343,8	352,2
1956	11,3	456	467,3
1957	12,9	582,4	595,3
1958	7,4	591,7	599,1

Laut Satzung kann sich die Bank mit jeder Art von Bankgeschäften befassen. Sie gewährt mit Hilfe der ihre Liquidität verbessernden Depositengelder vorwiegend Handelskredite, die sich folgendermassen zusammensetzen:¹⁾

Art der Kredite	Höhe der Kredite (in Mill.TL)		
	1954	1956	1958
Wechsel	35,4	89,7	130,0
Gegen verschiedene Sicherheiten gewährte Kredite	50,5	39,5	58,0
Ungedekte Kredite	32,8	43,8	88,7
Auslandskredite	41,4	34,5	39,3
Wechsel Lombard	15,1	25,9	33,7
Waren Lombard	9,9	20,8	32,9
Effekten Lombard	5,3	13,9	17,8
Kredite gegen Bürgschaft	9,1	11,6	13,3
Insges.	199,5	280,3	413,7

Ende 1958 betrug die Beteiligung der Bank an Unternehmungen 24,5 Mill.TL, der jährliche Reingewinn der Bank 1954 32%, 1955 25%, 1956 15%, 1957 5,8% und im Jahre 1958 10,5% des eingezahlten Kapitals.

1) Siehe Jahresbericht der betr.Bank von 1954, 1956 u. 1958

Die Aufbau- und Kreditbank
Jahresschlussbilanz zum 31.12.1958

<u>Aktiva</u>	<u>in TL</u>
Kassenbestand und Zentralbankguthaben	100.868.579,85
Gesetzl. Liquiditätsreserven	117.520.598,86
Nostroguthaben	6.046.171,91
Wechsel	130.098.986,51
Wertpapiere	13.782.289,30
Debitoren	267.417.985,54
Sonst. Debitoren	2.995.537,68
Beteiligungen	24.565.563,55
Immobilien und Inventar	38.785.595,38
Sonstige Aktiva	34.507.122,54
Summe der Aktiva	736.588.431,12
	=====

<u>Passiva</u>	<u>in TL</u>
Kapital	40.000.000,--
Reserven	12.845.021,31
Rückstellungen	1.280.830,26
Nostroverpflichtungen	59.970.107,05
Einlagen	599.160.887,86
Zahlungsaufträge	3.490.582,91
Nicht behobene Dividenden	71.150,26
Sonst. Kreditoren	12.511.534,35
Sonstige Passiva	3.033.106,25
Gewinn	4.225.210,87
Summe der Passiva	736.588.431,12
	=====

IV. Die Bank für industriellen Aufbau (Türkiye Sinai Kalkinma Bankasi)

Bei Gründung der Türkischen Republik bestand bereits im Lande eine äusserst vielseitige Verbrauchsgüterindustrie auf handwerklicher Grundlage. Während die Regierung die Sümer- und Etibank zur wirtschaftlichen Betreuung und Finanzierung der staatlichen Industrieunternehmungen gründete, fehlte es an Institutionen, die die Privatindustrie finanzieren konnten. Die Privatindustrie war in ganz besonderem Masse auf die Unterstützung und Förderung durch den Staat angewiesen, da die Industrialisierung des Landes nur auf Basis der schon bestehenden Industrie durchgeführt werden konnte.

Ohne staatliche Unterstützung und Kreditversorgung war verständlicherweise die Privatindustrie gegen die staatlichen Unternehmungen nicht konkurrenzfähig. Sie brauchten daher - um bestehen zu können - das gleiche Mass an Kreditversorgung, wie sie den staatlichen Industrieunternehmungen zuteil wurde.

Diese Erfordernis wurde auch von der Regierung erkannt und deshalb von dieser bestimmt, dass die zur Finanzierung und Gründung von staatlichen Industrieunternehmungen gegründete Sümerbank auch die Privatindustrie mit Krediten versorgen sollte. Dies liess sich in praxi jedoch nicht immer ohne weiteres erreichen, da die Sümerbank den überwiegenden Teil ihrer Mittel zur Gründung staatlicher Industrieunternehmungen anlegte.

Auf diese Weise musste die Privatindustrie, - die der Staat im Gegensatz zu den staatlichen Unternehmungen in nur ungenügender Form unterstützte - mit eigenen Mitteln um ihren Fortbestand kämpfen. Sie bemühte sich die benötigten mittel- und kurzfristigen Kredite nach Möglichkeit von den bestehenden Handelsbanken, insbesondere von der Arbeitsbank, zu erhalten.

Der Kreditbedarf dieser Wirtschaftszweige erhöhte sich ständig und erreichte nach dem Zweiten Weltkrieg ein nie dagewesenes Ausmass. Daraufhin wurde im Jahre 1950 mit Hilfe der Weltbank "die Türkische Bank für industriellen Aufbau" gegründet.

Die Bank hat ihren Hauptsitz in Ankara. Dem Verwaltungsrat der Bank steht das Recht zu, nach Bedarf im In- und Ausland Niederlassungen zu eröffnen. Gegenwärtig unterhält die Bank keine Zweigstellen.

Die Bank für industriellen Aufbau wurde als Aktiengesellschaft gegründet, hatte aber eine Sonderstellung inne. Mit Gesetz Nr. 5660 vom 24.3.1950 garantierte der Staat den Aktionären eine 6%-ige Dividende auf die Dauer von fünf Jahren (gerechnet vom Zeitpunkt der Gründung), falls der Reingewinn der Bank für diese Dividendenzahlung nicht ausreichte. Diese Regelung, von der kein Gebrauch gemacht wurde, galt bis 1955.

Die Bank führt keine Depositenkonten, sondern beschränkt sich vor allem auf die Gewährung von Krediten. Laut Art. 2 der Satzung ist die Bank den Bestimmungen des Bankgesetzes nicht unterworfen, solange sie keine Depositenkonten führt.

1. Aufgabengebiet

Die Bank hat folgende Aufgaben:

- a) an zu gründende und gegenüber schon bestehenden privaten Unternehmungen zum Zwecke der Erweiterung, Modernisierung und Beschleunigung des Aufbaues Kredite zu gewähren,
- b) helfend und beratend bei der Investition von inländischem und ausländischem Kapital den türkischen Privatunternehmungen zur Seite zu stehen,
- c) die Überführung von Aktien und Obligationen der türkischen Industrie in Privathand zu fördern und

Sorge dafür zu tragen, dass der Privatbesitz von Wertpapieren erhalten bleibt.

Schliesslich hat sie die Aufgabe, den Aufbau des türkischen Kapitalmarktes zu fördern.

2. Kapital

Das Kapital der Bank beträgt 25 Mill.TL, das in 250.000 Aktien aufgeteilt ist. 50% davon sind Namensaktien, die andere Hälfte Inhaberaktien. Das Kapital ist voll eingezahlt. Bei Gründung wurden 12,5 Mill.TL vom Privatunternehmertum eingebracht, während für die restliche Summe Obligationen ausgegeben wurden, die die Zentralbank voll übernahm.

Ausser dem Grundkapital verfügt die Bank über weitere eigene Mittel in Form von Reserven und nicht ausgeschütteten jährlichen Reingewinnen. Laut Art.58 der Satzung werden jährlich vom Reingewinn 5% für die gesetzlichen Reserven und weitere 5% für unvorhergesehene Verluste zurückgelegt. Ende 1958 betrugen die Reserven und Rücklagen der Bank 7,4 Mill.TL.

Die von ihr emittierten Obligationen sowie von der Weltbank erhaltene Kredite und die von Marshallplan-Geldern herrührenden Fonds sind die Fremdmittel der "Bank für industriellen Aufbau". Bis Ende 1958 gab die Bank Obligationen im Wert von 23,8 Mill.TL aus. "Nach einer Vereinbarung zwischen der "Bank für industriellen Aufbau" und der Zentralbank, übernahm die Zentralbank alle von der Bank ausgegebenen Obligationen, um sie wieder zu veräussern. Auf diese Weise wurde es der Zentralbank ermöglicht, sich an der "Bank für industriellen Aufbau" zu beteiligen, da die Zentralbank sich - ihrer Satzung gemäss - an Unternehmungen nicht beteiligen darf".¹⁾

Die Weltbank gewährte 1950 der "Bank für industriellen Auf-

1) Ferman, Cumhuriyet, a.a.O., S.113 f.

bau" einen Kredit in Höhe von 9 Mill.US \$ und einen weiteren zweiten Kredit wiederum in der gleichen Höhe im Jahre 1953.

Die türkische Regierung übertrug 1951 der Bank die Verwaltung des aus Marshallplan-Geldern gespeisten Fonds, der für die private Wirtschaft bestimmt war.

3. Investitionstätigkeit der Bank

In der untenstehenden Tabelle sind die von den verschiedenen Industriebranchen der Bank vorgelegten Kreditanträge vom Gründungsdatum der Bank (1950) bis zum Ende (1958) aufgeführt.¹⁾

Industriebranchen	Anzahl der Firmen	Summe der Kreditanträge (in 1000 TL)
Lebensmittel	365	117.868
Alkoh.Getränke	11	3.917
Textil	351	270.060
Holzbearbeitung	119	18.905
Möbel	6	2.146
Reparatur- und Instandhaltungswerkst.	552	37.629
Transportmittel und -einrichtungen	45	32.095
Chemikalien	274	86.051
Steinkohlen- und Petroleum-Produkte	1	288
Bergbau	45	10.427
Kühlanlagen	45	28.445
Zellulose	27	27.463
Druckerei	24	4.273
Lederwaren	31	6.478
Kautschuk	29	24.370
Metallschmelzwerke	57	52.907
Steine und Erden,		
Glas und Keramik	184	147.738
Metallwaren	111	30.957
Maschinen-Ausrüstg.	70	44.178
Diverse	50	18.995
Insges.	2.404	965.200
	=====	=====

1) Siehe Bericht über das Geschäftsjahr 1958, S.41

Wie aus obiger Darstellung zu ersehen ist, wurden bei der Bank bis Ende 1958 insges. 2 404 Kreditanträge eingereicht, in denen Kredite in Höhe von 965,2 Mill.TL beansprucht wurden. Die begrenzten Mittel der Bank machten es ihr jedoch unmöglich, alle Kreditforderungen zu berücksichtigen. Sie konnte bis Ende 1958 Kredite in Höhe von 256,3 Mill.TL den verschiedenen Industriezweigen einräumen, von denen 211,2 Mill.TL vertraglich vereinbarte Kredite, der Rest in Höhe von 45,1 Mill.TL geplante Kredite waren.

Die Herkunft der vertraglich vereinbarten Kredite in Höhe von 211 Mill.TL gliedert sich wie folgt auf.¹⁾

117,5 Mill.TL aus den Fonds für Privatunternehmen des Marshallplans

56 " TL aus dem Kredit der Weltbank

37,5 " TL aus dem TL-Fond der Bank.

Die Aufteilung der vertraglich zugesagten Kredite in Höhe von 211,2 Mill.TL an die einzelnen Industriebranchen hat folgende Struktur.²⁾

Industriebranchen	Anzahl der Firmen	Kredite (in 1000 TL)
Lebensmittel	59	33.088
Alkoh.Getränke	5	1.891
Textil	54	59.495
Bekleidung und Konfektion	1	600
Holzbearbeitung	5	6.100
Zellulose	6	2.465
Lederwaren	5	573
Kautschuk	4	488
Chemikalien	37	16.283
Steinkohlen- und Petroleum-Produkte	1	288
Stein, Erde, Glas und Keramik	37	40.000

1) Siehe Bericht über das Geschäftsjahr 1958, S.46

2) Siehe Bericht über das Geschäftsjahr 1958, S.44 f.

Metallschmelzwerke	13	27.863
Metallwaren	16	6.499
Maschinen-Ausrüstungen	18	5.148
Transportmittel- und -einrichtungen	7	3.318
Reparatur- und Instand- haltungswerkstätten	89	2.601
Bergbau	6	1.329
Diverse	21	3.226
Insges.	384	211.218
	====	=====

4. Beteiligungen der Bank

Die Beteiligungen der Bank an den privaten Industrie-
unternehmungen betrug Ende 1958 16,7 Mill.TL. Davon sind
16,0 Mill. TL bereits bezahlt.¹⁾

Industriebranchen	Anzahl der Firmen	Höhe der Beteiligung (in 1000 TL)
Lebensmittel	1	1.596
Textil	2	4.937
Holz-Bearbeitung	1	1.064
Chemikalien	1	0,150
Steine und Erden, Glas und Keramik	1	1.364
Metallschmelz.	2	6.967
Metallwaren	1	0.015
Insges.	9	16.093
	==	=====

Zu den bewilligten Krediten und Beteiligungen der Bank in
Höhe von 273,1 Mill.TL traten noch 282,2 Mill.TL Anlage-
kapital und 159 Mill.TL Umlaufvermögen der privaten Unter-
nehmer hinzu. Es wurden in der Türkei durch diese Bank
allein Investitionen in Höhe von insgesamt 714,3 Mill.TL

1) Siehe Bericht über das Geschäftsjahr 1958, S.51 f.

getätigt und seit Gründung der Bank bis Ende 1958 in der Privatindustrie investiert.

Die Bank gewährt ausser den genannten Krediten der Privatindustrie auch kurzfristige Betriebskredite. Im Jahre 1958 wurden von der Bank in Höhe von 33,9 Mill.TL kurzfristige Kredite eingeräumt, die sich wie folgt zusammensetzen.¹⁾

Art der Kredite	Höhe der Kredite (in 1000 TL)
Wechsel	1.130
Ungedeckte Kredite	2.686
Kredite gegen Bürgschaft	0.416
Effektenlombard	3.493
Wechsellombard	15.018
Warenlombard	7.797
Auslandkredite	<u>3.423</u>
Insges.	<u>33.963</u> =====

Der Reingewinn der Bank betrug 26,5% des eingezahlten Kapitals (1958).

1) Siehe Bericht über das Geschäftsjahr 1958, S.67

V. Die ausländischen Banken

Gegenwärtig arbeiten in der Türkei sechs ausländische Banken. In der Reihenfolge ihres Gründungsjahres handelt es sich dabei um die Ottomanbank, Banque de Salonique, Banco di Roma, Banco Commerciale Italiana, Hollantse Bank Uni und Commercial Bank of the Near East Ltd.

Das Kapital dieser Banken beläuft sich auf insgesamt 13,7 Mill.TL, die Reserven auf 20 Mill.TL.¹⁾

Sie sind den Vorschriften des türkischen Bankgesetzes, das auch für die in der Türkei tätigen ausländischen Banken gilt, unterworfen.

Die ausländischen Banken, insbesondere die Ottomanbank und die beiden italienischen Banken betreiben in der Türkei ein ausgedehntes Geschäft und erzielen angemessene Gewinne. Ihre Spareinlagen belaufen sich insgesamt auf 391,2 Mill.TL.

Die vor dem Krieg in Istanbul bestehenden Niederlassungen der Deutschen Bank und der Orientbank sind z.Z. in der Türkei durch Repräsentanten vertreten.

1) Ebenda

Schluss

Aus dem bisher Gesagten geht eindeutig hervor, dass im türkischen Bankwesen die Trennung der Geschäftszweige nicht deutlich ausgeprägt ist und eine Arbeitsspezialisierung noch weitgehend fehlt. Unsere Banken führen sämtliche bankmässigen Leistungen und alle Arten von Kreditgeschäften durch. Auch die Spezialbanken betätigen sich neben den Bankgeschäften, die ihrem Gründungszweck entsprechen, mit jeglichen anderen Bankgeschäften.

In der Türkei trifft man keine mit Privatkapital gegründete Bank, die sich mit Sonderaufgaben auf dem Gebiete des Kreditwesens befasst. Diese Institute betreiben alle lukrativen bankmässigen Geschäfte und bilden das charakteristische Bild einer "Universalbank". Hierbei wäre es auch fraglich, ob die Privatbanken unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe der heutigen Türkei rentabel arbeiten könnten oder überhaupt existenzfähig wären, wenn sie ihre bankmässige Tätigkeit auf ein gewisses Gebiet des Kreditwesens beschränken würden.

Dagegen wurden alle Staatsbanken zur Erfüllung von Sonderaufgaben gegründet. Durch die jeweiligen Gründungsgesetze wurden sie mit bestimmten Aufgaben betraut, auf welche sie sich zu beschränken hatten. Sie konnten sich aber nicht lange Zeit als Spezialbanken betätigen. Im Laufe der Zeit wurde unter dem Zwang der finanziellen Verhältnisse in den Gründungsgesetzen der Staatsbanken Änderungen vorgenommen und es ihnen dadurch ermöglicht, jede Art von Bankgeschäften zu betreiben und Depositengelder entgegenzunehmen. Auf diese Weise wurden die als Spezialbank gegründeten Staatsbanken in ihrem Wesen umgewandelt. Die finanzielle Lage der genannten Institute, die einer gründlichen Belebung bedurfte, machte eine Ausweitung der Bankgeschäfte notwendig und wünschenswert.

Das türkische Bankwesen befindet sich, wie mehrfach erwähnt, noch in der Entwicklung. Die Richtungsbestimmung und die Forcierung dieser Entwicklung, die sich an den Problemen unseres Landes orientiert, liegt in erster Linie beim Gesetzgeber. Daher kann das neue Bankgesetz begrüsst werden, das den Banken durch seine zeitgemässe Formulierung und durch die Berücksichtigung der herrschenden Umstände ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weitgehend entgegenkommt.

Ausserdem ist zu erwarten, dass die gem. dem neuen Bankgesetz gegründete "Bank-Union", die zur Aufgabe hat, das Bankgewerbe im allgemeinen zu fördern, die Solidarität der Banken zu pflegen und den unlauteren Wettbewerb unter den Banken auszuschalten, bei der Weiterentwicklung des türkischen Bankwesens eine wichtige Rolle spielen wird. Darüber hinaus wird sie dafür Sorge tragen, dass sich im Lande gute Banksitten und -gepflogenheiten entwickeln.

Allgemein gesagt, sind die Banken diejenigen Betriebe, welche im Wirtschaftsleben eines Landes besonders wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Daher soll der Staat die Entwicklung dieser Institutionen sorgfältig verfolgen, überwachen und nötigenfalls erforderliche Massnahmen treffen. Wenn es sich um ein Land wie die Türkei handelt, dessen Bankwesen sich noch in der Entwicklung befindet, dann ist die Notwendigkeit der Überwachung durch den Staat besonders dringend.

Literaturverzeichnis

- Achterberg, E.: Wie liest man Bankbilanzen?
Frankfurt/M. 1954
- Alptürk, N.: Merkez Bankaciligi ve T.C. Merkez Bankasi. (Notenbanken und die Türkische Zentralbank). Ankara 1955
- Artukmac, M.: Merkez Bankaciligi ve Reeskont muameleleri. (Zentralbankwesen und das Diskontgeschäft). Ankara 1959
- Atasagun, Y.S.: Izahli, Notlu, Mukayeseli Bankalar Kanunu. (Kommentar zum Bankgesetz) Istanbul 1958
- Ders. Bankalar Birligi Hakkinda Düşünceler. (Gedanken über Gründung eines Bankverbandes). Ankara 1956
- Beckmann, L.: Die betriebswirtschaftliche Finanzierung. Stuttgart 1956
- Erem, F.: Banka Hukuku. (Bankacilik kursu ders notlari). (Das Bankrecht, Scripten für den Kursus des Bankwesens), Ankara 1958
- Ete, M.: Isletme Ekonomisi Dersleri, Cilt II. (Betriebswirtschaftslehre Bd.II). Istanbul 1946
- Ferman, C.: • Türkiye'de Sanayi Kredisi. (Industriekredite in der Türkei). Istanbul 1951
- Ders. İş Bankaciligi. (Scripten für den Kursus des Bankwesens). Ankara 1958
- Hagenmüller, K.: Bankbetrieb und Bankpolitik. Wiesbaden 1959
- Heinen, E.: Handelsbilanzen (Teil I und II). Wiesbaden 1958
- Ders. Die Kosten. Ihr Begriff und ihr Wesen. Eine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung. Saarbrücken 1956
- Hermann, H.: Bank- und Börsenrecht, Systematischer Grundriss. Berlin/Frankfurt a.M. 1956

- Isaac, A.: Isletme İktisadi. Cilt.I. Tercüme eden O.Tuna ikinci Baskı. İstanbul 1947
Cilt.III. Tercüme eden A.A. Özeken. İstanbul 1944 (Betriebswirtschaftslehre, Übersetzung)
- Kalveram, W.: Bankbetriebslehre, Wiesbaden 1950
- Käferlein, H. Der Bankkredit und seine Sicherungen Stuttgart 1953
- Kuyucak, H.A.: Para ve Banka. Cilt II. (Geld- und Bankwesen, Band II). İstanbul 1948
- Mellerowicz, K.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre Bd. I mit IV. Berlin 1958
- Neumark, F.: Genel Ekonomi Teorisi (Allgemeine Volkswirtschaftslehre). İstanbul 1948
- Obst-Hintner: Geld, Bank und Börsenwesen. Frankfurt a.M. 1954
- Rittershausen, H.: Bankpolitik. Eine Untersuchung des Grenzgebiets zwischen Kredittheorie, Preistheorie und Wirtschaftspolitik. Frankfurt a.M. 1956
- Salty, V.: Industriegewirtschaft der modernen Türkei. Würzburg 1934
- Schneider, E.: Einführung in die Wirtschaftstheorie. Band III, 5.Aufl. 1959
- Sözeri, S.: Der Wirtschaftsaufbau der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg. Kiel 1955
- Sur, F.H.: Bankacılık Bakimından Vergi. (Bankacılık Kursu ders notları). (Das Steuerrecht in seiner Beziehung zum Bankwesen). Ankara 1959
- Uhrenbacher, W.: Türkei, Ein wirtschaftliches Handbuch. Berlin 1957
- Ulutun, B.: Bankacılığın Tekümü. (Die Entwicklung des Bankwesens). Ankara 1957
- Ünay, V.: Bankalarca İc ve Dis Ticaretin Finans Edilmesi Usulleri. (Finanzierungsmethoden des Innen- und Aussenhandels durch die Banken). Ankara 1959

Unver, H.S.: Türk Parasının Kıymetini Koruma Hakkında Kanun. (Gesetz zum Schutze der türkischen Währung). Ankara 1958

Zarakolu, A.: Para ve Banka. (Geld und Bankwesen). Ankara 1959

Aufsätze:

Hesse, K.: Türkische Wirtschaftsprobleme in deutscher Sicht.
"Aussenpolitik" 1957

Heymann, E.: Türkei verdient trotz aller Schwierigkeiten Vertrauen. Das Fazit einer Studienfahrt durch die Türkei.
"Industriekurier" 1957

Kaster, H.L.: Das Bank- und Finanzwesen im Nahen Osten.
"Volkswirt" 1958

Klausberger: Die Türkei lebt auf Vorschuss.
"Volkswirtschaft" 1958

Ders.: Mehr Devisen als Türkpfunde? Auswirkungen und Kommentare zur Neuregelung im türkischen Aussenhandel.
"Volkswirt" 1958

Lang, J.: Bericht über den Besuch bei den türkischen Volksbanken, Bürgschaftsgenossenschaften und Bausparkassen.
"Blätter für Genossenschaftswesen" 1958

ReiBer, A.: Die türkische Wirtschaft.
"VDI-Zeitschrift" 1957

Rohde, K.: Entwicklung und Beharrlichkeit. Eindrücke aus der Türkei.
"Mitteilungen der Deutsch-Türkischen Gesellschaft", 1958

Von Caucig, F.: Westliche Hilfe zur rechten Zeit.
"Europa" 1958

Verschiedenes:

Bankzeitschriften in türkischer Sprache

Die Jahresberichte und -bilanzen der türkischen Banken

Die Bankstatuten der türkischen Banken

Statistisches Jahrbuch, Ankara 1959

Lebenslauf

Am 7.11.1934 wurde ich in Divrigi/Türkei als Sohn des Mittelschullehrers Galip Pekin geboren. Nach fünf Klassen Volksschule trat ich im Jahre 1945 in das Gymnasium ein und legte im September 1950 meine Reifeprüfung ab.

Anschließend studierte ich - nach Ablegung einer Auswahlprüfung (numerus clausus) - an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Ankara. Während des Studiums erhielt ich vom Innenministerium ein Stipendium, wofür ich mich verpflichtete, nach Abschluss meines Studiums bei dem genannten Ministerium zu arbeiten.

Im November 1955 bestand ich meine staatswirtschaftliche Diplomprüfung mit der Note "gut" und wurde daraufhin als Landratsanwärter in der Provinz Sivas angestellt. Hier war ich sieben Monate tätig und hatte dabei Gelegenheit, die Organisation und Struktur der Agrarbank kennenzulernen. 1956 wurde ich zum stellvertr. Landrat in Yunak Kreis Konya ernannt. Dort arbeitete ich vier Monate. Während dieser Zeit gewann ich tiefen Einblick in die Verteilung der Agrarkredite an Landwirte. Nach dieser praktischen Tätigkeit trat ich meine Reise nach Deutschland mit dem Ziel an, dort zu promovieren.

In Deutschland habe ich für die Dauer eines Jahres verschiedene Sprachkurse absolviert und mit den Vorbereitungen zu meiner Dissertation begonnen. Im Anschluss daran studierte ich 2 Semester an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

München, August 1960

Georg

